



LEITANTRAG

Unser Regierungsprogramm 2016-2021

Stand:
09.05.2016

Inhalt

1	Berlin 2016	3
2	Unsere Idee von Berlin	3
3	Unsere wichtigsten Ziele für Berlin	4
4	Wo wir stehen	6
5	Arbeit und Wirtschaft	15
6	Stadtentwicklung	34
7	Bildung und Wissenschaft	51
8	Solidarisch die Stadt gestalten	69
9	Vielfältige Kultur für alle	69
10	Starke Finanzen im Land und den Bezirken	73
11	Integration als Gemeinschaftsaufgabe	74
12	Innere und soziale Sicherheit gewährleisten	78
13	Gemeinsam gegen Rechts – für eine Stadt der Vielfalt	80
14	Neutraler Staat	81
15	Moderne und leistungsfähige Verwaltung	81
16	Bürgergerechte und transparente Justiz	83
17	Gleichstellung gestalten	84
18	Antidiskriminierungspolitik stärken – Diskriminierungsschutz verbessern	86
19	Sexuelle Vielfalt wertschätzen	88
20	Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger	88
21	Digitalisierung als Chance für soziale Teilhabe	90
22	Für eine gerechte und vorausschauende Sozialpolitik	91
23	Demografischen Wandel gestalten	92
24	Gute Pflege und Gesundheitsversorgung	93
25	Verbraucherinnen und Verbraucher besser informieren und beraten	95
26	Selbstbestimmt leben	96
27	Den Sport und seine Vereine fördern	97
28	Freiwilliges Engagement unterstützen	98
29	Wählen gehen!	100

1 **Berlin 2016**

2 In den vergangenen 15 Jahren hat sich Berlin hervorragend entwickelt. Unsere Stadt zählt heute zu
3 den Weltmetropolen. Sie ist international, hat ein umfassendes kulturelles Angebot, exzellente
4 Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Stadt wächst an Einwohnerinnen und Einwohnern. Die
5 wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre ist beachtlich. Berlin ist zu einem Wachstumsmotor
6 in Deutschland geworden.

7 Ob für ein paar Tage oder sogar auf Dauer: Berlin ist Ziel für Millionen Menschen aus aller Welt, denn
8 unsere Stadt lässt Raum für vielfältige Lebensentwürfe: weltoffen und tolerant, bunt und
9 gastfreundlich. Mit neu entstehenden Arbeitsplätzen in interessanten Branchen, besten Bedingungen
10 für Kinder und Familien und einem kulturellen Angebot von Weltruf ist Berlin als Ort zum Leben für
11 viele attraktiv geworden.

12 Wir haben die schwierige finanzielle Lage der Stadt in den Griff bekommen. Solide Haushaltspolitik ist
13 untrennbar mit der Berliner SPD verbunden. Seit Jahren legen wir ausgeglichene Haushalte vor und
14 erwirtschaften Überschüsse. Geld, das wir auch zur Tilgung von Altschulden einsetzen. Den
15 Schuldenstand haben wir in den vergangenen fünf Jahren von rund 63 auf unter 60 Milliarden Euro
16 verringern können. Gleichzeitig nehmen wir nach Jahren der Konsolidierung wieder Milliarden in die
17 Hand, um in die Infrastruktur der Stadt zu investieren. Berlin braucht und bekommt wieder mehr
18 städtische Wohnungen, sanierte Schulen und Kindertagesstätten, neue Bahnen, Busse, Straßen und
19 Radwege und ausreichend Personal, all dieses zu entwickeln und zu betreiben.

20 21 **Unsere Idee von Berlin**

22 Wir gestalten eine Stadt, in der die Menschen solidarisch miteinander leben. Wir sind ansprechbar für
23 die Anregungen, aber auch für die Sorgen aller Berlinerinnen und Berliner. Nur eine Stadt, die wir
24 gemeinsam und partizipativ gestalten, wird auf Dauer erfolgreich sein können. Die Berliner SPD ist sich
25 der besonderen Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt bewusst. Gemeinsam mit dem Bund werden wir
26 diese Rolle als attraktives Aushängeschild für Deutschland in der Welt weiter ausfüllen.

27 Wir gestalten Berlin als Ganzes. Kein Bezirk und kein Kiez darf abgehängt werden. Gleiche
28 Lebensverhältnisse, gleiche Chancen in der ganzen Stadt mit guter Lebensqualität für alle – das ist
29 unser Leitbild einer nachhaltigen Stadt. Darum wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
30 gestalten, in allen zwölf Bezirken und im ganzen Land Berlin.

31 Die Berliner SPD sucht den Schulterschluss mit allen, die diese Stadt gestalten und weiterentwickeln
32 wollen zu einer solidarischen Stadt, in der man sich gegenseitig mit Respekt begegnet, in der alle

1 Lebensentwürfe und andere Kulturen akzeptiert werden, in der die Würde des Einzelnen im
2 Mittelpunkt steht. Jede Form von Gewalt und Ausgrenzung lehnen wir ab.

3 Wir stehen fest an der Seite derjenigen, die jeden Tag hart dafür kämpfen, um sich selbst und ihren
4 Familien ein gutes Leben zu ermöglichen.

5 Wir unterstützen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die dafür gute Arbeitsbedingungen
6 schaffen, die in Berlin investieren, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zur Ausbildung
7 nachkommen und Berlin voranbringen.

8 Berlin hat die niedrigste Arbeitslosenquote seit fast 25 Jahren. Doch das reicht uns nicht, wir wollen
9 Berlin zu einer Stadt der Vollbeschäftigung und der guten Arbeit machen. Arbeit, von der jede und
10 jeder gut und sicher leben kann.

11 Wir stärken das ehrenamtliche Engagement so vieler Menschen in unserer Stadt und arbeiten dabei
12 eng mit den Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und freien Trägern zusammen.

13 Und wir kämpfen für diejenigen, die nicht die besten Voraussetzungen für sozialen Aufstieg haben und
14 besondere Unterstützung brauchen.

16 **Unsere wichtigsten Ziele für Berlin**

17 **Gute Arbeit**

18 Arbeit ist mehr als nur Geld verdienen. Sie ist Grundlage zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur
19 Verwirklichung eigener Lebensentwürfe. Trotzdem sind die meisten Menschen auf das Geld
20 angewiesen, das sie für ihr Leben durch Arbeit verdienen. Wir kämpfen deshalb um jeden einzelnen
21 Arbeitsplatz in Berlin, ob im Dienstleistungsbereich, im Handwerk oder der Industrie. Die Ansiedlung
22 neuer Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und die Unterstützung der bereits bestehenden
23 Berliner Unternehmen sind ein Schwerpunkt unserer Politik.

24 Wir setzen uns weiter für faire Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer ein, mit starken
25 Arbeitnehmerrechten, gleichen Arbeitsbedingungen, gleicher Entlohnung bei gleicher Arbeit und
26 starken Betriebs- und Personalräten.

27 Auch wenn in den vergangenen Jahren Hunderttausende neue Arbeitsplätze in Berlin entstanden sind:
28 Noch immer haben etwa 180.000 Berlinerinnen und Berliner keinen Arbeitsplatz, noch immer arbeiten
29 zu viele in Jobs, die allein nicht Existenz sichernd sind.

1 Insbesondere die überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit ist für uns eine weitere
2 Herausforderung. Aus diesem Grund haben wir in der vergangenen Legislaturperiode die
3 Jugendberufsagentur auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist es weiterhin, allen jungen Menschen eine
4 adäquate berufliche Perspektive zu eröffnen.

6 **Bezahlbares und gutes Wohnen in der wachsenden Stadt**

7 Der ungebrochene Zuzug vieler Menschen nach Berlin, darunter vielen geflüchtete Menschen, stellt
8 uns auch vor Herausforderungen. Berlin wächst – und alles muss mitwachsen. Wir werden neue
9 Quartiere entwickeln und dabei die Berliner Mischung erhalten. Wir treiben den Wohnungsbau in der
10 ganzen Stadt voran, damit die Berlinerinnen und Berliner weiterhin mit hoher urbaner Lebensqualität
11 in der Stadt wohnen und arbeiten können. Darüber hinaus begrenzen wir die Bestandsmieten, um
12 bezahlbares Wohnen zu sichern. Wir sorgen auch in den kommenden Jahren für mehr Kita-Plätze und
13 neue Schulen. Wir entwickeln den öffentlichen Nahverkehr weiter und investieren in die Infrastruktur.
14 Dadurch erhalten wir eine Stadt, die auch zukünftigen Generationen eine gute Lebensqualität bietet.

16 **Gute Bildung für alle - Chancengleichheit für alle**

17 Wir haben die Investitionen im Bildungsbereich so stark erhöht wie niemals zuvor. Aber: Gute Bildung
18 darf Kinder und Eltern nichts kosten. Wir haben jahrelang für gebührenfreie Bildung gekämpft. Seit
19 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre beitragsfrei. Den Irrweg von Studiengebühren haben wir niemals
20 mitgemacht. Jetzt werden wir schrittweise auch die Gebühren für die Betreuung der ein- bis
21 dreijährigen Kinder abschaffen. Gebührenfrei von der Kita bis zur Uni und das bei weiterer
22 Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung – dafür steht nur die SPD. Und dabei wird es
23 bleiben, denn hervorragende Bildung ist die Grundlage für sozialen Aufstieg, den wir möglich machen
24 wollen.

25 Unser gebührenfreies und vielfältiges Bildungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor für Berlin. Zu
26 guter Bildung gehört auch Lernen in einem anständigen Umfeld. Deshalb lassen wir nicht nach und
27 sanieren nach und nach die Berliner Schulen. Die Investitionen dafür haben wir mehr als verdoppelt.

1 **Wo wir stehen**

2 **Berlin boomt**

3 Unter der Führung der Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Michael Müller hat sich Berlin
4 zu einer der attraktivsten Städte der Welt entwickelt und ist eine tolerante und weltoffene Metropole
5 im Herzen Europas geworden. Wir sind stolz darauf, dass Millionen Menschen unsere Stadt besuchen
6 und gern wieder kommen. Hunderttausende neue Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren in
7 Berlin entstanden. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken. Die Zahl der
8 Plätze an unseren Hochschulen haben wir kontinuierlich ausgebaut. Jedes Jahr wächst die
9 Bevölkerungszahl um mehrere zehntausend Menschen. Das ist eine Herausforderung, vor allem aber
10 eine große Chance für weiteres Wachstum.

11

12 **Die Wirtschaft wächst**

13 Seit einigen Jahren steht Berlin beim wirtschaftlichen Wachstum bundesweit in der Spitzengruppe.
14 Sowohl das Bruttoinlandsprodukt als auch die Beschäftigtenzahlen wachsen stärker als im
15 Bundesdurchschnitt. Die Basis dafür sind dynamisches Wachstum und wirtschaftliche
16 Rahmenbedingungen, die wir verbessert haben. Renommiertere Firmen aus vielen Branchen
17 entscheiden sich für Berlin als Unternehmenssitz. Und Berlin ist die Gründungshauptstadt in
18 Deutschland. Nirgendwo sonst werden so viele Unternehmen neu gegründet.

19

20 **Kreatives und digitales Wirtschaften und klassische Industriepolitik**

21 Unsere gezielte Wirtschaftsförderung setzt nicht einseitig auf bestimmte Branchen, sondern auf eine
22 gute Mischung, die Arbeitsplätze schafft. Mit der Gründung der „Berlin Partner für Wirtschaft und
23 Technologie GmbH“ haben wir 2013 die Service- und Beratungsangebote in der Berliner Wirtschaft
24 weiter verbessert. Mit Erfolg: Vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft liegt Berlin weit vor allen
25 anderen deutschen Städten und ist eine der wichtigsten Gründungsmetropolen in Europa und
26 weltweit. Über die Investitionsbank Berlin fördern wir Gründungen. Start-ups in Berlin beschäftigen
27 inzwischen rund 60.000 Menschen – und fast 40 Prozent aller deutschen Start-ups werden in Berlin
28 gegründet.

29 Gleichzeitig setzen wir auch auf klassische Industriepolitik. Große Unternehmen wie Siemens,
30 Mercedes-Benz, Bayer oder BMW investieren wieder in Berlin. Die Entwicklung und Produktion
31 modernster Technologien, zum Beispiel am Standort Adlershof, haben wir gefördert. Wir nutzen

1 unsere einzigartige Wissenschaftslandschaft zur besseren Verzahnung mit den Unternehmen unserer
2 Stadt. Nach der Schließung des Flughafens Tegel wird es auch an diesem Standort mit der „Urban Tech
3 Republic“ einen Ort geben, an dem in Zukunftsbranchen geforscht, entwickelt und produziert wird. So
4 entstehen neue, innovative Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und Perspektiven für Handel,
5 Handwerk und Gewerbe bieten. Solche mittelständischen Unternehmen bilden das Rückgrat der
6 Berliner Wirtschaft.

7 In Berlin haben die Dienstleistungen hinsichtlich ihres höheren Anteils an der Beschäftigung der
8 Industrie den Rang abgelaufen. Auch in Zukunft bieten sowohl die industrienahen Dienstleistungen als
9 auch die sozialen Dienstleistungen große Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale.

11 **Sehnsuchtsort für Millionen Menschen**

12 Mehr als 30 Millionen Übernachtungen sind 2015 in Berlin gezählt worden. Im Vergleich zu 2003 (11
13 Millionen) hat sich die Zahl fast verdreifacht. Berlin ist bei Touristinnen und Touristen so beliebt wie
14 nie zuvor. Auch die Zahl der Tagungsgäste war noch nie so hoch wie heute. Unter Führung der SPD hat
15 sich Berlin als attraktive Metropole im Herzen Europas etabliert und den Tourismus zu einem der
16 wichtigsten Wirtschaftsfaktoren gemacht. Das sichert inzwischen zehntausende Arbeitsplätze in
17 unserer Stadt.

19 **Gute Einkommen für alle**

20 Mit Erfolg hat sich die Berliner SPD im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften auf Bundesebene
21 dafür eingesetzt, endlich den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Schon jetzt
22 zeigt sich: Der Mindestlohn kostet keinen einzigen Arbeitsplatz, steigert aber die Kaufkraft von
23 hunderttausenden Menschen mit kleinen Einkommen – und trägt damit auch zum wirtschaftlichen
24 Wachstum bei. Über das Berliner Vergabegesetz hatte sich Berlin unter Führung der SPD schon 2011
25 darauf festgelegt, dass kein Auftrag von Land und Bezirken mehr an Auftragnehmer vergeben wird, die
26 ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht wenigstens 8,50 Euro pro Stunde bezahlen.

28 **Wir lassen kein Kind zurück**

29 Für uns Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Jedes Kind braucht, unabhängig
30 vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern, die besten Chancen im Berliner Bildungssystem. Wir

1 haben ein Bildungssystem geschaffen, das von der Kita bis zur Hochschule gebührenfrei ist. Dafür
2 haben wir gekämpft – und es hat sich ausgezahlt. Unsere Kitas, Schulen und Hochschulen sind so
3 nachgefragt wie niemals zuvor. 70 Prozent der Kinder von einem bis drei Jahren sowie 98 Prozent der
4 Kinder von drei bis sechs Jahren werden in den Berliner Kindertagesstätten betreut, die für uns eben
5 nicht allein Betreuung, sondern Teil des Bildungssystems sind.

6 Im nächsten Schritt werden wir, beginnend mit dem Schuljahr 2016/17, schrittweise auch den Besuch
7 der Kindertagesstätte bei unter Dreijährigen frei von Gebühren stellen und die Qualität der Erziehung
8 bei den Kleinsten verbessern. Eine Erzieherin oder ein Erzieher soll sich dann um weniger als fünf
9 Kinder kümmern.

10 Wir haben die Lücken in der Hortbetreuung geschlossen, sodass Eltern, die nachgewiesen den Bedarf
11 haben, ihre Kinder in den Horten verlässlich zwischen 6 und 18 Uhr betreut wissen – auch an
12 Ferientagen.

13 Mit voller Kraft haben wir die Anzahl der Kita-Plätze in Berlin deutlich ausgebaut. Zwischen 2006 und
14 2014 ist die Zahl der Plätze um 40 Prozent gestiegen, allein seit 2011 sind schon mehr als 20.000 neue
15 Plätze eingerichtet worden. Wegen des weiteren Bevölkerungswachstums wird dies unvermindert
16 weitergehen. Das nutzt den Kindern, die in den Genuss eines ersten Bildungsangebotes kommen und
17 spielerisch miteinander und voneinander lernen. Und den Eltern: Berlin ist die Stadt, in der sich Familie
18 und Beruf vereinbaren lassen. Das ist ein Wettbewerbsvorteil und zentrale Voraussetzung für die
19 „Stadt der Arbeit“.

20 Mit dem so genannten „Brennpunktschulprogramm“ haben wir die Ausstattung von über 220 Schulen
21 verbessert, die eine besonders schwierige Sozialstruktur aufweisen. Diese Schulen können nach ihrem
22 Bedarf zusätzliche Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler einrichten, zum Beispiel in den
23 Bereichen Schulsozialarbeit oder mit zusätzlichen Förderangeboten zum Spracherwerb.

24 Die weggefallenen Mittel des Bundes für die Schulsozialarbeit haben wir aus dem Berliner
25 Landeshaushalt übernommen und diesen Bereich zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit einer
26 verpflichtenden Feststellung des Sprachstands bei allen Kindern können wir nun gezielte
27 Fördermaßnahmen ergreifen – denn das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundlage für
28 jeden Bildungserfolg.

29 Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin steigt. Wir haben alle Anstrengungen unternommen,
30 Lehrerinnen und Lehrer für eine Laufbahn in Berlin zu gewinnen und auch die Möglichkeiten für
31 qualifizierte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verbessert. Berlin stellt jährlich 2.000 bis 3.000
32 neue Lehrerinnen und Lehrer ein.

1 Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben wir das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm
2 auf 64 Millionen Euro verdoppelt. Aus Sondermitteln haben wir allein 2015 zusätzlich 50 Millionen
3 Euro für Schulbau und Toilettensanierungen bereitgestellt. Mit Erfolg: Viele Schulen konnten saniert
4 werden und sind fit für die Zukunft. Aber noch längst nicht alle: Deswegen setzen wir die
5 Schulsanierung bei gleichzeitigem Ausbau der vorhandenen Kapazitäten durch Anbauten und
6 Neubauten mit voller Kraft fort.

8 **Wohnen ist kein Luxus – sondern ein Grundrecht**

9 Das Wachstum der vergangenen Jahre stellt uns auch vor neue Herausforderungen: Der Druck auf den
10 Berliner Wohnungsmarkt hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Mieten sind gestiegen.
11 Die Berliner SPD hat sich auf Bundesebene massiv und erfolgreich für die Einführung der
12 Mietpreisbremse eingesetzt. Bei einer Neuvermietung darf die Miete demnach nur noch maximal zehn
13 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel liegen. Der Mietspiegel ist jetzt ein
14 Schlüssel zur Begrenzung des Mietanstiegs, denn bis zur Einführung am 1. Juni 2015 der
15 Mietpreisbremse waren die Mieten bei Neuvermietungen frei verhandelbar – und erhebliche
16 Mieterhöhungen keine Seltenheit.

17 Eine dauerhafte Entlastung bei den Mieten kann es aber angesichts des starken Zuzugs nur geben,
18 wenn neuer Wohnraum entsteht. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Zahl der kommunalen
19 Wohnungen um mehr als 30.000 auf über 300.000 erhöht. Unser nächstes Ziel sind 400.000 städtische
20 Wohnungen, die wir brauchen, um korrigierend in den Markt eingreifen und Wohnungen für
21 Bedürftige bereitstellen zu können. Zudem werden wir für Studierende 5000 Wohnungen neu
22 errichten.

23 Wir haben alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, die Mieten im Bestand zu stabilisieren und
24 dafür zu sorgen, dass Mietwohnungen dem Markt erhalten bleiben. Mit dem
25 Zweckentfremdungsverbot sind wir gegen die tageweise Vermietung von Mietwohnungen als
26 Ferienwohnungen vorgegangen. Das Umwandlungsverbot verhindert die Umwandlung von
27 Mietwohnungen in Wohneigentum. Und den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen haben wir auf zehn
28 Jahre angehoben.

29 Mit dem „Mietenbündnis“ werden unsere Wohnungsbaugesellschaften für die Mieterinnen und
30 Mieter der kommunalen 300.000 Wohnungen ihrer besonderen sozialen Verpflichtung gerecht. Mit
31 dem im Dezember 2015 auf Initiative der SPD verabschiedeten Wohnraumversorgungsgesetz erhalten
32 die Mieterinnen und Mieter in über 100.000 Sozialbauwohnungen eine dauerhafte Perspektive für

1 bezahlbare Mieten. Seit 1. Januar 2016 müssen sie nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die
2 Miete aufwenden. Zudem wird der Neubau von bezahlbaren Wohnungen weiter gefördert. Damit
3 haben Senat und Abgeordnetenhaus die wesentlichen Forderungen der Mietenvolksentscheid-
4 Initiative nach gemeinsamen Gesprächen umgesetzt. Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von
5 Politik und bürgerschaftlichen Initiativen.

7 **Neue Liegenschaftspolitik durchgesetzt**

8 Als wachsende Stadt braucht Berlin Flächen für neue Wohnungen, für Schulen, Sporteinrichtungen,
9 Kindertagesstätten oder kulturelle Angebote. Berlin ist abgekehrt von einem System, nachdem
10 möglichst viele landeseigene Grundstücke an Höchstbietende verkauft werden. Das öffentliche
11 Grundeigentum stellt öffentliches Kapital dar, das gepflegt, gehalten und bewirtschaftet werden muss.
12 Vor dem Verkauf werden Vermieten, Verpachten oder das Einräumen von Erbbaurechten geprüft,
13 auch wenn ein Grundstück nicht für Verwaltungszwecke genutzt werden soll. Dadurch können
14 kulturelle Einrichtungen ihren Platz finden, neue Arbeitsplätze entstehen und kostengünstig
15 Wohnungen gebaut werden. Die Berliner SPD wird sich weiter dafür einsetzen, dass auch der Bund
16 seine Liegenschaftspolitik ändert und die Immobilien der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
17 (BIMA) genauso wie die landeseigenen Grundstücke gemeinwohlorientiert eingesetzt werden.

19 **Kultur zwischen freier Szene und Leuchttürmen**

20 Auch in Zeiten knapper Kassen wurden die Mittel für die Kultur erhöht. Von den Etatsteigerungen
21 profitierte besonders auch die freie Szene. Es sind vor allem kulturelle Angebote, die neue
22 Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Stadt ziehen. Gerade in der wachsenden Stadt hilft uns Kultur,
23 eine gemeinsame Identität zu schaffen, um eine vielfältige Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln.
24 Kulturelle Leuchttürme wie die Berliner Museen, die Opern- und Theaterlandschaft sowie Events wie
25 die Berlinale, die Berlin Art Week oder das Festival Pop-Kultur tragen gemeinsam mit den unzähligen
26 Angeboten von Künstlerinnen und Künstlern der freien Szene zur Attraktivität der Stadt bei.

28 **Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung**

29 Wie schon anderswo haben auch wir in Berlin die Erfahrung gemacht: Die Privatisierung von
30 Leistungen der Daseinsvorsorge führt nicht zu Verbesserungen bei Preisen und Versorgung. Wir haben
31 daher nach erfolgreichen Verhandlungen 2013 die privatisierten Wasserbetriebe zurück in öffentliches

1 Eigentum geholt. Mit Erfolg: Das hat unter anderem zu günstigeren Verbraucherpreisen geführt. Den
2 Frischwasserpreis konnten wir so um 15 Prozent senken.

3 Auch beim Strom- und Gasnetz und der Fernwärme streben wir an, als Land Berlin wieder die
4 Verantwortung zu übernehmen und die Handlungshoheit bei den städtischen Infrastrukturen wieder
5 zu erlangen.

6 Und auch im Energiebereich müssen wir gewährleisten, dass Energie kein Luxus und
7 Spekulationsobjekt wird, sondern die Berlinerinnen und Berliner und auch die Berliner Wirtschaft
8 Zugang zu sauberer, verlässlicher und bezahlbarer Energie haben.

9

10 **Gleichstellung vorangebracht**

11 Berlin ist mit dem Landesgleichstellungsgesetz und dem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm
12 bundesweit Vorreiter bei der Durchsetzung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf
13 Gleichstellung. Erstmals wurde ein Leitbild Gleichstellung entwickelt.

14 Die erfolgreichen Prinzipien des Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – also die
15 geschlechtersensible Verwaltung und Haushaltsführung – wurden verstetigt.

16 Wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt: Sowohl in der
17 Führungsebene der Berliner Verwaltung als auch in den Aufsichtsräten und Vorständen der
18 landeseigenen Betriebe steigt der Frauenanteil stetig an. So hat sich der Frauenanteil unter den
19 Aufsichtsratsmitgliedern in den Unternehmen mit Landesbeteiligung kontinuierlich von 15 Prozent im
20 Jahr 2004 auf 45 Prozent im Jahr 2015 erhöht.

21 Öffentliche Aufträge dürfen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die
22 Frauenfördermaßnahmen nachweisen. Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit
23 für Frauen in Forschung und Lehre hat den Frauenanteil dort erheblich erhöht.

24

25 **Integration gelingt**

26 Mit unserer Integrationspolitik steigen die Aufstiegschancen von Menschen mit
27 Migrationshintergrund. Wir fördern Integration, aber wir fordern auch den Willen zur Integration auf
28 der Basis unserer Werte und Gesetze.

29 Dabei setzen wir vor allem auf den Bildungserfolg: Verbindliche Sprachförderung ist der wesentliche
30 Schlüssel zum Erfolg. Mit der erfolgreichen Kampagne „Berlin braucht Dich!“ haben wir deutlich mehr

1 junge Menschen nichtdeutscher Herkunft für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst gewinnen können.
2 Etwa ein Viertel der Auszubildenden beim Land Berlin und den landeseigenen Unternehmen sind heute
3 junge Migrantinnen und Migranten – das macht unsere Verwaltung weltoffener und leistungsfähiger.

4 Mit dem Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und –lotsen, das wir in die Regelfinanzierung
5 übernommen haben, stärken wir die Quartiere in Berlin.

6 Der Senat hat im Januar 2016 ein umfassendes Programm für die Integration der zu uns kommenden
7 geflüchteten Menschen vorgelegt. Wir gehen diese große gesellschaftliche Herausforderung in der
8 Stadt gemeinsam an.

10 **Mehr Sicherheit durch eine bessere Ausstattung und mehr Personal**

11 Mit zusätzlichen Stellen und der Modernisierung der Ausstattung bei der Polizei, bei der Berliner
12 Feuerwehr, im Objektschutz sowie neu eingestellten Staats- und Rechtsanwälten und Justizangestellten
13 investiert Berlin auch in die öffentliche Sicherheit. Ob zu Hause, auf der Straße oder im öffentlichen
14 Personennahverkehr: Wir wollen, dass sich Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste sicher fühlen.

16 **Finanzen im Griff**

17 Durch unsere konsequente Konsolidierungspolitik und die positive wirtschaftliche Entwicklung haben
18 wir die Finanzen des Landes Berlin wieder in den Griff bekommen. Wir haben gespart und konsolidiert,
19 aber auch mit einer maßvollen Anhebung der Grunderwerbssteuer auf das Niveau anderer Großstädte
20 und der Einführung der City Tax die Einnahmesituation verbessert. Nach 2007 und 2008 konnten wir
21 in den Jahren 2012 bis 2015 jeweils Schulden tilgen. Der Schuldenstand ist von rund 63 Milliarden Euro
22 auf unter 60 Milliarden Euro gesunken. Seit 2014 haben wir ausgeglichene Haushalte ohne
23 Neuverschuldung vorgelegt. Wir wollen den Weg fortsetzen, gleichzeitig Schulden abzubauen und
24 wieder stärker zu investieren. Das schafft Spielräume für die Zukunft.

26 **Investitionen in die Infrastruktur**

27 Berlin investiert wieder deutlich stärker in seine Infrastruktur. Zusätzlich zu den ohnehin höheren
28 Investitionen wurde 2015 ein Sonderinvestitionsfonds über 500 Millionen Euro für zusätzliche
29 Investitionen in die wachsende Stadt (SIWA I) aufgelegt. 2016 haben wir das SIWA II für zusätzliche
30 Investitionen in Bildung und Infrastruktur vorgelegt.

1 Bereits erfolgreich in Betrieb genommen ist der Neubau der Vorklinik am Campus Charité Mitte, der
2 Neubau des Bettenhauses an der Charité läuft. Für Hochschulinvestitionen hat der Senat ein
3 Investitionsprogramm bis 2025 beschlossen. Das schafft Planungssicherheit für den
4 Wissenschaftsstandort. Insgesamt investiert Berlin mehr in seine Krankenhäuser.

5 Auch in die Ausrüstung und Standorte von Berliner Polizei und Feuerwehr wird investiert, die Berliner
6 Bäder erhalten mehr Geld für Investitionen und Instandsetzungen. In Mariendorf und Pankow
7 entstehen in den nächsten Jahren zwei neue, moderne Ganzjahresbäder.

8 Die Anschaffung neuer Wagen bei der Berliner U-Bahn, neuer Busse und Straßenbahnen ist ebenfalls
9 in Auftrag gegeben: Die großen Landesunternehmen werden wieder mehr investieren.

10 Einen besonderen Schwerpunkt bei den Investitionen bildet der Wohnungsbau: Berlin vergrößert
11 durch Zukauf und Neubau seinen kommunalen Wohnungsbestand bis 2026 auf 400.000 kommunale
12 Wohnungen.

14 **Füreinander - Berlin ist bei uns in guten Händen**

15 Berlin geht es heute deutlich besser als vor 15 Jahren, als die Berliner SPD die Führung der
16 Landesregierung übernommen hat. Es sind vor allem richtige strukturelle Entscheidungen des von der
17 SPD-geführten Senats und des Abgeordnetenhauses gewesen, die zu einer positiven
18 Gesamtentwicklung geführt haben.

19 Durch diese Politik konnte Berlin in den vergangenen Jahren ein Wirtschaftswachstum erreichen, das
20 über dem der Bundesrepublik liegt und damit überdurchschnittlich von der guten wirtschaftlichen
21 Gesamtlage Deutschlands profitieren.

22 Wir haben Nein gesagt, als uns viele geraten haben, durch den Verzicht auf kulturelle oder
23 wissenschaftliche Einrichtungen Geld zu sparen. Stattdessen haben wir gerade in diesen Bereichen
24 investiert und die Anziehungskraft Berlins verbessert – mit Erfolg.

25 Wir haben zu unseren Entscheidungen gestanden, als uns andere Bundesländer vorgeworfen haben,
26 keine Kita- oder Studiengebühren zu erheben. Das hat unser Bildungssystem gestärkt, die Leistungen
27 unserer Kinder verbessert und zur Attraktivität Berlins für junge Familien und Studierende beigetragen.

28 Wir verstehen etwas von dieser Stadt und dem Lebensgefühl der Menschen, die bei uns leben. In
29 friedlichem Miteinander, in einem toleranten Umfeld, in Kiezen, in denen man leben kann und leben
30 lässt.

1 **Füreinander da sein. Das Wachstum der Stadt menschlich gestalten.**

2 Wir wollen an diesem Erfolg weiter arbeiten. Mit unserem Regierenden Bürgermeister an der Spitze
3 wird die SPD auch weiterhin dafür arbeiten, allen Menschen in Berlin eine Heimat zu bieten.
4 Chancengleichheit und die Unterstützung der Menschen, die täglich hart arbeiten und für sich und ihre
5 Kinder eine bessere Zukunft anstreben, ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei
6 besonders wichtig - ohne dass wir die Interessen aller anderen vernachlässigen. Dafür bitten wir weiter
7 um die Unterstützung der Berlinerinnen und Berliner, um das solidarische Berlin gemeinsam zu
8 gestalten.

9

10 **Wachsende Stadt – wachsende Aufgaben**

11 Berlin könnte bereits um das Jahr 2020 zur Vier-Millionen-Stadt werden. Berechnungen der
12 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sehen bis dahin den Zuzug von 190.000 Menschen aus anderen
13 Teilen Deutschlands und dem Ausland voraus. Dazu kommen bis zu 174.000 Geflüchtete und
14 Familienangehörige, die dauerhaft in der Stadt bleiben.

15

16 Berlin braucht wieder mehr Wohnungen, Kitas, Schulen, Verkehrswege, aber auch mehr Personal im
17 Öffentlichen Dienst, der Polizei, den Krankenhäusern und den Pflegeheimen. Die Berliner SPD ist sich
18 dieser Herausforderung bewusst. Bereits jetzt schaffen wir in der Wohnungspolitik die Voraussetzung
19 für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. So werden in den kommenden Jahren weitere 100.000
20 kommunale Wohnungen entstehen. Durch den Ausbau der Straßenbahn werden wir zudem den
21 Öffentlichen Nahverkehr deutlich stärken und im Öffentlichen Dienst für die Beschäftigten künftig
22 weitere finanzielle Anreize schaffen. Das sind nur einige Beispiele aus unserem Zukunftskonzept, mit
23 dem wir die wachsende Stadt sozial gestalten wollen.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

1 Arbeit und Wirtschaft

2 **Die Wirtschaft wächst**

3 Die Berliner Wirtschaft ist und bleibt auf Wachstumskurs. Heute zahlt sich aus, dass die Berliner SPD
4 seit 2001 den Strukturwandel der Wirtschaft massiv gefördert und dabei auf eine breite Mischung der
5 Branchen gesetzt hat. Seit 2005 sind in der Stadt rund 300.000 neue sozialversicherungspflichtige
6 Arbeitsplätze entstanden, 40.000 allein im vergangenen Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt steigt in Berlin
7 stärker als im Bundesdurchschnitt. Berlin boomt und holt mit dem höchsten Wirtschaftswachstum
8 aller Bundesländer seinen Rückstand kontinuierlich auf. Unsere Produkte sind zukunftsfähig und in
9 aller Welt gefragt. Berlin ist die Gründernetropole Europas. Immer mehr etablierte Konzerne ziehen
10 mit ihren Innovationsbereichen nach Berlin. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortsetzen. Er ist Garant
11 dafür, dass Berlin wieder mehr gute Arbeitsplätze und interessante Tätigkeitsfelder bietet.

12 Die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von guten Arbeitsplätzen werden auch in der neuen
13 Legislaturperiode Schwerpunkt unserer Politik sein. Berlin wird Stadt der Arbeit.

14 Wichtigste Voraussetzung dafür ist ein Klima der Vielfalt und Offenheit für neue Branchen, Arbeits-
15 und Unternehmensformen in der Berliner Wirtschaft.

16

17 **Vollbeschäftigung mit guter Arbeit erreichen – Die Herausforderungen von Arbeit 4.0 meistern**

18 Was in anderen Regionen Deutschlands gelingt, kann auch in Berlin Realität werden:
19 Vollbeschäftigung. Mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 1991 und immer mehr neu entstehenden
20 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind wir auf einem guten Weg. Gleichzeitig erleben wir
21 einen hohen Zuzug vieler hochqualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland, die unsere Stadt
22 bereichern.

23 Wir werden uns nicht mit über 180.000 Arbeitslosen abfinden. Allen Berlinerinnen und Berlinern soll
24 die Möglichkeit zu guter Arbeit geboten werden. Mit unserer Politik unterstützen wir Gewerkschaften
25 und Unternehmen bei der Schaffung von guter Arbeit.

26 Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden, die soziale
27 Sicherheit bringen. Leiharbeit, Werkverträge, befristete Arbeitsverträge und Minijobs sollen in
28 Unternehmen die Ausnahme sein, denn sie führen oftmals zu prekärer Arbeit. Unser Ziel ist die
29 konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und der Abbau prekärer Beschäftigung durch weitere

1 gezielte Maßnahmen. Dabei haben wir vor allem die soziale Arbeit im Blick. Auch für den Bereich der
2 kreativen, freien und nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeit wollen wir einen „Pakt für gute
3 Arbeit“ initiieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Betriebe wieder tariflich gebunden sind
4 und nutzen die erleichterten Möglichkeiten, Tarifverträge als allgemein verbindlich zu erklären.

5 Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sorgen für starke Arbeitnehmerrechte,
6 Mitbestimmung und Aufstiegsperspektiven, verlangen aber auch Aufstiegswillen. Und wir machen uns
7 stark für die Gleichstellung. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern ist dafür
8 unser Schlüssel. Dafür unterstützen wir die Bestrebungen für die Verabschiedung eines
9 Entgeltgleichheitsgesetzes auf Bundesebene.

10 Die Arbeitswelt im digitalen Zeitalter verändert sich. Berlin ist ein Hotspot der Digitalisierung. Das
11 verändert auch das Arbeitsleben in allen Bereichen, ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir
12 werden gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften dafür Sorge tragen, dass in der
13 digitalen Arbeitswelt unsere gemeinsam erkämpften Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte einen
14 hohen Stellenwert genießen. Arbeit 4.0 braucht aber auch neue Regeln. Besonders da, wo sie durch
15 flexibleres Arbeiten auch die Chance bietet, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit besser zu
16 gestalten. Auch Flexibilisierung muss einvernehmlich geregelt werden und darf Grundsätze wie die
17 tägliche Arbeitszeit von maximal acht Stunden nicht aushebeln.

18 Überstunden beeinträchtigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie prägen die „Omnipräsenz-
19 Kultur“ in Betrieben und stehen fortschrittlichen Arbeitszeitmodellen im Wege. Wir wollen Menschen
20 mit familiären Aufgaben – sei es für Kinder oder für Pflegebedürftige – mehr Zeit geben und das Modell
21 der „Familienarbeitszeit“ umsetzen. Danach erhalten Paare eine gestufte Lohnersatzleistung (je
22 niedriger das Einkommen desto höher der Zuschuss), wenn beide Partner ihre Arbeitszeit reduzieren.
23 Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Wir werden darüber hinaus die Kontrollen durch das
24 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin verstärken,
25 insbesondere im Hinblick auf den sozialen Arbeitsschutz, die Arbeitszeiten, den Ausgleich geleisteter
26 Überstunden sowie die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz und sowohl personell wie auch
27 finanziell ausreichende Ausstattung.

28 Beim Umgang mit den Möglichkeiten von Arbeit 4.0 kommt dem öffentlichen Dienst und den
29 landeseigenen Gesellschaften eine besondere Rolle zu. Hier müssen im Dialog mit den Gewerkschaften
30 auch Regelungen implementiert werden, die in den privaten Wirtschaftsbereichen als vorbildliche
31 Lösungen angesehen werden. In Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen wollen wir
32 modellhaft moderne, an die neuen Bedarfe orientierte arbeitnehmerinnen- und

1 arbeitnehmerfreundliche Dienstvereinbarungen erarbeiten und eine landesweite Einführung
2 erfolgreicher Praktiken prüfen.

3 Wir werden die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung gerade bei den Serviceleistungen für die
4 Berlinerinnen und Berliner nutzen, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern und einfacher für
5 die Bürgerinnen und Bürger zu machen.

6 Arbeit zu haben, bedeutet mehr als nur Geld zu verdienen: eine Aufgabe zu haben und eigene Ziele zu
7 verwirklichen. Wir werden um jeden guten Arbeitsplatz in der Stadt kämpfen, weil Arbeit wichtig ist
8 für das soziale Zusammenleben in der Stadt.

9 Die öffentliche Hand hat für uns dabei eine Vorbildfunktion. Wir werden über das Berliner
10 Vergabegesetz und die Arbeitsschutzbehörden bei den Beteiligungsunternehmen, in den Institutionen
11 der Wissenschaft und Forschung, der Träger des öffentlichen Dienstes und in den sozialen Diensten
12 darauf hinwirken, dass gute Arbeitsbedingungen, angemessene Lohnentwicklung, Mitbestimmung
13 und faire Arbeitszeiten gewährleistet werden. So schaffen wir den Anreiz für gute Arbeit in der
14 gesamten Stadt.

15 Wir kämpfen für anständige Löhne. Im öffentlichen Dienst garantiert das Tarifrecht der
16 Tarifgemeinschaft deutscher Länder ein ausgewogenes Lohngefüge unter den Beschäftigten. Wir
17 haben wie versprochen dafür gesorgt, im Berliner Vergabegesetz einen Mindestlohn zu verankern.
18 Kein Auftrag, der von der Stadt vergeben wird, kann zu schlechteren Löhnen durchgeführt werden.
19 Eine Unterschreitung lassen wir nicht zu. Wir werden mit noch stärkeren Kontrollen und erhöhtem
20 Personaleinsatz die Umsetzung des Vergabegesetzes sicherstellen. Und wir sind mit unserem Einsatz
21 auf Bundesebene erfolgreich gewesen: Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben dafür gesorgt,
22 dass der flächendeckende Mindestlohn endlich in ganz Deutschland Gesetz ist. Mit uns wird es keine
23 Ausnahmen hiervon geben. Mit Ablauf der letzten Übergangsfristen ab 2017 werden wir sicherstellen,
24 dass niemand mehr in Berlin auf einen Arbeitsplatz unterhalb des Mindestlohns verwiesen werden
25 kann.

26 Wir werden uns auch allen Versuchen entgegenstellen, unter dem Vorwand der Unterstützung von
27 geflüchteten Menschen, Arbeit unterhalb des Mindestlohns zu ermöglichen. Der Mindestlohn ist nicht
28 teilbar. Wir werden die Einhaltung des Mindestlohnes in Berlin streng kontrollieren.

29 Wenn sich die Lebenshaltungskosten in Berlin zunehmend denen anderer Metropolen anpassen,
30 müssen die Löhne ebenfalls steigen. Nur so kann einer Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt
31 werden. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung, ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad,

1 Unterstützung der Arbeit von Betriebs- und Personalräten und gute Ausbildung ermöglichen es
2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Wir unterstützen
3 das unter Beachtung der Tarifautonomie durch Beratung und unsere öffentliche Vergabe. Auch in der
4 Wirtschaft muss sich durchsetzen, dass man gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer nur durch
5 faire Löhne halten kann und am Ende durch erhöhte Kaufkraft Beschäftigte und die Wirtschaft
6 gleichermaßen gewinnen. Das hat die Einführung des Mindestlohns gerade bewiesen.

7 Auch hier haben öffentliche Bereiche und Gesellschaften eine Vorbildfunktion. Natürlich müssen wir
8 mit öffentlichen Geldern sorgsam umgehen und dürfen auch weiterhin die Haushaltskonsolidierung
9 nicht gefährden, aber wir müssen Arbeit im öffentlichen Sektor auch attraktiv gestalten. Dazu gehört
10 eine Lohn- und Besoldungspolitik, die mit der allgemeinen Entwicklung in Konkurrenz auf dem
11 Arbeitsmarkt und den in Berlin steigenden Lebenshaltungskosten mithalten kann. Die
12 Konkurrenzfähigkeit des Berliner öffentlichen Dienstes ist von besonderer Bedeutung, um zu
13 verhindern, dass hochqualifiziertes Personal abgeworben wird. Wir werden deshalb schrittweise die
14 Beamtenbesoldung an das Durchschnittsniveau der Länder anpassen. Besonderes Augenmerk legen
15 wir als Sozialdemokraten dabei auf die niedrigeren Lohnbereiche, die wir stärker anheben wollen als
16 die höheren.

17 Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke der Tarifflicht und des
18 Lohndumpings ab und werden keine weiteren zulassen. Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden
19 haben, setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Rückführung ein.

20 Gute Löhne und sichere Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die SPD Berlin setzt sich für ein
21 einheitliches Rentensystem in Ost und West ein. Mehr als ein Vierteljahrhundert nach der deutschen
22 Einheit erwarten insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern, die
23 noch heute unter Einbußen aufgrund unterschiedlicher Rentenberechnungen finanziell leiden müssen,
24 eine abschließende Lösung. Diese Ungerechtigkeit wird es mit der SPD nicht mehr länger geben.

26 **Schwarzarbeit bekämpfen**

27 Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung verzerren den Wettbewerb, gefährden die Existenzen kleiner
28 und mittlerer Betriebe und vernichten Arbeitsplätze. Der Schaden durch Schwarzarbeit ist in Berlin
29 drastisch gestiegen, insbesondere in der Baubranche. Die Verfolgung wird in Berlin fast ausschließlich
30 vom Zoll – einer Bundesbehörde – übernommen. Die Berliner SPD wird sich auf Bundesebene
31 weiterhin dafür stark machen, dass die bisher unbesetzten Stellen beim Zoll zeitnah besetzt werden.

1 Denn: Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit geht zu Lasten aller anständigen Unternehmerinnen
2 und Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Schwarzarbeit belastet die sozialen
3 Systeme und unsere Volkswirtschaft insgesamt.

5 **Zugang zum Arbeitsmarkt ist Zugang zur Teilhabe**

6 Wir behalten auch diejenigen im Blick, die von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt noch
7 nicht profitieren konnten und auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Wir setzen uns für
8 bedarfsgerechte Angebote für alle Berlinerinnen und Berliner ein.

9 Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass
10 Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit
11 aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt das zentrale Ziel der
12 Berliner SPD. Mit unserem Programm „Berlin Arbeit“ haben wir die notwendigen Schritte aufgezeigt
13 und mit ihrer Umsetzung viele Menschen wieder in Beschäftigung bringen können. Diesen Weg
14 werden wir weiter verfolgen und ausbauen. Vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen
15 bleiben zu häufig Stellen unbesetzt, obwohl viele Menschen in der Stadt Arbeit suchen. Wir legen
16 deshalb weiterhin den Schwerpunkt auf die Befähigung und Unterstützung langzeitarbeitsloser
17 Menschen mit bedarfsgerechten individuell zugeschnittenen Angeboten. Der Mensch und seine
18 Bedürfnisse für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt stehen dabei stets im Mittelpunkt.
19 Beschäftigungsmaßnahmen und sozial flankierende Leistungen machen wir mit Coaching- und
20 Qualifizierungsangeboten zu einem effektiven Aktivierungsinstrument.

21 Noch immer sind Menschen mit Behinderungen deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als
22 nichtbehinderte Menschen. Arbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Teilhabe und diese findet nicht in
23 Sonderstrukturen statt. Es muss daher gelingen, den ersten Arbeitsmarkt inklusiv zu gestalten und für
24 Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen.

25 Weiterhin wichtig bleiben Fort- und Weiterbildung und unser Anspruch des lebenslangen Lernens. Wir
26 werden uns auch dafür einsetzen, dass auch Unternehmen durch bundesweite Regelungen ihren
27 Anteil an Fort- und Weiterbildungen übernehmen. Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft stets über
28 Nachwuchsprobleme klagt, sich nicht aber selbst umfangreich daran beteiligt, Menschen zu
29 qualifizieren, um sie in Arbeit zu bringen.

1 Auch die Aus- und Erwachsenenbildung muss sich im digitalen Zeitalter weiterentwickeln. Gerade dort
2 bieten die neuen technischen Möglichkeiten die Chance, noch deutlich mehr Menschen den Zugang
3 zu Weiterbildung zu ermöglichen. Wir werden Lernformen und Anforderungen an die Lehrkräfte
4 entsprechend anpassen und Möglichkeiten in den Ausbildungsberufen für den Einsatz moderner
5 Unterrichtsmethoden wie E-Learning prüfen.

6 Wir brauchen auch unterstützend einen sozial- und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt. Hier haben
7 wir mit unserer Initiative auf Bundesebene bereits die Basis geschaffen. Die dafür notwendigen
8 Schritte bis zur Umsetzung werden wir konsequent fortführen.

9 Einen besseren, bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel in den Jobcentern, der serviceorientierte
10 Betreuung und Beratung möglich macht, werden wir mit den Partnern der Bundesagentur für Arbeit
11 und in den Bezirken umsetzen. Darüber hinaus hat sich die unabhängige Arbeitslosenberatung als
12 Bereicherung des Beratungsangebotes erwiesen. Wir wollen daher die Förderung dieser
13 Beratungsstellen weiter finanzieren und das Angebot bedarfsgerecht ausbauen.

14 Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen möglichst schnell eine Ausbildung beginnen,
15 studieren oder arbeiten können. Das ist der beste Weg der Integration. Mit dem Programm Arrivo
16 erhalten geflüchtete Menschen die Möglichkeit, über ein Praktikum zum Beispiel in
17 Handwerksbetrieben Einblick zu bekommen.

18 Erweiternd wollen wir auch für Berufe in der Industrie Regelungen schaffen, innerhalb derer
19 Geflüchtete, aber auch andere Menschen ohne Arbeit, durch ein bezahltes Praktikum Einblick in
20 Produktions- und Ausbildungsbereiche erhalten und so als zukünftige Fachkräfte gewonnen werden
21 können. Dies folgt dem Ziel, allen Menschen eine Arbeit und Ausbildung zu vermitteln – insbesondere
22 auch in Berufen, in denen wir schon heute einen erheblichen Mangel an Fachkräften haben. Solche
23 und ähnliche Projekte werden wir fortsetzen.

24 Trotz einer Stadt im ständigen Wandel brauchen wir auch in der Arbeitswelt Zeit für Erholung, Zeit für
25 Familie und Zeit für Freizeit. Daher halten wir generell an der Sonntagsruhe für Arbeitnehmerinnen
26 und Arbeitnehmer fest und lehnen Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten auf weitere Sonntage ab.

1 **Berufsperspektive für junge Menschen dank der Jugendberufsagentur**

2 Wir haben mit der Jugendberufsagentur die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen an der Wurzel
3 gepackt. Einmal dort angekommen erhalten junge Menschen zielgenaue Beratung, Unterstützung und
4 Betreuung vereint unter einem Dach - und aus einer Hand alle Leistungsangebote für einen gelungenen
5 Übergang von der Schule in das Berufsleben. Hilfe zur Berufsorientierung – von der Ausbildung,
6 Weiterbildung bis zum Studium – wird dort angeboten. Dieses Angebot richtet sich insbesondere auch
7 an Jugendliche mit Behinderungen. Wer noch unversorgt ist, erhält eine gezielte und zeitnahe
8 Ansprache. Erst mit einem erfolgreichen Berufsabschluss oder -einstieg ist die Arbeit abgeschlossen.
9 Keinen Tag früher.

10 Wir werden die Jugendberufsagentur in allen zwölf Bezirken aufbauen und die Beratungen und
11 Betreuungen dort weiter harmonisieren und optimieren. Lücken im Angebot wollen wir schließen. Wo
12 nötig wollen wir auch den Personalschlüssel erhöhen. Dafür beteiligen wir die Betroffenen, die
13 Jugendlichen selbst, für Vorschläge zur Verbesserung des Angebots. Ihnen den bestmöglichen Einstieg
14 in das Berufsleben zu ermöglichen bleibt das wichtigste und übergeordnete Ziel. So geht uns künftig
15 keine Jugendlichen mehr verloren.

16

17 **Ausbildung sichern und Fachkräftemangel vorbeugen**

18 Wir können nicht akzeptieren, dass der Anteil der ausbildenden Unternehmen in den vergangenen
19 Jahren stetig zurückgegangen und gleichzeitig die Ausbildungsquote gesunken ist. Es sind vor allem die
20 kleinen und mittelständischen Unternehmen, die einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung leisten. Vor
21 allem im industriellen Bereich ist die Ausbildungsquote oftmals erschreckend gering – dies bei
22 gleichzeitigem Klagen über Fachkräftemangel. Wir fordern daher die Wirtschaft auf, ihrer
23 Verpflichtung nachzukommen, ausreichend duale Ausbildungsplätze einschließlich der in den
24 überbetrieblichen Zentren zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren. Tarifliche Branchenfonds sowie
25 Vereinbarungen über mehr Ausbildungsplätze werden von uns unterstützt. Das Prinzip, wer nicht
26 ausbildet, muss zahlen, wird von uns bekräftigt. Deshalb setzen wir uns mit einer Berliner Initiative für
27 eine bundesweite Regelung zur finanziellen Beteiligung der nicht ausbildenden Betriebe ein.

28 Wir werden zudem zukünftig bei öffentlichen Aufträgen und weiterer Unterstützung Unternehmen
29 bevorzugen, die eine Ausbildungsquote von mindestens fünf Prozent erfüllen.

1 Sollte sich die Ausbildungsquote bundesweit nicht verbessern, ziehen wir auch bundesweite
2 Regelungen zur finanziellen Beteiligung der nichtausbildenden Betriebe an den Gesamtaufwendungen
3 zur Ausbildung in Betracht, um eine deutliche Erhöhung der dualen Ausbildungsquote zu erreichen.

4 Wir gehen daher mit gutem Beispiel voran. Schon heute haben wir eine Übernahmegarantie für alle
5 Auszubildenden mit guten und befriedigenden Leistungen in der Verwaltung umgesetzt und bieten
6 den ausreichend benoteten Auszubildenden eine zweite Chance.

7 Wir werden die Angebote zur Berufs- und Studienorientierung ausbauen, damit die Jugendlichen einen
8 umfassenden Einblick in ihre beruflichen Perspektiven erlangen. So verbessern wir das so genannte
9 Matching zwischen Betrieben und Jugendlichen, reduzieren Ausbildungsabbrüche und schaffen ein
10 besseres Ausbildungsklima auf beiden Seiten.

11 Die SPD hat sich mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf Bundesebene erfolgreich für die
12 Einführung der Ausbildungsplatzgarantie eingesetzt. Diesen Erfolg werden wir in Berlin fortführen und
13 die Ausbildungsgarantie konsequent umsetzen. Wir werden allen jungen Menschen eine sichere
14 Perspektive für einen Ausbildungsplatz bieten. Bei gegebenenfalls notwendig werdenden
15 Mobilitätsleistungen der Jugendlichen zur Annahme eines Ausbildungsplatzes werden wir notwendige
16 Unterstützungsleistungen prüfen.

17 Jugendliche ohne Ausbildung und mit besonderem Förderbedarf sollen die nötige Unterstützung durch
18 eine Berufseinstiegsbegleitung oder assistierte Ausbildung bekommen. Auch eine
19 Einstiegsqualifizierung kann durch den hohen praktischen Anteil ein sinnvoller Schritt für Jugendliche
20 in Richtung einer dualen Berufsausbildung sein. Besonders Alleinerziehende brauchen unsere
21 Unterstützung. In Kooperation mit der Wirtschaft wollen wir die Vermittlung von alleinerziehenden
22 jungen Müttern und Vätern in eine Teilzeitausbildung gezielt in den Fokus nehmen. Gleichzeitig wollen
23 wir die Lebenssituation von getrennt erziehenden Eltern, die sich nach der Trennung weiterhin
24 gemeinsam der Verantwortung für ihre Kinder stellen, in unserer Familienpolitik noch stärker in den
25 Fokus nehmen.

26 Neben dem unbestrittenen Fachkräftemangel in den MINT-Fächern aus den Bereichen Mathematik,
27 Informatik, Naturwissenschaften und Technik besteht bereits jetzt ein großer Bedarf an gut
28 ausgebildeten Fachkräften in den sogenannten SAGE-Berufen (Sozialarbeit, Gesundheit, Pflege,
29 Erziehung und Bildung). Als Land Berlin haben wir die große Chance gerade in diesen Bereichen
30 weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausbildung anbieten zu können. Wir werden verstärkt für
31 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger Perspektiven schaffen.

1 Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, setzen wir uns für eine verbesserte und transparente
2 Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und Qualifikationen ein.

3 Wir werden uns für anonymisierte Bewerbungen bei Land und Bezirken und in den landeseigenen
4 Betrieben einsetzen. Es hat sich gezeigt, dass bei gleichen Qualifikationen ein fremd klingender Name,
5 das Geschlecht oder das Alter oft bereits ein Hindernis ist, um zum Vorstellungsgespräch eingeladen
6 zu werden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren, bei dem zunächst nur die berufliche
7 Qualifikation über die Einladung zu Bewerbungsgesprächen entscheidet, führt zu mehr Gerechtigkeit.

9 **Neue Ausbildungsinitiativen für die Stadt der Arbeit**

10 Wir müssen aber auch neue Wege zu mehr Ausbildung gehen. Denn wir dürfen uns zum einen nicht
11 mit Jugendarbeitslosigkeit abfinden und benötigen zum anderen für die klassischen, aber auch die
12 digitalen Wirtschaftsbereiche mehr gut ausgebildete Fachkräfte.
13 Dafür wollen wir im Ausbildungsbereich in den nächsten Jahren vor allem in folgenden Bereichen neue
14 Grundlagen für gute Ausbildung in Berlin legen:

- 16 - Wir werden im Rahmen der beruflichen Ausbildung stärker die Digitalisierung des
17 Arbeitslebens in den Blick nehmen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Tarifparteien und
18 Ausbildungsträgern überlegen, wo und wie bestehende Berufsbilder um Ausbildungsinhalte
19 zum Thema Digitalisierung in einem ersten Schritt für alle Berufsfelder zügig ergänzt werden
20 können und wo womöglich ganz neue Ausbildungsberufe nötig sind. Dafür werden wir auch
21 Initiativen auf Bundesebene starten.
- 22 - Ergänzend und aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen der Berliner Berufsschulen wollen
23 wir zukünftig an ausgewählten Oberstufenzentren ein Duales Abitur (Berufsausbildung mit
24 Abitur) anbieten. Mit dieser Doppelqualifizierung können die Schülerinnen und Schüler
25 gleichzeitig die allgemeine Hochschulreife ablegen und eine Berufsausbildung abschließen. So
26 können die Jugendlichen sich auf Grundlage eines erlernten Berufes entscheiden, ob sie im
27 Weiteren studieren oder ihrem Ausbildungsberuf nachgehen wollen.
- 28 - Ein wichtiger Bereich für die Berliner Wirtschaft sind die vielen Start-ups. Jedoch findet dort
29 kaum Ausbildung statt, da viele Unternehmen erst einmal Fuß fassen müssen und nicht wissen,
30 wie viele Jahre sie planen können. Wir wollen helfen eine Struktur zu schaffen, in der

Ausbildung in Netzwerken ermöglicht werden kann und der Staat den Auszubildenden garantiert, dass sie ihre begonnene Ausbildung beenden können.

- Viele junge Menschen, auch gerade unter den zu uns geflüchteten, wissen nicht, welche Berufe es gibt und welche für sie interessant sein könnten. Die Heranführung an ein Berufsfeld kann vielfach am besten über Praktika in Unternehmen führen. Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen, Verbänden und Arbeitnehmervertretungen eine „praktische industrielle Berufsorientierung“ aufbauen. Natürlich darf dadurch keine reguläre Arbeit verdrängt werden, sondern die jungen Menschen sollen in den Unternehmen durch praktische Erfahrungen an für sie geeignete Berufe herangeführt werden.
- Ausbildung ist ein wichtiger Baustein für Integration. Wir wollen deswegen gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Programme entwickeln, die den geflüchteten Menschen nicht nur die Möglichkeit geben, in Gemeinschaftsunterkünften aktiv ihr Umfeld mit zu gestalten, sondern gleichzeitig einen Einblick in mögliche Berufsfelder geben. Dadurch kann die Berufsorientierung gefördert werden und gleichzeitig wird das Gemeinschafts- und Verantwortungsgefühl gestärkt. Im Weiteren muss die Vermittlung in reguläre Ausbildung organisiert werden.

Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen

Eine alternde Gesellschaft verändert Berlin und die Arbeitswelt. Für die steigende Zahl der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen wir ein Programm für die Zielgruppe 45plus. In diesem Alter wollen viele nicht mehr den Job wechseln, sich im Job aber trotzdem weiterentwickeln und neue Sichtweisen kennenlernen. Deshalb setzen wir uns für mehr Jobrotationen ein, etwa innerhalb von Abteilungen eines Bezirksamtes, mit den Berliner Senatsverwaltungen oder Rotationen im Austausch mit der Privatwirtschaft. Jobrotationen bieten ein enormes Weiterentwicklungspotenzial für die Teilnehmenden und die Behörde bzw. Unternehmen.

Speziell für lebens- und berufserfahrene Frauen ab 45 Jahren wollen wir ein Programm ins Leben rufen, welches ihnen den Quereinstieg in den Öffentlichen Dienst erleichtert. Die öffentliche Verwaltung steht in den kommenden Jahren durch das altersbedingte Ausscheiden einer großen Anzahl von öffentlich Beschäftigten vor einem Fachkräftemangel, den gerade ältere Frauen durch ihre Kompetenzen und Erfahrungen verringern können.

Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt ist unmittelbar verbunden mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren. Sie ist die Basis für gute Arbeit. Die prosperierende Wirtschaft verschafft uns mehr Steuereinnahmen und Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Berlin muss in seiner Wirtschaftskraft weiter zu anderen Metropolregionen aufschließen. Wir werden die Chance nutzen, um die Stadt zu einem führenden Standort für Innovation und Hightech zu machen.

Innovationspolitik stärken

Mit einem 10-Punkte-Plan werden die SPD und der Regierende Bürgermeister Michael Müller Berlin zur digitalen Hauptstadt machen. Deshalb werden unter anderem in den kommenden Jahren an den Universitäten und Fachhochschulen der Stadt 30 neue IT-Professuren entstehen. Darüber hinaus wird es in einem sogenannten City-Lab, einem Schaufenster der Digitalisierung, allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, Stadtentwicklern, Ingenieuren und Kreativen über die Schulter zu schauen.

Die hohe Dichte an Hochschulen, Forschungszentren sowie Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir verstärkt für Berlin nutzen. Durch einen verstärkten Technologietransfer können wir mehr Innovationen und wirtschaftliches Wachstum für Berlin erreichen. Wir wollen die Bereiche Wissenschaft und Forschung, um ihrer Einheit gerecht zu werden, wieder in einer Senatsverwaltung zusammenfassen.

Berlin als Gründungsmetropole ausbauen

Berlin lebt von seiner Vielfalt. Unternehmen, Gründerinnen und Gründer und Fachkräfte aus aller Welt zieht es in die Stadt. Sie bringen internationales Flair, Kreativität und eine Aufbruchsstimmung nach Berlin. Ohne diese Zuwanderung würden wir in Deutschland unseren Wohlstand nicht halten können. Berlin ist der Ort, an dem Neues entsteht, Unternehmen gegründet und neue Geschäftsmodelle ausprobiert werden. Mit seinen mehr als 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen hat Berlin hierfür eine gute Ausgangslage.

Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft. Die Berliner SPD wird durch die bessere Vernetzung aller Akteure und eine weitere Optimierung der Fördermöglichkeiten das Gründungsumfeld unterstützen. Von der Kreativwirtschaft gehen viele Impulse in die Berliner Wirtschaft aus. So profitieren insbesondere innovationsstarke Unternehmen von der Kreativszene und die Tourismuswirtschaft fußt auf einer starken und vielfältigen Kultur- und Kreativlandschaft Berlins. Sie zu stärken, ist uns wichtig.

Die Fokussierung auf Schwerpunktbranchen bei der Förderung war richtig – hier erzielt Berlin überdurchschnittliche Wachstumsraten und Beschäftigungszuwachs. Ein gutes Beispiel ist die Gesundheitsbranche, wo vom kleinsten Unternehmen bis zum internationalen Konzern alle Firmen in der Stadt vertreten sind. Das neu gegründete Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) ist ein weiterer Meilenstein, um die Stadt weltweit an der Spitze der biomedizinischen Forschung zu etablieren. Wir verfolgen das Konzept der sozialen Gesundheitswirtschaft, um mehr Lebensqualität, bessere Arbeitsplätze und qualitatives Wachstum gemeinsam zu verwirklichen. Im Cluster Informations- und Kommunikationstechnik, Medien- und Kreativbranche erwirtschaften zudem mittlerweile rund 250.000 Berlinerinnen und Berliner mehr als 28 Milliarden Euro.

Deshalb gilt für uns: Berlin muss nicht überall Weltmeister sein. Wir werden unsere Förderpolitik weiterhin auf die Stärken der Stadt ausrichten.

Industriepolitik und moderne Dienstleistungspolitik

Moderne Industriepolitik ist wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. In den vergangenen Jahren ist es durch eine konsequente Industriepolitik gelungen, große Industrieunternehmen in Berlin zu halten und Standorte auszubauen. Die Berliner Industrie bildet wieder ein wichtiges Rückgrat für gute Arbeit und Wirtschaftswachstum. Umfangreiche Investitionen großer Unternehmen in den letzten Jahren beweisen die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Diese erfolgreiche Politik wollen wir weiterführen, um weiterhin zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu gehören unter anderem Unterstützung bei Ansiedlungen, die Bereitstellung von Flächen und schnelle Genehmigungsverfahren. Aber wir erwarten auch einen verantwortungsvollen Beitrag für mehr Beschäftigung und vor allem Ausbildung.

Der Steuerungskreis und der Masterplan Industrie sind die zwei wichtigsten Instrumente hierfür und werden von uns unterstützt und gefördert. Als Berliner SPD setzen wir uns für eine Revitalisierung des Masterplans und eine stärkere Umsetzung ein. Hierzu soll der Steuerungskreis beim Regierenden Bürgermeister das zentrale Gremium sein, in dem einzelne Maßnahmen koordiniert, evaluiert und diskutiert werden. Diesen wollen wir ausbauen.

Wir machen Berlin zur führenden Smart City Europas. Berlin als eine stark wachsende Stadt, verlangt nach vernetzten und intelligenten Lösungen, mit denen wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können. Ob innovative Mobilitätskonzepte, altersgerechtes Leben in den eigenen vier

1 Wänden oder die digitale Vernetzung von Behörden und Krankenhäusern: In vielen Bereichen ist Berlin
2 schon heute eine intelligente Stadt. Besonders wichtig dabei ist uns der gesellschaftliche Mehrwert für
3 die Bürgerinnen und Bürger.

4 Wichtige Voraussetzung dafür sind unsere Fachkräfte. Sie stellen mit ihrem Wissen und ihren
5 Fähigkeiten sicher, dass sowohl in den Unternehmen als auch in den Behörden die Digitalisierung eine
6 Chance für unsere Stadt sein wird.

7 Der Dienstleistungssektor hat einen wichtigen Anteil an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung
8 Berlins in den vergangenen Jahren. Dienstleistungsarbeit ist Interaktionsarbeit, das heißt „Arbeit am
9 und mit Menschen“. Diese Arbeit ist sehr anspruchsvoll und muss deshalb eine gesellschaftliche
10 Aufwertung erfahren. Durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wollen wir die
11 Professionalisierung im Dienstleistungsbereich weiter vorantreiben.

13 Chancen der Digitalisierung nutzen

14 Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft und die Art unseres Arbeitens rasant. Die Berliner SPD wird
15 diesen Wandel aktiv mitgestalten, damit die Digitalisierung zu mehr Lebensqualität, Gerechtigkeit,
16 Teilhabe und wirtschaftlichem Wachstum führt.

17 Industrie 4.0 vernetzt Industrie und Digitalwirtschaft ebenso wie etablierte und junge Unternehmen.
18 Sie stellt eine große Chance zur Ansiedlung neuer Innovations- und Entwicklungsabteilungen dar. Die
19 anstehende Digitalisierung der Berliner Unternehmen sowie die stark wachsende Branche der
20 Softwareentwicklung werden zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen führen. Gemeinsam mit den
21 Gewerkschaften werden wir darauf achten, dass die Digitalisierung keine Arbeitnehmer- und
22 Mitbestimmungsrechte aushöhlt.

23 Wir schaffen die Voraussetzungen für eine schnelle und umfassende Digitalisierung, indem wir einen
24 flächendeckenden Zugang zu Breitband- und Mobilnetzen ermöglichen, Fachkräfte durch Ausbildung
25 und Zuwanderung nach Berlin holen und unsere Verwaltung fit machen in allen Bereich der
26 Digitalisierung.

27 Berlin ist Europas digitale Hauptstadt. Innovative Ideen, neue Technologien, eine ausgezeichnete
28 Wissenschaftslandschaft und vernetzte Cluster sind die Grundlage für das weltweit hohe Renommee
29 unserer digitalen Wirtschaft und Berlins als Smart City der Zukunft. Diese Kompetenzen wollen wir
30 auch künftig stärken.

Die Digitalisierung betrifft alle Berlinerinnen und Berliner, sie verändert die Art wie wir leben und wie wir arbeiten. Es geht um die Kontrolle von Daten, um soziale Teilhabe und Partizipation. Die SPD will durch eine kluge und vorausdenkende Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für intelligente Produktionsprozesse, soziale Teilhabe und offenen Zugang zu Daten nutzen. Michael Müller hat gemeinsam mit der Wissenschaft ein Zehn-Punkte-Programm für die digitale Hauptstadt in die Umsetzung gebracht. Wir setzen daran an und machen es zur „Digitalen Agenda für Berlin“.

Die notwendige Voraussetzung für die Digitalisierung sind gute digitale Infrastrukturen. Berlin ist Breitbandhauptstadt und will die Spitzenstellung in Deutschland behalten.

Berlin soll darüber hinaus Vorreiter moderner Technologien und einer urbanen Infrastruktur werden, um Chancen zum Beispiel in der Medizin oder für eine intelligente Verkehrslenkung zu nutzen. Berlin muss Deutschlands erste 5G-Stadt werden. Nur dieser neue Mobilfunkstandard ermöglicht die Integration von Anwendungsprozessen zum Beispiel führerloses Fahren auf der Basis von leistungsfähigem, funkgestütztem, schnellem Internet. Wir werden die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet vorantreiben und notwendige Mittel für die Breitbandinfrastruktur hierfür bereitstellen.

Zukunftsorte profilieren

Technologiepolitik ist in Berlin eine politische Kernaufgabe. Wir sorgen weiter für ein gutes Innovationsklima, eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft und eine hohe Lebensqualität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So bauen wir unser Profil als Hightech-Standort aus.

Die Entwicklung des Technologiestandortes Adlershof hat uns gezeigt, dass man mutige und langfristig angelegte Entscheidungen treffen muss, um neue und zukunftsfähige Standorte zu etablieren. Mehr als zehntausend Arbeitsplätze sind hier neu entstanden. Der Technologiestandort Adlershof ist eine Riesenbereicherung für Berlin. Die dortige Entwicklung ist ein Beispiel dafür, wie aus Wissen Arbeit werden kann. Das Erfolgskonzept der Zukunftsorte wollen wir weiterentwickeln.

Intelligente Flächennutzung schafft Raum für Innovationen. Wir brauchen noch mehr Orte, an denen sich Innovationen entwickeln können. Nach dem Ende des Flugbetriebs werden wir auf dem Gelände des Flughafens Tegel einen weltweit einmaligen Industrie- und Forschungspark für urbane Technologien realisieren. Dieser Technologie-Standort schafft eine weitere Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Technologie, insbesondere durch die Kooperation mit der Beuth-Hochschule für

1 Technik. Durch das auf dem Gelände ebenfalls neu entstehende Wohnviertel werden wir hier die
2 Berliner Mischung von Arbeiten und Leben im gleichen Quartier weiter entwickeln.

4 **Gewerbeflächen sichern**

5 Eine wachsende Wirtschaft weist auch in innerstädtischen Lagen einen höheren Flächenbedarf auf.
6 Um eine weiterhin dynamische Entwicklung der Berliner Unternehmen zu ermöglichen, müssen
7 bestehende öffentliche wie private Gewerbeflächen gesichert und neue ausgewiesen werden. Neue
8 Stadtquartiere sollen die Nähe von Wohnen und Arbeiten sicherstellen.

9 Ohne bezahlbare Gewerbeflächen im innerstädtischen Bereich können viele kleine Betriebe nicht
10 existieren. Diese müssen erhalten bleiben. Die Digitalisierung verändert die Wirtschaft, auch die
11 kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen sie aktiv bei der Digitalisierung und Vernetzung ihrer
12 Geschäftsprozesse unterstützen. Wir wollen innovative Anwendungen für die Breite des Mittelstandes
13 aufbereiten und Investitionsentscheidungen erleichtert.

14 Eine zukunftsfähige Berliner Unternehmenslandschaft ist auf die Kreativität und die Innovation vieler
15 kleiner und mittlerer Unternehmen, Labs und Start-ups angewiesen, die auch Jahr für Jahr tausende
16 neuer Arbeitsplätze schaffen. Diesen Wirtschaftssektor wollen wir weiter mit Beratungs- und
17 Förderprogrammen unterstützen.

18 Die Förderangebote müssen regelmäßig auf ihre Leistungsfähigkeit sowie auf ihren Nutzen für die
19 Stadt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Das gilt sowohl für die Angebotspalette der
20 Investitionsbank Berlin als auch für die Förderungsstruktur von Berlin Partner.

22 **Mittelstand und Handwerk stärken**

23 Die mittelständische Wirtschaft ist unser Rückgrat für den Erfolg Berlins. Die in Berlin ansässigen
24 kleinen und größeren Unternehmen sind Basis für die gute wirtschaftliche Entwicklung. Wir legen
25 besonderen Wert darauf, ihnen beste Rahmenbedingungen zu bieten. Dazu gehören optimale
26 Betreuung und Service in der Verwaltung. Den von uns eingeführten Unternehmensservice werden wir
27 weiter verbessern und das Modell der „kurzen Wege“ sowie die Entwicklung von Schnittstellen zur
28 besseren Vernetzung vorantreiben.

1 Der aktuelle Boom, der Neubau von Wohnungen, die Sanierung von Schulen und Sporthallen und
2 energetische Modernisierungen schaffen viele Arbeitsplätze im Handwerk. Wir wollen auch weiterhin
3 mit möglichst kleinteiliger Auftragsvergabe das regionale Handwerk stärken.

4 Das „Aktionsprogramm Handwerk“ setzen wir konsequent fort, um jungen Menschen, Migrantinnen
5 und Migranten und vor allem Frauen den Zugang zum Handwerk zu ermöglichen.

7 **Verwaltung als modernen und verlässlichen Dienstleister aufstellen**

8 Die bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung braucht einen Innovationsschub. Innovation durch
9 Digitalisierung, aber auch durch moderne Strukturen, die schnellen und einfachen Service ermöglicht.
10 Wir werden das eGovernment-Gesetz nutzen, um eine barrierefreie Digitalisierung der Verwaltung
11 durchzusetzen.

12 Eine Organisationsreform wird Innovation ermöglichen. Dazu werden wir die finanziellen Ressourcen,
13 die digitalen Infrastrukturen und Kompetenzen zentralisieren und durch Best Practice motivieren. Die
14 Zeit der „technischen Kleinstaaterei“ muss beendet werden. Die Verwaltung der Bürgerämter soll
15 durch digitale Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

16 Zusammen mit Berliner Start-ups und der Wissenschaft soll eine zentrale Innovationseinheit in der
17 Berliner Verwaltung Prozesse reformieren. Bürgerdienstleistungen müssen – soweit rechtlich möglich
18 – von zuhause über Online-Formulare erledigt werden können. Der eigene Laptop oder das
19 Smartphone als mobiles Bürger- bzw. Bezirksamt ist unser Ziel. Dazu werden wir in der Weiterbildung
20 der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung legen und einen
21 Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze berücksichtigen.

22 Die Open-Data-Strategie der vergangenen Wahlperiode werden wir fortführen und ausbauen. Offene
23 Daten sind die Voraussetzung von Teilhabe und ein Wirtschaftsfaktor. Auf einer E-
24 Partizipationsplattform, die wir einführen, soll über Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität in
25 Berlin diskutiert werden.

27 **Berlin braucht den leistungsfähigen BER**

28 Wir stehen zu unserer Verantwortung für den Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg (BER), den wir
29 gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund in öffentlicher Verantwortung realisieren. Auch die

beteiligten Unternehmen sind aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und alles dafür zu tun, den Bau des BER erfolgreich abzuschließen.

Wir brauchen einen erfolgreichen Flughafen, um den Wirtschaftsstandort Berlin zu sichern. Durch den neuen Flughafen und die Entwicklung der umliegenden Stadtrandgebiete entstehen zehntausende neue Arbeitsplätze in Berlin. Wir sind überzeugt davon, dass der neue Hauptstadtflughafen nach seiner Eröffnung eine Erfolgsgeschichte wird. Die Zahl der Fluggäste in Berlin hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt. Diese Passagiere verdienen und bekommen einen leistungsstarken und attraktiven Airport mit Ausbaupotenzial zur Anpassung an die Flugzahlen und besten Anbindungen an das Berliner Zentrum.

Kooperation mit Brandenburg ausbauen

Die Gestaltung der Metropolenregion Berlin/Brandenburg wollen wir in guter Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg voranbringen. Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Wirtschaftsregion. Wir werden deshalb die enge Zusammenarbeit auch im Bereich der Wirtschaftsförderung fortsetzen und Brandenburg anbieten, weitere Handlungsfelder zu eröffnen. Zu den Handlungsfeldern gehören eine gemeinsame Landesplanung, insbesondere eine nachhaltige Energieplanung, die sowohl den Ausstieg aus der Braunkohle vorsieht wie auch ein gemeinsames Vorgehen gegen die Planung von Atomkraftwerken bei unseren polnischen Nachbarn.

Oderpartnerschaft – Zusammenarbeit mit den benachbarten polnischen Regionen intensivieren

Europa wächst an den Grenzen zusammen. Die Berliner SPD-Fraktion und der SPD-geführte Senat haben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn im Bereich der Wirtschaft, Universitäten, Tourismus und der Logistik mit den benachbarten Metropolen Stettin, Posen und Breslau im Projekt „Oder-Partnerschaft“ vorangetrieben.

Zusammenarbeit setzt eine gute Erreichbarkeit auch auf der Schiene voraus. Zusammen mit den polnischen Nachbarregionen und den polnischen Sozialdemokraten konnten wir erste Erfolge erzielen: Die Elektrifizierungslücken nach Stettin und Breslau werden in den nächsten Jahren geschlossen, Bahn-Fahrzeiten werden schrittweise verkürzt und zusätzliche umsteigefreie Bahnverbindungen geschaffen.

1 Mit der Zusammenarbeit und dem Dialog stärken wir auch die europafreundlichen Kräfte in Polen und
2 Deutschland.

3

4 **Wachstumsbranche Tourismus und Messestandort Berlin**

5 Im vergangenen Jahr kamen so viele Touristen wie noch nie nach Berlin. Im Jahr 2015 gab es in Berlin
6 erstmals mehr als 30 Millionen Übernachtungen. Der Tourismus ist von herausragender Bedeutung für
7 die Stadt. Wir werden gemeinsam mit der Berlin Tourismus Marketing Agentur „visitBerlin“ die
8 Tourismusförderung weiter ausbauen.

9 Der Tourismus bietet den Menschen in unserer Stadt Chancen etwa durch einen
10 überdurchschnittlichen Ausbildungsanteil im Gastgewerbe und dessen Offenheit gegenüber
11 Quereinsteigern und ungelernten Arbeitskräften. Die Berliner SPD will hier die Arbeitnehmerrechte
12 durch entsprechende Kontrollen der arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen wirksam schützen und
13 stärken.

14 Die Berliner SPD spricht sich für die Stärkung der touristisch bedeutsamen Fernbahnhöfe aus. Die
15 Ladenöffnungszeiten in Fernbahnhöfen sollten denen der Flughäfen gleichgestellt werden. Diese
16 Anpassungen sollen unter Berücksichtigung der umliegenden Geschäfte nicht wettbewerbsverzerrend
17 sein.

18 Die Bewerbung von Besuchszielen außerhalb der herkömmlichen Touristenrouten trägt zur Erhöhung
19 der Special-Interest-Besuche und damit zur Stärkung der Tourismuswirtschaft dieser Gebiete bei.

20

21 **Messestandort Berlin**

22 Messen und Kongresse stellen einen wichtigen Teil des Berlin-Tourismus dar. Angesichts der
23 steigenden Nachfrage müssen die Kongresskapazitäten bedarfsgerecht angepasst und ausgebaut
24 werden. Die Berliner SPD bekennt sich zum Erhalt und Umbau des Internationalen Congress Centrums
25 Berlin, kurz ICC, das 2014 wegen einer umfassenden Gebäudesanierung und technischen Überholung
26 vorübergehend geschlossen wurde. Der Umbau des etablierten und weltweit nachgefragten
27 Kongresszentrums stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Berlins im Messe- und
28 Kongresstourismus.

1 **Berlin als Zentrum des Nord-Süd-Dialogs**

2 Die Berliner SPD führt die bewährte und überparteilich gestützte Landesentwicklungspolitik fort.
3 Gleichzeitig wollen wir entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen noch besser vernetzen
4 und die Städtepartnerschaften Berlins intensivieren, insbesondere in den Bereichen ökologische
5 Stadtentwicklung und Integration von Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft.

6

7 **Industriekultur als Standortfaktor**

8 Berlin verfügt über ein reiches architektonisches und kulturelles Erbe der industriellen Entwicklung des
9 19. und 20. Jahrhunderts. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dieses Potential für moderne
10 Produktion, kreativwirtschaftliche und kulturelle Nutzungen sowie den Tourismus zu erschließen.

1 **Stadtentwicklung**

2 **Leben und Wohnen in Berlin**

3 Die Hauptstadt Berlin erfreut sich, nicht zuletzt dank der erfolgreichen sozialdemokratischen Politik –
4 einer enormen Attraktivität, Anziehungskraft und internationaler Beliebtheit. Wir haben die
5 politischen Weichen gestellt

- 6 - für eine attraktive Kultur- und Wirtschaftsentwicklung
- 7 - für einen modernen Personennahverkehr
- 8 - für mehr Wohnungen und eine sozialverträgliche Mietenentwicklung
- 9 - für eine insgesamt soziale Stadtentwicklung in allen Stadtteilen
- 10 - für eine nachhaltige Energieversorgung und -nutzung und für einen langfristigen Klimaschutz
- 11 sowie für den Erhalt der für Berlin charakteristischen „grünen Elemente“
- 12 - für eine intakte urbane Umwelt mit sauberer Luft und sauberem Wasser und weniger Lärm,
- 13 wie auch einem effizienten Ressourcenmanagement
- 14 - für den Schutz der städtischen Natur und der hohen Biodiversität
- 15 - für die Erschließung und Entwicklung des öffentlichen Raums als Ort mit neuer Lebens- und
- 16 Nutzungsqualität

17
18 Auf Jahre hinaus werden wir eine wachsende Metropole bleiben. Die SPD wird dafür sorgen, dass für
19 diesen Wachstumsprozess in der Stadtentwicklung die Leitbilder der nachhaltigen, grünen sowie der
20 weltoffenen, europäischen, urbanen und solidarischen Stadt mit einer ausgeprägten sozialen und
21 funktionalen Mischung gelten. Wir stehen für eine sozial-orientierte Stadtentwicklungspolitik. Berlin
22 soll eine attraktive Metropole mit hoher Lebensqualität bleiben. Hier leben Menschen
23 unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Einkommen zusammen. Die soziale Mischung in den
24 Kiezen wollen wir bewahren.

25 Weil auch in den kommenden Jahren mit einem starken Bevölkerungswachstum zu rechnen ist,
26 werden wir ein nachhaltiges Wachstum der Stadt fördern und sozialverträglich gestalten. Ein für alle
27 Einkommensgruppen leistbares und ausreichendes Wohnungsangebot ist das zentrale Ziel und die
28 entscheidende Herausforderung für die Daseinsvorsorge. Bezahlbare Wohnungen sind zudem ein
29 wichtiger Standortfaktor.

30 Berlin ist eine Stadt der Mieterinnen und Mieter. Von den 1,9 Millionen Wohnungen in Berlin sind 85
31 Prozent Mietwohnungen. Die SPD wird weiterhin alles tun, um Berlins Mieter zu schützen. Die
32 Bezahlbarkeit der Wohnung ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Niemand soll Angst haben

1 vor zu hohen Wohnkosten und Verdrängung. Die Stabilisierung des Mietenniveaus in der Stadt gehört
2 zu den wichtigsten Zielen unserer Politik. Sozialorientierter Wohnungsbau, Mieterschutz und eine
3 öffentlich gesteuerte Stadtentwicklung haben für die SPD Priorität im Regierungshandeln.

5 **Bezahlbare Mieten und Mieterschutz sichern**

6 Wir haben Wort gehalten und alle gesetzlichen Möglichkeiten auf Landesebene ausgeschöpft, um
7 bezahlbare Mieten zu sichern.

8 Die von der SPD auf Bundesebene durchgesetzte Mietpreisbremse hat Berlin als erstes Bundesland
9 umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mietpreisbremse in ihrer Wirksamkeit verbessert und
10 die Einhaltung durch geeignete Maßnahmen in allen Stadtteilen gesichert wird.

11 Das „Mietenbündnis“ mit den landeseigenen Gesellschaften gewährleistet eine sozialverträgliche
12 Wohnungsversorgung gerade für Haushalte mit geringem Einkommen und soll fortgesetzt werden. Wir
13 werden auch die landeseigene Gesellschaft Berlinovo mit einbeziehen.

14 Spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir weiter bekämpfen. Das
15 Zweckentfremdungsverbot wurde wieder eingeführt. Tausende Ferienwohnungen oder gewerblich
16 genutzte Wohnungen werden so wieder dem Mietwohnungsmarkt zugeführt, die Gewerbenutzung
17 wird erschwert. Zur wirksamen Verfolgung der Zweckentfremdung werden wir weiter mehr Personal
18 zur Verfügung stellen.

19 Es gibt in Berlin wieder eine Wohnungsbauförderung.

20 Wir wollen den eingeschlagenen Weg konsequent und mit noch größeren Anstrengungen und Erfolgen
21 fortsetzen.

22 Wir haben den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen erhöht und die Umwandlung von
23 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschwert. Die erfolgreiche Anwendung des qualifizierten
24 Berliner Mietspiegels wird fortgesetzt.

25 Die Berliner SPD wird sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der Mietpreisbremse sowie eine
26 zeitliche Befristung und deutliche Absenkung der Modernisierungsumlage perspektivisch auf 6 Prozent
27 bei Einführung einer Angemessenheitsprüfung von Modernisierungsinvestitionen und einer
28 Kappungsgrenze für modernisierungsbedingte Mieterhöhungen einsetzen. Mieter brauchen Schutz
29 vor unsinnigen energetischen und Luxusmodernisierungen. Das Land Berlin wird sich für ein

1 Mietspiegel-Gesetz einsetzen und wir werden im Mietrecht den Kündigungsschutz insbesondere
2 gegen „Eigenbedarf“ und „wirtschaftliche Verwertung“ verbessern. Die Berliner SPD unterstützt die
3 mietenpolitische Gesetzesinitiative von Bundesjustizminister Heiko Maas.

4 Das Geschäft der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir weiter erschweren. Die
5 Berliner Umwandlungsverordnung ist ein Erfolg sozialdemokratischer Politik. Wir wollen durch eine
6 Novelle des sozialen Erhaltungsrechts im Baugesetzbuch die Schutzinstrumente gegen
7 Luxusmodernisierung verbessern. Die SPD wird einen Fonds einrichten, um den Bezirken zu
8 ermöglichen, ihr Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten auszuüben, um Mietervertreibung
9 durch Modernisierung und Umwandlungen effizienter verhindern zu können. Die SPD wird eine
10 Ausweitung der Kulisse von Erhaltungssatzungen befördern.

11
12 Auf Bundesebene setzen uns dafür ein, zur Gewährleistung einer sozial gerechten Bodennutzung „die
13 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle Kreise der Bevölkerung“ als Planungsziel in das
14 Baugesetzbuch aufzunehmen.

15 Für die Versorgung insbesondere von Haushalten mit niedrigeren Einkommen unverzichtbare
16 Sozialwohnungen müssen dauerhaft preisgünstiger sein als frei finanzierte Wohnungen. Wir werden
17 das Landeswohnraumgesetz novellieren und ein einkommensorientiertes Mietenmodell für den
18 verbleibenden Bestand geförderter Wohnungen einführen.

19 Die SPD will die noch bestehenden Mieten- und Belegungsbindungen bei geförderten Wohnungen
20 erhalten.

21 Durch die Einführung von Kappungsgrenzen bei den Mieten in Berliner Großsiedlungen konnten wir
22 dort bereits eine sozial ausgerichtete Mietenentwicklung für mehrere Jahre sichern. Das neue
23 „Berliner Wohnraumversorgungsgesetz“ brachte wichtige Neuerungen im sozialen Wohnungsbau. Für
24 Mieterinnen und Mieter in privaten Sozialwohnungen wird die Miethöhe wie bei den landeseigenen
25 Gesellschaften auf maximal 30 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens beschränkt.

26 27 **Wir treiben einen sozialorientierten Wohnungsneubau voran**

28 Neubau ist der beste Weg, um Wohnungsmangel zu bekämpfen. Wir sorgen dafür, dass vor allem im
29 bezahlbaren Preissegment neuer, zusätzlicher Wohnraum entsteht. Für eine sozialraumorientierte
30 Wohnraumversorgung in Berlin haben für die nächsten Jahre insgesamt einen Betrag von 1,4 Mrd.

1 Euro gesichert. Um Genehmigungen zu beschleunigen, wird das Verwaltungspersonal weiter
2 aufgestockt und es werden rechtliche Anpassungen vorgenommen. Wir werden den Wohnungsbau
3 weiter vereinfachen und sozialer ausrichten, um gezielt bezahlbaren Wohnraum zu vermehren.

4 Um mehr kommunale Wohnungen im günstigen Preissegment anbieten zu können, die nicht teuer
5 subventioniert werden müssen, setzen wir auf bezahlbare Wohnungen mit einfacheren Standards.

6 Die Förderung des Baus bezahlbarer Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen will die
7 SPD in einem ersten Schritt auf 5.000 Wohnungen im Jahr ausdehnen und für eine effiziente,
8 nachfragegerechte und einkommensorientierte Förderung sorgen. Wir werden den Wohnungsbau
9 weiter beschleunigen.

10 Im Wohnungsneubau setzen wir auf eine maßvolle Verdichtung bestehender Quartiere, verbunden
11 mit der Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Eigenarten und Stärken. Die Mobilisierung von
12 Wohnbauland im gesamten Stadtgebiet erfordert eine intensivierte Bauleitplanung, die Anwendung
13 des Besonderen Städtebaurechts sowie die Konversion von Gewerbebrachen und Bahnflächen. Die
14 städtebauliche Entwicklung neuer Gebiete erfordert eine sorgfältige Planung im Bewusstsein, dass für
15 viele Jahrzehnte lebenswerte Quartiere entstehen.

16 Dem Bedarf der Studierenden nach Wohnraum werden wir weiter durch den Bau von 5000
17 Wohnungen entsprechen. Zu uns geflüchteten Menschen werden wir eine Wohnperspektive bieten
18 durch den schnellen Bau von zusätzlichem Wohnraum und auf 60 landeseigenen Grundstücken
19 Wohnraum für 24.000 Menschen in Modulbauweise errichten.

20 Der Beitrag der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu einem sozial orientierten Wohnungsbau ist
21 für unsere Ziele entscheidend. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Zahl der landeseigenen
22 Wohnungen durch Neubau und Zukäufe bereits von 270.000 auf über 300.000 erhöht. Unser Ziel ist
23 es, den Bestand bis spätestens 2026 auf 400.000 Wohnungen bei den landeseigenen Gesellschaften
24 anzuheben. Das wirkt regulierend auf die Mietpreisentwicklung und gibt uns die Chance, Wohnungen
25 auch an Haushalte mit kleinen Einkommen zu vermitteln. Schon heute geht mehr als jede zweite frei
26 werdende landeseigene Wohnung an einen Haushalt mit Wohnberechtigungsschein. Durch eine
27 Änderung der Landesverfassung wollen wir eine Privatisierung städtischer Wohnungsunternehmen für
28 die Zukunft ausschließen. Landeseigene Grundstücke sollen nur noch im Ausnahmefall privatisiert
29 werden, und dann nur mit sozialen Bindungen.

30

31

1 **Die Berliner Mischung erhalten**

2 Es ist die besondere Qualität Berlins, auch mitten in der Stadt zu bezahlbaren Mieten wohnen zu
3 können. Wohnen in der Innenstadt darf kein Luxus werden! Wir wollen die besondere „Berliner
4 Mischung“ aller Wohnquartiere erhalten. Deshalb hat der Senat bei Neubauprojekten, für die
5 Baupläne neu erstellt oder geändert werden müssen, in städtebaulichen Verträgen durchgesetzt, dass
6 ein Viertel der Wohnungen zu günstigen Mieten angeboten werden muss. Insgesamt hat sich das
7 „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ bewährt und soll fortgesetzt werden.
8 Gleichzeitig denken wir beim Wohnungsneubau Gewerbeflächen für das Handwerk mit. Die SPD will
9 die Rechtsinstrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme wieder nutzen und eine
10 unterstützende Liegenschaftspolitik zu praktizieren.

11

12 **Neue Wohnformen fördern**

13 Wir unterstützen neue Wohnformen einschließlich Genossenschaften. Hierzu gehören auch neue
14 Wohnformen beispielsweise für queere Berlinerinnen und Berliner jeden Alters. Das stärkt
15 Selbstverantwortung und sozialen Zusammenhalt vor Ort und ermöglicht die Schaffung von neuem
16 Wohnraum. Da, wo öffentlich gefördert wird, muss stets bezahlbares Wohnen entstehen. Im Rahmen
17 der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen in
18 unserer Stadt so lange wie möglich in ihren Wohnungen ein selbstbestimmtes Leben führen können.
19 Wir unterstützen und fördern die dafür notwendigen Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen.
20 Unser Ziel sind bezahlbare und barrierefreie Wohnungen für alle Menschen – ob Familien mit Kindern,
21 Ältere, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderungen.

22

23 **Barrierefreies Wohnen ermöglichen**

24 Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit
25 Behinderungen steigt an. Wir wollen, dass der bedarfsgerechte Umbau im Bestand und auf
26 Zuwegungen zu Wohnungen möglichst leicht stattfinden kann und dass dieser auch bei einem
27 Mieterwechsel bestehen bleibt. Einmal abgeschaffte Barrieren dürfen nicht wieder aufgebaut werden.
28 Darum wird sich die SPD mit einer Bundesratsinitiative für eine Änderung des Wohneigentums- und
29 des Mietrechts einsetzen, damit Vermieterinnen und Vermieter sich dem nicht weiter verschließen
30 können. Die SPD bekennt sich zu der 2006 erfolgten Verankerung der Barrierefreiheit in der
31 Bauordnung.

1 **Neue Liegenschaftspolitik auch im Bund**

2 Wir fordern vom Bund eine Neue Liegenschaftspolitik, die sich am Berliner Modell orientiert. Zur
3 Veräußerung stehende, bundeseigene Liegenschaften sollen vom Land Berlin übernommen
4 werden. Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass Kommunen mit
5 angespanntem Wohnungsmarkt Bauland auf Grundlage des Verkehrswerts und mit Verbilligungen für
6 sozialen Wohnungsbau von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) erwerben können. In
7 Zeiten knappen Wohnraums ist es nicht hinnehmbar, dass bundeseigene Immobilien zu
8 Spekulationsobjekten werden. Für landeseigene Grundstücke wird das Prinzip des überzeugenden
9 Konzepts gegenüber dem Preis Vorrang haben. Für Wohnungsbau geeignete Flächen sollen
10 vornehmlich an landeseigene Gesellschaften und Genossenschaften übertragen werden.

11

12 **Geschützte Segmente**

13 Seit 1993 erleichtert das „geschützte Marktsegment“ Menschen in prekären Lebenssituationen den
14 Zugang zum Wohnungsmarkt. Die SPD wird sich in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass
15 der Anteil an Wohnungen für Bedürftige an den gestiegenen Bedarf angepasst wird. Besonders in Not
16 geratenen Frauen wollen wir durch dieses wohnungspolitische Instrument einen Rückzugsraum
17 bieten.

18

19 **Integrierte Stadtentwicklung**

20 Mit dem Einwohnerwachstum und dem Wohnungsbau steigt der Bedarf für soziale Infrastruktur, Kitas
21 und Schulen. Berlin braucht im Rahmen seiner Zukunftsinvestitionen ein Investitions-Programm für
22 die Errichtung von Kitas und Schulkapazitäten parallel zum Wohnungsbau. Die SPD will die Erarbeitung
23 bezirklicher Entwicklungspläne fördern, die Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsaufgaben im
24 Kontext betrachten sowie lang- und mittelfristige Planungsziele und Strategien beschreiben.

25 Berlin soll mit dem Ziel einer nachhaltigen ausgerichteten Landesplanung zur Bewältigung des
26 Neubaubedarfs eine Entwicklungs-Kooperation mit dem Land Brandenburg und den Landkreisen
27 aufbauen.

28 Die Ressourcen der Bauverwaltungen auf Bezirks- und Landesebene werden wir für wichtige Aufgaben
29 wie die Durchsetzung des Sozialen Erhaltungsrechts, Bauleitplanung und Baulandmobilisierung,

1 öffentlich-rechtliche Verträge, Beschleunigung von Baugenehmigungen oder die Bekämpfung von
2 Zweckentfremdung stärken.

3 Die SPD wird die Gebietskulisse für das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ konsequent auf
4 Quartiere, in denen Flüchtlinge wohnen, mit dem Ziel der Integrationsförderung und
5 Nachbarschaftsbildung ausdehnen. Auch starke Konfliktlagen im öffentlichen Raum erfordern
6 Interventionen. Ohne lebendige und lebenswerte Stadtquartiere wird es keine nachhaltige und
7 attraktive Stadt geben. Wir stärken unsere Zentren und Quartiere, auch durch die Fortführung unseres
8 bewährten Quartiersmanagements und erweitern diese aus den zusätzlichen Mitteln der sozialen
9 Stadt. Das Berliner Quartiersmanagement soll um ein Integrationsmanagement ergänzt und in
10 Kooperation zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen und den Bezirken weiterentwickelt
11 werden, Beteiligungsansätze und Ratsstrukturen in den Gebieten sollen gestärkt werden.

12

13 **Öffentliche Räume – sicher und attraktiv**

14 Berlin braucht einen qualitativ gestalteteten, gepflegten und sicheren öffentlichen Raum, in dem sich
15 alle Bürgerinnen und Bürger gern aufhalten, Erholung suchen und sich wohlfühlen. Angsträume,
16 verwahrloste Stadtbereiche oder Platz- und Parkanlagen, gar Kriminalitätsschwerpunkte im
17 öffentlichen Raum sind für die SPD nicht hinnehmbar. Hier wollen wir verstärkt für attraktive, sichere
18 Orte überall in der Stadt sorgen.

19

20 **Berliner Mitte**

21 Die Gestaltung der Berliner Mitte ist für die SPD eine der zentralen stadtentwicklungspolitischen
22 Herausforderungen. Durch den Bau des Humboldtforums und die Pläne für den Bereich rund um den
23 Molkenmarkt wird sich dieser Bereich in seiner städtebaulichen und kulturellen Prägung stark
24 verändern.

25 Die Rückgewinnung des Rathausforums als öffentlicher Raum birgt nach Beendigung des U-Bahnbaus
26 eine weitere große Chance dafür, dass die Mitte der Stadt wieder ein attraktiver Anziehungs- und
27 Aufenthaltsort für die Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste wird.

28 Mit dem Dialogforum „Alte Mitte – Neue Liebe“ haben wir den Dialog mit der Stadtgesellschaft
29 begonnen. Wir wollen unter sorgfältiger Berücksichtigung der Stadtgeschichte eine behutsame
30 städtebauliche Re-Urbanisierung in öffentlicher Regie und Verantwortung einleiten.

1 Grundsätzlich soll sich die Entwicklung des Bereichs zwischen dem Fernsehturm am Alexanderplatz
2 und dem Humboldtforum am Leitbild eines grün- und kulturgeprägten Areals orientieren. Die SPD wird
3 hier eine sozial gerechte Bodennutzung durchsetzen, Spekulation und eine weitgehende Privatisierung
4 von Baupotentialen ausschließen.

5

6 **Kulturforum**

7 Die SPD Berlin setzt sich für eine ganzheitliche Planung des Kulturforums in Tiergarten ein, die eine
8 nachhaltige Zukunft für diesen wichtigen Stadtraum sichert.

9 Wir unterstützen die Pläne der Stiftung Preußischer Kulturbesitz hier ein Museum der Moderne für
10 Kunst des 20. Jahrhunderts in der Nachbarschaft zur Neuen Nationalgalerie zu errichten, um hier die
11 weltweit einzigartige Sammlung der Nationalgalerie in gebührendem Rahmen zeigen zu können.

1 **Wir gestalten metropolengerechte Mobilität**

2 Metropolengerechte Mobilität ist Daseinsvorsorge für alle. Denn gute Mobilität ist ein wichtiger
3 Schlüssel für das Zusammenleben in Berlin und wirtschaftliches Wachstum.

4 Deshalb finanzieren wir ein gutes Angebot im Öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) und sorgen dafür,
5 dass Ausbau und Pflege der Infrastruktur staatliche Aufgaben bleiben. Unser ÖPNV schont Ressourcen
6 und leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Unser Ziel ist, dass möglichst viele Menschen den
7 ÖPNV nutzen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Preis des „Berlin Ticket-S“ so zeitnah wie
8 möglich an den im ALGII-Regelsatz vorgesehenen Anteil für Mobilität angeglichen wird.

9 Die wachsende Stadt bedeutet auch einen steigenden Bedarf an Mobilität. Diese bewältigen wir mit
10 dem Ausbau eines modernen und barrierefreien ÖPNV, des Radverkehrs und der vom Senat
11 beschlossenen Fußgängerstrategie.

12 Der besonders für viele mobilitätseingeschränkte Menschen wichtige Begleitservice des VBB wird
13 verstetigt. Den Service des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderung wollen wir verbessern,
14 die bezirklichen Mobilitätshilfen wollen wir stärken und ausbauen.

15 Es ist ein Erfolg sozialdemokratischer Mobilitätspolitik, dass sich in Berlin der innerstädtische
16 Autoverkehr auf unter 30 Prozent reduziert hat. Für uns ist damit eine wichtige Etappe auf dem Weg
17 zur klimaneutralen Stadt 2050 geschafft. Diesen Weg setzen wir konsequent fort.

18

19 **Mobilitätsarten intelligent kombinieren**

20 ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, Taxen und Car-Sharing auf Basis regenerativer Energien bilden als
21 Umweltverbund den Kern des Mobilitätsnetzes, das einen gleichberechtigten und barrierefreien
22 Zugang zu Mobilität gewährleistet.

23 Auch der Autoverkehr ist weiterhin Teil des Mobilitätsangebots in der Stadt, da es nach wie vor
24 Bevölkerungsgruppen, Lebenssituationen und Mobilitätsanlässe gibt, für die es keine Alternative zum
25 eigenen Auto gibt. Dies sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden.

26 Die Herausforderung besteht darin, die verschiedenen Mobilitätsarten in Berlin intelligent miteinander
27 zu kombinieren, sodass jeder dort ankommt, wo er hin will, in einem umweltfreundlichen und
28 leistungsfähigen Mobilitätsnetz.

29

1 **Den knappen öffentlichen Raum effizient nutzen – Vorfahrt für den Umweltverbund**

2 Der öffentliche Raum in der Stadt reicht nicht überall aus, um gleichzeitig Straßenbahnen, Radverkehr
3 und Straßen auszubauen. Das Schwergewicht unserer Mobilitätspolitik liegt deshalb auf dem Ausbau
4 des Umweltverbundes, also des ÖPNV und eines attraktiven Fuß- und Radwegenetzes bei gleichzeitiger
5 Sanierung und Instandsetzung des vorhandenen ÖPNV-Netzes.

6

7 **Straßenbahn für ganz Berlin**

8 Das Angebot des ÖPNV muss an die wachsende Stadt und neue Stadtteile angepasst werden. Dabei ist
9 die Straßenbahn besonders geeignet, den ÖPNV zu verstärken. Sie ist leistungsstark, kostengünstig
10 und sicher. Wir planen eine Erweiterung des Straßenbahnnetzes für Berlin in den kommenden Jahren
11 und werden sie bedarfsgerecht umsetzen. Dafür wollen wir ein Sonderausbauprogramm Straßenbahn
12 auflegen und uns beim Bund für zusätzliche Investitionsmittel einsetzen, z. B. über das GFVG-Bundes-
13 programm.

14

15 **Leistungsfähigkeit des ÖPNV sicherstellen**

16 Der Bau der U-Bahnlinie 5 zwischen Alexanderplatz und Hauptbahnhof wird in den kommenden Jahren
17 abgeschlossen. Damit wird die Erreichbarkeit der Arbeits- und Studienplätze, der Museen, Theater
18 sowie der touristischen Ziele im Zentrum der Stadt erleichtert und die U2 entlastet.
19 Außerdem prüfen wir mittelfristig sinnvolle Erweiterungen des U-Bahn-Netzes.

20 Darüber hinaus werden wir in den nächsten Jahren Milliarden investieren, um neue, moderne und
21 barrierefreie Fahrzeuge im gesamten ÖPNV zu kaufen. Bei der Busbeschaffung setzen wir auf
22 umweltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien.

23 Wir sorgen dafür, dass die S-Bahn weiterhin ihre tragende Funktion innerhalb unseres ÖPNV-Systems
24 übernehmen kann. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und ein stabiler Taktverkehr müssen
25 selbstverständlich sein. Die erneute Vergabe der S-Bahn-Ringstrecken an die Deutsche Bahn AG ist
26 verbunden mit der Anschaffung von rund 400 neuen
27 S-Bahn-Wagen in den nächsten Jahren, die die Berliner S-Bahn leistungsfähiger machen.

28 Die BVG und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einer der Garanten für die Mobilität der
29 Menschen Berlins und der zahlreichen Besucherinnen und Besucher. Daher ist es uns wichtig, die

1 Investitionen in die Qualität und den Ausbau der Leistungen zu erhöhen. Deshalb wurde ein
2 langfristiger Verkehrsvertrag mit der BVG geschlossen.

3 Um das Straßenbahn- und Busangebot zuverlässiger zu machen, werden wir eine
4 bedarfsgerechte Nutzungsdauer der Busspuren sowie die Bevorrechtigung des ÖPNV an Ampeln
5 einrichten. Bahnhöfe und Haltestellen werden weiter barrierefrei aus- bzw. umgebaut.

7 **ÖPNV-Angebot besser zugänglich machen**

8 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsunternehmen und die Deutsche Bahn ihre
9 Informations- und Wegeleitsysteme optimieren, damit die Fahrgäste ohne Zeitverlust ihr Ziel
10 erreichen. Für die Nutzerinnen und Nutzer mobiler Endgeräte wollen wir – neben den weiter
11 bestehenden analogen Angeboten – digitale Leit-, Informations- und Bezahlssysteme unter
12 Berücksichtigung des Schutzes persönlicher Daten verstärkt in den ÖPNV integrieren. Die öffentlich
13 gesammelten digitalen Informationen über die Berliner Mobilität müssen für alle in Echtzeit verfügbar
14 sein, um sich vor und während des Weges online über den Stand ihrer Verbindung und
15 Dienstleistungsangebote im Umweltverbund informieren zu können.

17 **Fuß- und Radverkehr weiter fördern**

18 Die vom Senat beschlossene Radverkehrsstrategie für Berlin von 2013 wird konsequent weiter
19 umgesetzt und weiterentwickelt. Um die Umsetzung der Investitionen in die Fahrradinfrastruktur zu
20 beschleunigen, wollen wir eine Projektstruktur unter Einbeziehung der Bezirke entwickeln, die im
21 Rahmen einer gesamtstädtischen Zielplanung die Prioritärprojekte an einer Stelle koordiniert und
22 steuert sowie den schnellen Ausbau der Radinfrastruktur vorantreibt und dabei vor allem
23 Unfallschwerpunkte abbaut und eine moderne Fahrradpolitik verfolgt.

24 Neben Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten wollen wir inklusive Begegnungszonen mit
25 der Priorität für den Fuß- und Radverkehr einrichten, die nach dem „Zwei-Sinne-Prinzip“ auch eine
26 Kommunikation per Sichtkontakt ermöglichen.

28 **Straßennetz bedarfsgerecht ergänzen**

29 Die im Bundesverkehrswegeplan verankerte Verlängerung der Stadtautobahn A 100 ist für uns Teil
30 eines Gesamtkonzepts zur Verkehrsentlastung der umliegenden und innerstädtischen Quartiere, wo
31 wir durch die Reduzierung von Verkehr, Lärm und Feinstaubbelastung mehr Lebensqualität schaffen

1 wollen. Im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Verkehrsvermeidung setzen wir auf den Rückbau von
2 Durchgangsstraßen, Parkraumbewirtschaftung und die Ausweitung von Tempo 30-Zonen dort, wo die
3 Belastung durch die Umlenkung des Durchgangsverkehrs auf die Stadtautobahn abnimmt.

4 Zur Entlastung der Wohngebiete und zur Erschließung von Gewerbegebieten in Marzahn-Hellersdorf,
5 Lichtenberg und Köpenick sowie zur besseren Anbindung an den Flughafen BER bauen wir die
6 Tangentialverbindung Ost (TVO) aus.

8 **Verkehrssicherheit erhöhen**

9 Wir unterstützen die Umsetzung des vom Senat beschlossenen Verkehrssicherheitsprogramms. Bei
10 Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehrstoten oder Verletzten darf es keine Abstriche geben. Dazu
11 gehören auch mehr stationäre Geschwindigkeitskontrollen sowie kombinierte Rotlichtüberwachungs-
12 und Geschwindigkeitsmessenanlagen, insbesondere in der Nähe von Unfallschwerpunkten. Bei der
13 baulichen Gestaltung von Straßenanlagen und Kreuzungen fordern wir die Berücksichtigung neuester
14 Erkenntnisse der Unfallforschung sowie kombinierte Rotlichtüberwachungs- und
15 Geschwindigkeitsmessenanlagen, insbesondere in der Nähe von Unfallschwerpunkten.

16 Wichtig ist uns die Präventionsarbeit der Jugendverkehrsschulen als gesamtstädtische Aufgabe. Wir
17 setzen uns dafür ein, dass pädagogisch qualifiziertes Personal eingesetzt und der
18 Instandsetzungsrückstand in den Jugendverkehrsschulen abgebaut wird.

19 Wir befürworten die Prüfung und Anordnung weiterer Tempo 30-Abschnitte für besondere
20 Schwerpunkte von Unfällen oder von Luft- und Lärmbelastungen. Sie sind eine wirkungsvolle
21 Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und tragen wesentlich zur Lärminderung und
22 Luftreinhaltung bei.

24 **Ausbau des Zukunftsfeldes Elektromobilität**

25 Die Elektromobilität – auf Basis regenerativer Energie – wird als Bestandteil des Umweltverbunds
26 gefördert. Dabei soll dem Ausbau der Elektromobilität bei einem zukünftigen Citylogistikkonzept eine
27 besondere Rolle zukommen.

1 **Parkraumbewirtschaftung erweitern**

2 Die SPD wird die Parkraumbewirtschaftung in der kommenden Legislaturperiode weiter vorantreiben.
3 Eine Gebührenbefreiung batteriebetriebener Fahrzeuge in Parkraumbewirtschaftungsgebieten lehnen
4 wir ab.

5

6 **Bahnverkehr von und nach Berlin stärken**

7 Die Bahnverbindungen von und nach Berlin sollen weiter verbessert werden. Mit der Inbetriebnahme
8 der Neubaustrecken werden die Reisezeiten von Berlin nach München deutlich verkürzt. Der zügige
9 Ausbau der innerstädtischen Dresdner Bahn hat für das Land Berlin eine große Bedeutung, um den
10 Flughafen BER gut an das Schienennetz anzubinden und Berlin von Dresden, Prag, Wien und Breslau
11 aus besser erreichen zu können.

12 Das derzeitige Zugangebot im Regionalverkehr in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg werden
13 wir erhalten und weiterentwickeln. Mit der Deutschen Bahn AG werden wir weiter darüber
14 verhandeln, dass alle Fernzüge, die über die Stadtbahn verkehren, am Bahnhof Zoo und am
15 Ostbahnhof halten.

16

17 **Busverkehr stadtverträglich gestalten**

18 Den Fernbusverkehr in Berlin wollen wir durch Konzentration auf wenige geeignete Abfahrten
19 stadtverträglich gestalten. Dafür wird der Zentrale Omnibus-Bahnhof (ZOB) mit seiner Lage direkt an
20 der Stadtautobahn modernisiert und ausgebaut. Das Parken und Abstellen von Reisebussen in der
21 Innenstadt werden wir stadtverträglich regeln.

22

23 **Wirtschaftsverkehr**

24 Auch künftig werden wir den Wirtschaftsstandort Berlin durch eine sichere Infrastruktur stärken und
25 für eine gute, umweltfreundliche Mobilitätsanbindung der Wirtschafts- und Wissenschaftszentren
26 sorgen.

27

28

1 **Oder-Partnerschaft intensivieren**

2 Wir unterstützen weiterhin eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den
3 benachbarten polnischen Regionen sowie eine bessere Erreichbarkeit auf der Schiene. Die in der
4 „Oder-Partnerschaft“ begonnenen Aktivitäten müssen intensiviert und finanziell abgesichert werden.
5 Hierzu zählen ein attraktives integriertes Konzept für schnelleren und umsteigefreien Fern- und
6 Regionalverkehr nach Polen, insbesondere nach Stettin, Gorzów und Swinemünde, und die Umsetzung
7 unseres Stufen-Plans für die Revitalisierung des Eisenbahnfernverkehrs Berlin – Breslau mit Anbindung
8 des BER-Flughafenbahnhofs bis 2018.

9

10 **Auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt**

11 Die Berliner SPD hat sich zum Ziel gesetzt, dass Berlin bis 2050 eine klimaneutrale Stadt sein wird. Der
12 SPD-geführte Senat hat mit dem Berliner Energiewendegesetz und dem Berliner Energie- und
13 Klimaprogramm bereits wichtige Meilensteine auf dem Weg dorthin verabschiedet.

14 Doch wir sind noch lange nicht am Ziel. Neben dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
15 werden die öffentliche Verwaltung, die landeseigene Betriebe und die Unternehmen mit öffentlicher
16 Beteiligung künftig eine Vorbildfunktion übernehmen, was den Einsatz von regenerativen Energien
17 betrifft. Darüber hinaus wollen wir zukunftsweisende Energiespeichertechnologien wie die
18 Umwandlung von überschüssigem regenerativem Strom in speicherbare Energien verstärkt erproben.

19 Wir wollen in Berlin bis 2020 den Ausstieg aus der Braunkohleverbrennung und bis 2030 den Ausstieg
20 aus der Steinkohleverbrennung.

21

22 **Öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand**

23 Ein größeres Engagement und eine Beteiligung des Landes Berlin an Energieunternehmen in Berlin ist
24 ein richtiger Schritt. Unser Ziel ist auch hier, den Mehrwert für die Stadt und ihre Bevölkerung zu
25 steigern. Dabei wollen wir auch den Beschäftigten sichere Arbeitsplätze, Einkommen und
26 Arbeitsbedingungen gewährleisten.

27 Die SPD strebt die vollständige Rekommunalisierung des Berliner Gasnetzes sowie des Stromnetzes an.
28 Wir wollen uns direkte Einflussmöglichkeiten sichern, denn die Netze sind das Rückgrat für eine
29 sichere, innovative, nachhaltige und klimaneutrale Energieversorgung für Berlin und für sozial
30 verträgliche Energietarife für die Berlinerinnen und Berliner. Hierzu haben wir das

1 Landesunternehmen Berlin Energie gegründet, das sich an den laufenden Konzessionsvergaben
2 beteiligt.

3 Notwendige Zwischenschritte sollen den Weg zu einer vollständigen Rekommunalisierung der Netze
4 öffnen und nicht verschließen.

5 Darüber hinaus muss sorgfältig geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine
6 Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein könnte.

7 Das Land Berlin hat ein Stadtwerk gegründet über das die Berlinerinnen und Berliner saubere Energie
8 zu fairen Preisen beziehen können. Wir wollen die gesetzliche Grundlage hierzu ändern, damit das
9 Stadtwerk wirtschaftlich erfolgreich aufgestellt werden kann und jede Berlinerin und jeder Berliner
10 dort Kunde werden kann. Das Modell „Berliner Mieterstrom“ der Berliner Stadtwerke werden wir
11 möglichst breit zur Anwendung bringen.

12

13 **Eine intakte Umwelt für die Stadt**

14 Mit der frühzeitigen Umsetzung der Umweltzone ist es dem Senat gelungen, kurzfristig als erste
15 deutsche Großstadt die verkehrliche Luftbelastung wesentlich zu senken. Mit der Ausrüstung
16 abgasarmer Busse ist Berlin deutschlandweit Vorreiter. Die SPD tritt zur weiteren Minimierung der
17 Luftbelastung für eine zügige Umsetzung des 2013 beschlossenen Luftreinhalteplans ein. Zu einer
18 integrierten Lärminderungsstrategie gehört eine Stadtentwicklung mit einem umweltverträglichen
19 Nebeneinander von Gewerbe, Sport, Freizeitgestaltung und Wohnen.

20 In Abstimmung mit Brandenburg wollen wir die Qualität der Oberflächengewässer erhöhen und das
21 Grundwasser vor etwaige Verunreinigungen schützen. Mit unseren Berliner Wasserbetrieben werden
22 wir die Qualität der Berliner Trinkwasserversorgung auch für die Zukunft sicherstellen.

23 Wir unterstützen die Idee eines Flussbads im historischen Zentrum Berlins und werden uns dafür
24 einsetzen, dass der öffentliche Raum mit besserer Aufenthaltsqualität einen deutlichen Beitrag zur
25 Attraktivität der Stadt leistet.

26

27 **Grün- und Erholungsflächen in Berlin**

28 Die nachhaltige Stadt ist unser Leitbild. Eine ausgewogene Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und
29 Sozialem wird die Zukunftsfähigkeit der Stadt ermöglicht. Damit wird es uns gelingen, das Wachstum

1 der Stadt so zu gestalten, dass mögliche negative Folgen abgekoppelt werden und die städtische
2 Umwelt bewahrt wird, die eine wichtige Grundlage für eine gute Lebensqualität in der Stadt ist.

3 Berlin bezieht seine Anziehungskraft auch aus der Vielfalt von Grün und Wasserflächen. Im Vergleich
4 mit anderen Metropolen sind es vor allem die innerstädtischen Grün- und Freiflächen, die Seen und
5 Wasserläufe sowie die großen wald- und landwirtschaftlich geprägten Landschaftsräume am
6 Stadtrand, die die Lebensqualität in der Stadt bestimmen.

7 Besonders die innerstädtischen Grünflächen und Parks müssen für den Bürger und Bürgerinnen
8 attraktive, saubere und sichere Aufenthalts- und Lebensräume sein. Dazu haben wir einen langfristigen
9 Vertrag mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) geschlossen, der Leistung und Qualität sichert.

10 Zum Berliner Stadtbild gehören Straßenbäume. Dies wollen wir bewahren und Ersatzpflanzungen für
11 verloren gegangene Straßenbäume mit der von uns in dieser Wahlperiode begonnenen
12 Stadtbaumpkampagne fortführen und private Pflegepatenschaften unterstützen.

13 In der wachsenden Stadt werden die Park- und Grünanlagen Berlins sehr intensiv genutzt. Das führt
14 mitunter zu Verwahrlosung und Vandalismus. Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich im
15 öffentlichen Raum wohl- und sicher fühlen. Wir werden deshalb finanzielle Mittel aus dem Programm
16 der sozialen Stadtentwicklung aufwenden, um die Ursachen der Kriminalität auf öffentlichen
17 Grünflächen und Plätzen zu bekämpfen. Dazu brauchen wir auch mehr Polizeistreifen. Aber wir als
18 Berliner SPD wissen auch: Mit Polizei allein werden wir die Probleme vor Ort nicht lösen, sondern
19 lediglich in andere Kieze verlagern.

20 Berlin hat als wachsende Stadt eine große Verantwortung, was die ökologischen Aspekte beim
21 Wohnungsneubau betrifft. Als SPD wollen wir deshalb im verstärkten Maße klimatisch wirksame
22 Flächen wie Kaltluftschneisen schützen und eine Gründach-Initiative ins Leben rufen. Gleichzeitig
23 verstetigen wir die Sanierung von Spielplätzen.

24 Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative des Urban Gardenings. Berlinerinnen und Berliner lieben
25 das Grün in ihrer Stadt. Sie bringen sich durch ihr ehrenamtliches Engagement direkt vor Ort ein, um
26 das Straßenbild vor ihrer Haustür zu verschönern.

28 **Kleingärten: soziale und ökologische Lebensräume in der Metropole Berlin**

29 Kleingärten sind sinnstiftende Freizeitbeschäftigung und Erholungsraum für die Berlinerinnen und
30 Berliner. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Berliner Kleingartenwesen. Auch in einer wachsenden
31 Stadt werden wir in ausreichendem Maße Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereithalten
32 und planungsrechtlich absichern. Den betroffenen Kleingärtnerinnen und Kleingärtner der im SteP-

1 Wohnen als Potenzialflächen für den Wohnungsbau ausgewiesenen Anlagen wollen wir
2 Planungssicherheit geben und unterstützen sie bei der Suche nach neuen Kleingärten.

3
4 **Tier- und Artenschutz**

5 Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tierschutzes ein. Ziel unserer Tierschutzpolitik
6 ist eine artgerechte Tierhaltung, die unnötiges Töten vermeidet und Schmerz- und Stressrisiken für die
7 Tiere ausschließt. Dazu gehört ein bundeseinheitliches, im Tierschutzgesetz verankertes
8 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, um wirkungsvoller gegen
9 Tierschutzverstöße vorgehen zu können. Gemeinsam mit den Berliner Universitäten werden wir eine
10 Initiative für Alternativen zu Tierversuchen starten und die Entwicklung tierversuchsfreier
11 Forschungsmethoden weiter vorantreiben. Ziel ist es, spezielle Lehrangebote für Studierende im
12 Bereich der biomedizinischen Studiengänge zu schaffen. Darüber hinaus sprechen wir uns auf
13 Bundesebene für ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen aus.

1 **Bildung und Wissenschaft**

2 Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür ein, dass alle Menschen dieser
3 Stadt die Chance haben, ihre Stärken zu entdecken und ihr Potenzial auszuschöpfen.
4 Chancengleichheit bedeutet für uns, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben, unabhängig
5 davon, woher sie kommen oder in welcher sozialen und finanziellen Lage sich ihre Familie befindet.
6 Kein Kind darf zurück bleiben. Wir bieten allen die Chance auf Bildung, jedoch erwarten wir auch den
7 Willen, diese Chance wahrzunehmen. Die hervorragende Arbeit unserer gut ausgebildeten
8 Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer ist dafür die wichtigste Grundlage.

9 In einer Welt, die vielfach durch Konkurrenz und wachsende Ungerechtigkeit bestimmt wird, nehmen
10 die Erziehung zu Toleranz, Demokratieerziehung und politische Bildung einen besonderen Stellenwert
11 ein. Bildung umfasst mehr als das Erlernen von Kulturtechniken. Alle Bildungseinrichtungen Berlins
12 wollen wir so ausstatten, dass alle unsere Kinder und Jugendlichen umfassend auf die Anforderungen
13 der Zukunft vorbereitet werden und sich zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten entwickeln
14 können.

15 Die Berliner SPD setzt in der Kinderbetreuung auf den Dreiklang aus Kita-Ausbau,
16 Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit. Bildung bleibt in Berlin gebührenfrei: von der Kita bis
17 zur Hochschule. Dafür haben wir lange gekämpft. Seit 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre komplett
18 beitragsfrei. Das entlastet Familien und sorgt für gute Bildung von Anfang an. Studien belegen, dass
19 seither vor allem der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine Kita besuchen, gestiegen
20 ist. Wir werden den Weg fortsetzen und nach und nach auch die ersten drei Kitajahre beitragsfrei
21 stellen.

22 An der Bildung wird nicht gespart. Im Gegenteil: In keinem Bereich hat der seit 2001 von der SPD
23 geführte Senat die Ausgaben so stark erhöht wie für gute Bildung von der Kita über Schule bis zur
24 Hochschule. Und dafür stehen wir weiterhin!

25 Wir werden die Mittel, die Berlin aus dem vom Bundesverfassungsgericht aufgehobenen
26 Betreuungsgeld zufließen, weiterhin für die Verbesserung der Betreuung einsetzen.

27 Eine inklusive Schule erkennt die Individualität jedes Kindes an. An Berlins Schulen sollen alle Kinder
28 die Förderung und Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Damit sind ausdrücklich auch die
29 Kinder gemeint, die von Anfang an besonders leistungsstark sind.

30 Die Schule der Zukunft ist eine eigenverantwortliche Schule: Wir stärken diesen Weg weiter durch den
31 Aufbau dezentraler Budgets wie aktuell etwa durch den Verfügungsfonds für alle oder dezentrale

1 Schulbudgets für die sogenannten „Bonus-Schulen“ (Brennpunktschulen). Wir führen das erfolgreiche
2 Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ fort und verstärken es.

3 Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an den Entscheidungsstrukturen in ihren Schulen und
4 auf Landesebene haben wir in dieser Legislaturperiode gestärkt. Dies wird auch weiterhin ein wichtiges
5 Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik sein. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Schülerinnen
6 und Schüler bereits früh lernen, mit demokratischen Strukturen umzugehen, um ihre Lebenswelt
7 mitzugestalten. Zudem wollen wir auch Eltern darin bestärken, von ihren Mitwirkungsrechten
8 Gebrauch zu machen.

9

10 **Gute Bildung von Anfang an**

11 Die weiter wachsende Stadt stellt Berlin vor enorme Herausforderungen. Wir lassen nicht nach beim
12 Ausbau der Kinderbetreuung. Der Schlüssel zum Abbau sozialer Ungleichheiten, aber auch für Erfolge
13 in Schule, Ausbildung und Beruf liegt in der frühen Förderung von Kindern. Wir haben deshalb die Zahl
14 der Kindertagesstätten und Ganztagsangebote erheblich ausgebaut. Nur eine frühe Förderung
15 ermöglicht Chancengleichheit. Seit 2011 haben wir in Berlin zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf
16 einen Kitaplatz 20.000 neue Kita-Plätze geschaffen. Doch trotz dieser Erfolge bleibt viel zu tun. Deshalb
17 werden wir auch in den kommenden Jahren dem wachsenden Bedarf Rechnung tragen und das
18 Kitaplatzangebot um weitere 14.000 Plätze aufstocken.

19 Die Berliner SPD bekennt sich zur Partnerschaft mit den bewährten, gemeinnützigen freien
20 Trägern im Kita-Bereich. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der vielfältigen Angebote ein.
21 Die öffentlichen Kitas sollen neben denen in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer
22 Kitalandchaft behalten. Wir werden prüfen, wie die Finanzierung der Kitaplatze und der Ausbau von
23 Plätzen sich stärker an den tatsächlichen Kosten orientieren können, sodass sich der Eigenanteil, den
24 die Träger leisten müssen, reduziert.

25 Wir wollen den Bedarf in sozial belasteten Stadtquartieren in besonderer Weise berücksichtigen. Wir
26 wollen, dass noch mehr Eltern die positiven Wirkungen der Kindertagesbetreuung wahrnehmen und
27 ihre Kinder so früh wie möglich in einer Kita anmelden. Finanzielle Zugangsbarrieren sollen dem nicht
28 entgegenstehen. Deshalb wird der Kitabesuch schrittweise für alle Altersgruppen beitragsfrei sein.

29 Wir werden prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Kinder in unseren Schulen und den Kitas
30 Mittagessen erhalten können. Denkbar ist, umfangreichere Härtefallregelungen zu treffen und
31 durchzusetzen.

1 **Die Qualität der Betreuung der Kleinsten verbessern**

2 Gute Rahmenbedingungen erfordern aber auch, dass sich jede Erzieherin und jeder Erzieher um jedes
3 Kind altersangemessen kümmern kann. Jedes einzelne Kind soll frühzeitig und wirkungsvoll gefördert
4 werden. Deshalb werden wir den Betreuungsschlüssel bei den unter Dreijährigen schrittweise auf den
5 Bundesdurchschnitt verbessern. Auch hier sollen Kinder aus sozial benachteiligten Gebieten besonders
6 gefördert werden. Die Kitaleitung hat eine Schlüsselrolle für die Qualitätsentwicklung. Deswegen
7 werden wir den Leitungsschlüssel stufenweise auf 1:80 verbessern.

8 Qualität der frühkindlichen Bildung beruht ganz wesentlich auf gut ausgebildeten Fachkräften. Deshalb
9 werden wir den steigenden Bedarf durch den Ausbau zusätzlicher Studien- und
10 Ausbildungskapazitäten gewährleisten.

11 Wir setzen auch in Zukunft auf gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher und werden uns auf
12 Bundesebene für eine bessere Bezahlung dieser Berufsgruppe stark machen. In den Eigenbetrieben
13 gehen wir als gutes Beispiel voran. Wir schaffen eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive
14 insbesondere für die jungen Erzieherinnen und Erzieher, da diese in ihrer Branche proportional am
15 stärksten von befristeten Arbeitsverträgen und unsicheren Arbeitsverhältnissen betroffen sind. Zudem
16 wollen wir die Qualifizierungsmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung ausbauen,
17 um die frühkindliche Förderung in den Kitas zu verbessern.

18

19 **Flexible Betreuung ermöglichen**

20 Familie und Beruf, Vollzeitjob und Kind sind in Berlin durch das umfangreiche und vielfältige
21 Platzangebot längst kein Gegensatz mehr. Viele Kitas bieten Früh –und Spätöffnungszeiten an, ebenso
22 können mit dem Angebot der ergänzenden Kindertagespflege arbeitszeitbedingte
23 Betreuungserfordernisse flexibel abgedeckt werden. Aber wir wollen noch mehr: Eltern, die im
24 Schichtdienst arbeiten, stehen oft vor dem Problem, dass ihre Kinder auch nachts betreut werden
25 müssen. Deshalb werden wir das Modellprojekt „familiennahe Betreuung“ im elterlichen Haushalt
26 außerhalb von Kitaöffnungszeiten bei entsprechendem Bedarf einführen und die Wirtschaft als Partner
27 einbinden.

28 Integration und Inklusion sind gelebte Realität in unseren Kindertageseinrichtungen. Wir wollen, dass
29 jedes Kind, gleich welcher Hautfarbe, Herkunft oder Beeinträchtigung gleiche Chancen und individuelle

Förderung erhält. Um dies zu befördern werden wir den kind-bezogenen Zuschlag für das Kriterium nicht-deutsche Herkunftssprache auf eine neue Grundlage stellen und tatsächlich pro Kind zahlen.

Dazu gehört auch, dass Kinder aus Regenbogenfamilien gleichberechtigt und frei von Benachteiligung und Anfeindungen aufwachsen können.

Individuelle Förderung in der Schule

Nach bestmöglicher Förderung in der Kita ist es unser Berliner Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine optimale Förderung garantieren und herkunftsbedingte Ungleichheiten abbauen soll.

Das Berliner Schulsystem ist sowohl der individuellen Förderung als auch einer hohen Durchlässigkeit und damit Chancengleichheit verpflichtet. Mit der von uns durchgeführten Schulstrukturreform haben wir in Berlin eine Schullandschaft, die durch die sechsjährige Grundschule sowie anschließend die Integrierte Sekundarschule, auf der alle Abschlüsse erworben werden können, und das Gymnasium geprägt wird. Dazu kommen schulartenübergreifend die Gemeinschaftsschulen (von Klasse 1-13) sowie eine große Anzahl beruflicher Schulen mit vielfältigen Angeboten. Mit der Zweigliedrigkeit im Bereich der Klassen 7 bis 10 (Sekundarstufe I) – bestehend aus Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen als eine Säule und Gymnasien als andere Säule – wurde Segregation in der Berliner Schule vermindert.

So finden alle Schülerinnen und Schüler die für sie am besten geeignete Schulform. Gemeinschaftsschulen und Integrierte Sekundarschulen sind erfolgreiche Schulen, die von Eltern und Schülerinnen und Schülern sehr gut angenommen werden.

Wir wollen den schulpsychologischen Dienst verstärkt ausbauen. Diagnostik, Therapie und Beratung haben insbesondere bei der Inklusion und bei der Beschulung traumatisierter Flüchtlingskinder eine große Bedeutung.

Starke und inklusive Grundschulen

Wir wollen die frühe Bildung in den Grundschulen weiter stärken, weil sie wesentlich für einen späteren qualifizierten Schulabschluss ist und den Ausgangspunkt für den beruflichen Erfolg legt. Dazu gehören die Stärkung der Schulanfangsphase und eine Doppelbesetzung mit Pädagoginnen und Pädagogen im sogenannten „jahrgangsübergreifenden Lernen (JÜL)“. Das bewährte

1 Organisationsprinzip soll weiterhin auf freiwilliger Basis von Schulen gewählt werden können. Dazu
2 gehört aber auch die Sicherstellung der räumlichen und sächlichen Ausstattung für die Lernbedürfnisse
3 dieser Altersgruppe.

4 Die Potenziale der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu erkennen und zu fördern, darin liegt die
5 besondere Aufgabe in der Grundschule. Diese Leistung der individuellen Förderung erfordert eine
6 angemessene Bezahlung. Wir werden uns deshalb für die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte bei
7 der Bezahlung sowie bei der Übernahme von Funktionen mit Lehrkräften aller anderen Schularten
8 stark machen. Die Leitungsstellen an Grundschulen haben wir attraktiver gestaltet und eine bessere
9 Bezahlung in diesem Bereich durchgesetzt.

10 An Grundschulen haben wir einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Wir werden deshalb die
11 bisherigen Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiativen ausbauen und mit den ausbildenden
12 Hochschulen deutlich höhere Studienplatzkapazitäten verhandeln, um sicherzustellen, dass genügend
13 Lehrerinnen und Lehrer an Berliner Universitäten ausgebildet werden und die Versorgung der Schulen
14 mit Lehrkräften dauerhaft gewährleistet ist. Bei den Erzieherinnen und Erziehern werden wir wie bei
15 den Lehrkräften ein Vertretungsbudget einführen.

16 Wir wollen die Grundschule darin unterstützen, durch systematische Schulentwicklung und eine
17 stärkere Kooperation innerhalb der Schule die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

18 19 **Unser Ziel: ein gebührenfreier Schulhort**

20 Wir werden den Ganztagsbetrieb inhaltlich und qualitativ weiter verbessern. Um allen Kindern den
21 Zugang zur Förderung und Betreuung im Hort zu eröffnen, werden wir die Bedarfsprüfung im offenen
22 Ganztagsschulbetrieb abschaffen. Auch die Hortgebühren werden wir nach einer Verbesserung der
23 Qualität in der Kinderbetreuung wegfällen, um auf allen Stufen der Bildungskette – von der Kita bis
24 zum Master – die Gebührenfreiheit des Bildungszugangs zu gewährleisten. Hierzu zählt auch die
25 Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit.

26 27 **Gemeinschaftsschulen weiter ausbauen**

28 Seit dem Schuljahr 2008/2009 beweist die Berliner Gemeinschaftsschule als Schule für alle, dass es
29 möglich ist, den Bildungserfolg von der sozialen und ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler
30 abzukoppeln. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Berliner Gemeinschaftsschulen fortschreiben und
31 es mehr Kindern ermöglichen, eine bruchlose, inklusive und gerechte Bildung zu erhalten. Die

1 Gemeinschaftsschule, die momentan an 24 Schulen erprobt wird, soll mit dem Ende der Pilotphase
2 einen festen Platz in der Berliner Schullandschaft erhalten: wir werden die Gemeinschaftsschulen als
3 Schulart im Schulgesetz verankern und dafür sorgen, dass sich weiterhin Schulen aller Schularten
4 bewerben können, Gemeinschaftsschule zu werden.

6 **Gute Ausbildung für unsere Lehrerinnen und Lehrer**

7 Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode die Lehrkräfteausbildung erfolgreich reformiert,
8 indem wir die sie an die veränderte Schulstruktur angepasst haben. Seitdem werden angehende
9 Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einheitlicher, praxisnäher und inklusiver ausgebildet. Berlin muss für
10 junge angestellte Lehrkräfte attraktiv bleiben. Wir werden daher mit den Hochschulen darauf
11 hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Ausbildung im Lehramt inklusive der Bereitstellung der
12 benötigten Anzahl von Referendariatsplätzen, erreicht wird.

13 Für die Betreuung und Anleitung der Referendarinnen und Referendare werden wir künftig analog zur
14 Betreuung der so genannten Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger Ermäßigungsstunden für die
15 anleitende Lehrkraft finanzieren.

16 Um für das Lehramtsstudium ausreichend junge Menschen zu gewinnen, auch verstärkt mit
17 Integrationshintergrund, werden wir neue Modelle und finanzielle Anreize zur Aufnahme und
18 Gestaltung des Studiums entwickeln.

20 **Inklusion vorantreiben**

21 Bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist für uns der Elternwille
22 maßgeblich. Wir fördern in einem weiterhin partizipativen Prozess das inklusive Schulsystem, in dem
23 auch Kinder mit Beeinträchtigungen gute Bildung erhalten und bestmöglich gefördert werden. Eine
24 Deckelung der Ressourcen für den sonderpädagogischen Förderbedarf darf es nicht geben. Die Schulen
25 müssen durch ein System der Grundausstattung und bedarfsgerechter Nachsteuerung in die Lage
26 versetzt werden, inklusiv zu arbeiten. Der flächendeckende Aufbau von Beratungszentren und eine
27 flächendeckende Qualifizierung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals ist Voraussetzung für
28 gelingende Inklusion. Im Übergang gehört hierzu auch der 2016 begonnene Aufbau inklusiver
29 Schwerpunktschulen, die den Wechsel von Förderschulen in inklusiv arbeitende Schulen erleichtern.
30 Förderschulen werden wir nur dann und dort abbauen, wo die Nachfrage der Eltern und Kinder
31 dauerhaft abnimmt. Inklusion lässt sich nicht verordnen, sie muss glaubhaft gelebt werden und im

1 Ergebnis überzeugen. In diesem Sinne wollen wir den bisherigen partizipativen Weg mit dem Berliner
2 Beirat für inklusive Schule weitergehen.

3

4 **Integration ausbauen**

5 Erfolgreich haben wir ein sozialdemokratisches Ziel verwirklicht: Mit dem so genannten
6 „Bonusprogramm“ fördern wir Schulen in sozialen Brennpunkten besonders. Integration ist vor allem
7 eine Frage des Bildungsangebots. Damit kein Kind verloren geht, ist es uns wichtig, die Schulen
8 finanziell und personell besonders gut auszustatten, an denen die Bedingungen für Lehrerinnen und
9 Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler aufgrund der sozialen Lage schwieriger sind als anderswo.
10 Erster Schritt für die Bildungsintegration der zu uns geflüchteten Kinder und Jugendliche sind die
11 Willkommensklassen an den regulären Schulen. Wir werden ausreichende Ressourcen für die
12 Sprachbildung und die nötigen Bildungsabschlüsse aller Schülerinnen und Schüler zur Verfügung
13 stellen. Ein bedeutender Motor für die Integration ist die berufliche Qualifizierung sowie der Übergang
14 in den ersten Arbeitsmarkt. Wir unterstützen Maßnahmen, die diesen Zweck erfüllen.

15

16 **Berufsschulen weiter stärken**

17 Zu viele Jugendliche in Berlin verlassen die Schule ohne Abschluss. Außerdem bricht fast jeder und jede
18 dritte Jugendliche seine Lehre ab. Mit einer frühzeitigen beruflichen Orientierung und einer besseren
19 Betreuung können wir dem entgegenwirken:

20 Die beruflichen Schulen werden wir deshalb weiter stärken und ihre Bildungsgänge und
21 -angebote nachfragegerecht entwickeln. Duale Bildungsgänge haben gegenüber vollschulischen
22 Bildungsgängen Priorität, jedoch kann ein Abbau von vollschulischen Angeboten nur dort erfolgen, wo
23 die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zum Aufbau zusätzlicher dualer Ausbildungsplätze nachweislich und
24 dauerhaft nachkommt. Die hohe Präsenz privater Berufsschulen sehen wir auch als Hinweis auf
25 Defizite im Bildungsangebot öffentlicher Berufsschulen. Dies gilt es im Interesse starker
26 Oberstufenzentren zu korrigieren. Den besonderen Bedarf an qualifizierten Berufsschullehrkräften
27 werden wir analog zu den Bemühungen im Grundschulbereich durch geeignete Qualifizierungs- und
28 Ausbildungsmaßnahmen decken. Das Angebot der Berufs- und Studienorientierung sowie des Dualen
29 Studiums an den Berliner Oberstufenzentren werden wir weiter stärken und die verbindliche Berufs-
30 und Studienorientierung aller Schülerinnen und Schüler an allen weiterführenden Schulen erweitern.
31 Hierbei wollen wir auch Duale Studiengänge – zum Beispiel für IT-Fachkräfte – ausbauen.

Wir werden für alle Jugendlichen das 11. Schuljahr verbindlich im Rahmen der Schulpflicht zur Berufsqualifikation einführen. Nach dem erfolgreichen Aufbau der Jugendberufsagentur in allen 12 Bezirken muss in der kommenden Legislaturperiode die vollständige Erfassung und Vermittlung bzw. Qualifizierung aller Berliner Schulabgänger folgen. Kein Jugendlicher darf verloren gehen.

Ausbau von Ganztagsgymnasien

Die Berliner Gymnasien übernehmen mit dem 12-jährigen Bildungsgang zum Abitur eine besondere Verantwortung und Funktion. Mit uns wird es eine personelle Verstärkung im 7. Jahrgang (Probejahr) geben, in dem eine erhöhte Förderung und Beratung schwächerer Schülerinnen und Schüler nötig ist. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Berliner Gymnasien schrittweise zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Das System der Begabtenförderung wollen wir evaluieren und möglichst zielgruppengenaue ausrichten. Erfahrungen und Ansätze der Begabtenförderung können bei positiver Evaluation in die bestehenden Angebote der Integrierten Sekundarschulen eingebunden werden.

Moderne Schulen

Der SPD-geführte Berliner Senat hat die Investitionsmittel für den Bau, die Erweiterung und die Sanierung von Schulen in den vergangenen Jahren massiv erhöht. Unser Ziel ist eine Absicherung der baulichen Unterhaltung in Höhe der bundesweit empfohlenen Richtwerte für den Hochbauunterhalt (mindestens 1,2 Prozent der Gebäudewerte) und ausreichende zusätzliche Sondermittel zum Abbau des in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Sanierungsstaus an Schulen. Schulen mit guter Energiebilanz und lernförderlichen Räumlichkeiten sind unser Ziel.

Bildung braucht Raum. Daher werden wir die räumlichen Anforderungen und Standards für moderne Schulen an die bildungspolitischen Konzepte anpassen.

Die Schule der Zukunft ist auch eine digitale Schule: Wir werden die Kompetenzen im Bereich der digitalen Medien der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen fördern. Unser Ziel ist es, alle Berliner Schulen mit interaktiven Whiteboards auszustatten und an ein kostenfreies WLAN-Netz anzuschließen. Die Zahl der so genannten Laptop-Klassen soll an interessierten Schulen deutlich erhöht werden.

Mit dem Open Educational Resources (OER)-Projekt entwickeln wir freie Lehrmittel, die durch Lernende und Lehrende kostenfrei genutzt und verbreitet werden können. Ab dem Schuljahr 2017/18

1 werden wir den flächendeckenden Austausch von OER-Mitteln ermöglichen sowie den Anteil der
2 verfügbaren OER-Lehrmittel weiter ausbauen.

3 Moderne und eigenverantwortliche Schulen benötigen für ihre Arbeit auch Entlastung im nicht-
4 pädagogischen Bereich. Hierzu werden wir für alle Schularten den in 2014 begonnenen Ansatz
5 ausbauen und im Laufe der kommenden Legislaturperiode jeder Schule eine Verwaltungsleitung und
6 eine IT-Kraft an die Seite stellen: große Schulen volle Stellen, kleinere Schulen anteilige Stellen in
7 Kooperation mit Nachbarschulen. Damit werden auch pädagogische Ressourcen wieder frei für den
8 Fachunterricht, die bislang an der falschen Stelle gebunden waren.

9 Schulbibliotheken sind für uns wichtige Einrichtungen, um Schülerinnen und Schülern den
10 niedrigschwelligen Zugang zum Lesen zu ermöglichen. Wir werden ihren Bestand absichern und die
11 (Wieder-)Einrichtung von Bibliotheken fördern.

12 Wir bekennen uns zur Staatlichen Europa-Schule mit ihren zahlreichen Standorten als ein
13 Erfolgsmodell für bilinguale und bikulturelle Ausbildung von jungen Menschen. Wir setzen uns für den
14 Erhalt aller Schulstandorte ein.

16 **Schulbau und Sanierung**

17 Die SPD wird neben der nachhaltigen Absicherung des notwendigen Bauunterhalts für Schulen ein
18 Sonderprogramm auflegen, mit dem der notwendige Neu- und Ausbau von Schulen angesichts der
19 wachsenden Schülerzahlen abgesichert wird. Wir benötigen in der nächsten Legislaturperiode eine
20 Vielzahl neuer Schulen in fast allen Bezirken. Um insbesondere den Neubau bedarfsgerecht bis
21 2021/22 zu realisieren, werden wir die Planungs- und Bauverfahren ähnlich wie in anderen
22 Großstädten so beschleunigen, dass die bisherigen Zeiten halbiert werden.

23 Das Bevölkerungswachstum macht es notwendig, viele neue Schulgebäude zu errichten, in denen
24 unsere Kinder unter guten Bedingungen lernen können. Derzeit dauert es durchschnittlich neun Jahre
25 vom Planungsbeginn bis zur Eröffnung einer neuen Schule. Auch die Sanierung von Schulen dauert oft
26 zu lange. Das wollen wir ändern und den Bau sowie die Sanierung von Schulen deutlich beschleunigen.
27 Die derzeitigen Verfahren und Abläufe müssen in diesem Zusammenhang in Frage gestellt und
28 überprüft werden.

1 **Jugendpolitik und Förderung von Familien**

2 Jugendpolitik verstehen wir in erster Linie als Querschnittspolitik. Wir stehen für ein jugendgerechtes
3 Berlin. Wir nehmen die spezifischen Belange der jungen Generation ernst und fördern die aktive
4 Beteiligung junger Menschen in allen Lebensbereichen. Die zahlreichen Jugendverbände sind dabei
5 wichtige Orte der Demokratiebildung.

6 Aktive Beteiligung ist Grundlage einer lebendigen Demokratie. Sie schärft den Sinn für das
7 Gemeinwohl, stärkt den Zusammenhalt und Generationendialog und fördert Eigeninitiative und
8 Engagement aller Berlinerinnen und Berliner.

9 Deshalb werden wir die Partizipation junger Menschen stärken und die Beteiligungsmöglichkeiten
10 durch die Weiterentwicklung des Jugenddemokratiefonds und das neue Jugendportal mit vielen
11 interaktiven Beteiligungs- und Kommunikationsangeboten fördern und ausweiten. Wir bekennen uns
12 zu einem umfassenden Bildungsbegriff, der auch die kulturelle Bildung (Musik und Kunst) mit
13 einschließt. Die Förderung von Lern- und Erfahrungsräumen im direkten Lebensumfeld junger
14 Menschen benötigt eine Stärkung dezentraler Angebote der Jugendarbeit, Jugendbildung und
15 Jugendverbände. Dies erfordert, die Kooperation Jugendhilfe-Schule weiter zu qualifizieren und einen
16 besonderen Fokus auf die ganzheitliche Entwicklung des Sozialraums zu legen. Lernen durch
17 ehrenamtliches Engagement, durch selbstorganisierte Projekte und durch sozialpolitische Mitwirkung
18 braucht eine Stärkung der Jugendarbeit in ihrer dezentralen Struktur mit gesetzlichen Standards.

19 Um die Interessen von Kindern und Jugendlichen und deren Rechtsstellung noch stärker in den
20 Mittelpunkt zu stellen, setzen wir uns entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention für die Aufnahme
21 der Kinderrechte in das Grundgesetz ein. Wir wollen, dass Kinder künftig in allen Belangen, die sich
22 betreffen, auch beteiligt werden.

23 Ein wirksamer Kinderschutz braucht stabile Netzwerke und starker Partner. Wo Kinder in Gefahr sind,
24 müssen sie konsequent und ausreichend geschützt werden. Die Möglichkeiten der Prävention und
25 wirksamen Intervention zur Unterstützung von Familien werden wesentlich durch die
26 Handlungsfähigkeit der Jugendämter beeinflusst. Deshalb werden wir die Ressourcen der Jugendämter
27 durch eine verbesserte Personalausstattung im Jugendamt und zum Beispiel im Regionalen Sozialen
28 Dienst von 1:65 von Fachkraft zu Fall-Relation und den Berufseinstieg im Feld des Kinderschutzes
29 durch Fachberatung stärken. Durch die Umsetzung des Organisationsmodells des „Sozialräumlich
30 organisierten Jugendamtes“ wollen wir die Arbeitsfähigkeit der Berliner Jugendämter stärken. Wir
31 werden weitere Familienzentren und Familienbüros als lokaler Ansprechpartner schaffen, um die
32 Zugänge zu frühen Hilfen, Familienbildungsmaßnahmen und anderen Unterstützungssystemen für
33 junge Familien zu verbessern. Eine ressortübergreifende Strategie gegen Kinderarmut ist konsequent

1 und gezielt umzusetzen. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen und einkommensarme Familien
2 müssen gezielt unterstützt werden.

4 **Berufliche Weiterbildung, kulturelle Bildung und politische Bildung**

5 Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der kulturellen und politischen Bildung:
6 Volkshochschulen, außerschulische Lernorte, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener
7 Fachrichtungen.

8 Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische
9 Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins
10 und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische
11 Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

12 Wichtige außerschulische Lernorte wie Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen und
13 Jugendkunstschulen haben wir 2016 finanziell und rechtlich gestärkt. Diese werden wir auch im
14 Schulgesetz verankern. Auf dieser guten Basis werden wir die außerschulischen Lernorte mit den
15 Bezirken konzeptionell weiterentwickeln und für Schulen, Kitas und weitere Personengruppen noch
16 besser nutzbar machen.

17 Die öffentlichen Bibliotheken werden wir als Orte lebenslangen Lernens stärken und damit die
18 Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz und von vertieftem Wissen über das
19 demokratische Gemeinwesen fördern.

20 Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen
21 Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Sie übernehmen vielfach Aufgaben von
22 landesweiter Bedeutung (wie Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete, Alphabetisierungskurse).
23 Wir streben zur Verbesserung der Arbeit gemeinsam mit den Bezirken die Einrichtung einer
24 gemeinsamen Servicestelle Berliner Volkshochschulen an. Wir werden in der kommenden
25 Legislaturperiode ein Berliner Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen. Zunehmende Bedeutung
26 soll der Ausbau des Zweiten Bildungswegs zum Nachholen von Schulabschlüssen für Erwachsene – vor
27 allem auch für geflüchtete Menschen – an Volkshochschulen, Kollegs und Abendgymnasien erhalten.

28 Für uns als Berliner SPD ist es wichtig, die digitale Spaltung zu überwinden. Digitale Teilhabechancen
29 für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen der Stadtgesellschaft werden durch die Arbeit von
30 Bibliotheken und Volkshochschulen gefördert. Wir wollen auch ältere Menschen beim Erlernen

1 digitaler Techniken unterstützen. Die SPD wird Computerkurse für Seniorinnen und Senioren weiter
2 fördern.

3 Musikschulen müssen auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung
4 wenig in ihrer kulturellen Bildung unterstützt werden können. Sie übernehmen außerdem eine
5 wichtige Aufgabe bei der kulturellen Integration von geflüchteten Menschen. Die Musikschulen
6 nehmen, auch laut Schulgesetz, einen öffentlichen Auftrag wahr. Sie sind wichtiger und integraler
7 Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir wollen die Musikschulen mit ihren
8 bildungspolitischen, sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben stärken. Die Musikschulen sollen den
9 chancengleichen Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin garantieren.

10 Eine verlässliche Finanzierung und in einem ersten Schritt eine Mindestquote von 20 Prozent
11 Festangestellten soll die Qualität der Arbeit absichern und stärken. Die Kooperation der Schulen mit
12 Partnern in Projekten der kulturellen Bildung (zum Beispiel Musikschulen) geben wichtige Impulse.
13 Viele Kinder und Jugendliche können in diesen Projekten ganz besondere Fähigkeiten entwickeln. Wir
14 werden diese Kooperationen weiter fördern und ausbauen.

15 Zur Verstetigung der Impulse werden wir die im Bereich der integrierten Sekundarschule bereits
16 bestehenden, kostenfreien Kooperationsangebote mit Musikschulen auf weitere Schularten
17 übertragen.

18 19 **Attraktive Hochschulen**

20 Berlin ist ein im bundesdeutschen und internationalen Vergleich sehr starker und bedeutender
21 Wissenschaftsstandort. Die Berliner Hochschulen bieten ein breites und stark nachgefragtes
22 Studienangebot. Die Kombination von Vielfalt und Qualität der Berliner Wissenschafts- und
23 Forschungslandschaft ist ihre entscheidende Stärke, die wir erhalten und pflegen werden.

24 Die Zahl der Studienplätze ist in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut worden und hat mit über
25 175.000 Studierenden einen neuen Rekord erreicht. Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
26 zieht es in unsere Stadt, weil Berlin über eine Vielzahl exzellenter Einrichtungen verfügt. Die
27 Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen
28 Entwicklung unserer Gesellschaft.

29 Eine dauerhafte starke Entwicklung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen setzt die generelle
30 demokratische Beteiligung aller dort Tätigen voraus. Es bleibt Aufgabe der Hochschulen wie der
31 Hochschulpolitik allen Studierenden ein gutes Studium zu ermöglichen.

Wir werden daher ein Programm zur Verbesserung von Lehre und Studium auf den Weg bringen, das entsprechende Anreize setzt und dazu beiträgt, Schwachstellen in systematischer Weise zu beseitigen. Gleichstellung, Familienfreundlichkeit und Barrierefreiheit an Hochschulen müssen weiter ausgebaut werden.

Wir haben die Verantwortung, erfolgreiche Bildungsbiografien zu ermöglichen. Dies erfordert ebenso flexible wie durchlässige Bildungswege. Wir wollen allen Menschen, die sich durch ein Studium weiterentwickeln wollen, unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, Herkunft und finanziellem Hintergrund weiterhin das gebührenfreie Studium ermöglichen. Wir wollen, dass künftig noch mehr Menschen auch ohne Abitur den Weg an die Hochschule finden. Berufliche Qualifikationen sind in vielen Fällen eine hervorragende Basis für ein erfolgreiches Studium. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bereits geschaffenen Möglichkeiten noch stärker genutzt werden.

Die Hochschulen müssen Studienanfängerinnen und -anfängern auch neben und in Begleitung beruflicher Tätigkeiten ein erfolgreiches Studium möglich machen. Wir werden den Prozess der Ausrichtung des Lehr- und Lernangebotes stärker auf die Bedürfnisse dieser Studierenden vorantreiben. Jeder Studiengang muss neben der fachlichen Ausrichtung auch das generelle Studium ermöglichen. Die tatsächliche Arbeitsbelastung eines Vollzeitstudiums soll eine 40-Stundenwoche künftig nicht längere Zeit überschreiten.

Digitale Medien müssen an der Hochschule genauso selbstverständlich Anwendung finden wie herkömmliche Lehrmittel. Dazu gehört der Einsatz klassischer E-Learning-Formate ebenso wie die Bereitschaft der Hochschulen, digitale Lehrangebote einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesen Zusammenhang wollen wir den freien Wissensaustausch fördern und unterstützen Open-Access-Publikationen.

Wissenschaft als Jobmotor

Der konsequente Ausbau des Wissenschaftssektors in den vergangenen beiden Wahlperioden, in denen die SPD die Verantwortung für die Wissenschaft trug, wird auch in den kommenden fünf Jahren für uns von zentraler Bedeutung sein. Die Wissenschaftseinrichtungen sind nicht nur wichtige Orte der Bildung und zentraler Arbeitgeber in unserer Stadt, sondern auch Impulsgeber für die Wirtschaft. Sie sichern den Fachkräftebedarf in der Hauptstadtregion und darüber hinaus. Sie schaffen Erkenntnisse, die sich auch in Ausgründungen und damit neuen und innovativen Unternehmen niederschlagen. Auch deshalb braucht Berlin starke Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.

1 Der Aufstieg Berlins zur Start-up-Metropole ist entscheidend mit der Stärke der Wissenschaft
2 verbunden. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sind noch nicht
3 ausgereizt. Der Berliner Kreis der Digitalisierung zeigt, welches Potential in der Kooperation zwischen
4 Wissenschaft und Wirtschaft liegt. Wir werden diesen Weg der Kooperation auf weitere Themenfelder
5 ausweiten.

6 Den vor Jahren eingeschlagenen Kurs wollen wir fortsetzen und streben daher auch eine weitere
7 Erhöhung der Studienanfängerplätze an. Für einen Kapazitätsausbau spricht vieles:

8 Durch die große Attraktivität Berlins wollen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet in Berlin
9 studieren. Wir werden unseren Berliner Landeskinder die Chance erhalten, in Ihrer Heimatstadt
10 studieren zu können. Nur durch zusätzliche Kapazitäten kann auch ein angemessener Anteil der
11 Berliner Abiturientinnen und Abiturienten in Berlin studieren, da Studienplätze nicht nach Herkunft
12 vergeben werden können und sollen. Wir werden hierfür über den Hochschulvertrag 2018 bis 2021
13 eine adäquate Finanzierung sicherstellen. Auf Bundesebene wird sich das Land Berlin dafür einsetzen,
14 dass der Hochschulpakt über das Jahr 2020 hinaus unbefristet fortgesetzt wird und den Hochschulen
15 die Finanzmittel für die Grundfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

16 Berlin setzt auf die Potentiale der Geflüchteten. Wir werden den Geflüchteten einen
17 gleichberechtigten Zugang zu den Berliner Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen gewähren. Um
18 ihnen die reguläre Immatrikulation zu ermöglichen, werden wir uns dafür einsetzen, internationale
19 Bildungsabschlüsse in einem zügigen und unkomplizierten Verfahren anerkennen zu lassen.
20 Insbesondere sollen Sprachhürden durch ein umfangreiches Angebot auch nach Aufnahme des
21 Studiums abbaubar sein. Der Hochschulzugang darf auch deshalb in keinem Bereich von der
22 finanziellen Möglichkeit der Studienbewerberinnen und -bewerber abhängig sein. Finanzielle Hürden,
23 wie zurzeit durch den Bewerbungszwang über uni-assist, sind in allen Stadien der Verfahren
24 abzuschaffen.

25 Vor allem die Fachhochschulen spielen hier eine immer wichtigere Rolle. Akademisierung ist für uns
26 keine Universitarisierung. Fachhochschulen und Universitäten bieten akademische Bildung aus
27 unterschiedlicher Perspektive an. Die bestehenden Unterschiede haben daher ihre Berechtigung und
28 werden auch in Berlin erhalten bleiben. Für das kooperative Promotionsrecht brauchen wir
29 verbindliche Vereinbarungen zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

30 Die Akademisierung bestimmter Ausbildungsgänge erfolgt in aller Regel an den Fachhochschulen –
31 seien es Gesundheitsfachberufe oder die Frühpädagogik. Daher hat Berlin in den vergangenen Jahren
32 noch stärker als die Universitäten seine Fachhochschulen ausgebaut. Diese werden wir weiter fördern.

Um die Berliner Wissenschaft auch im Bereich der anwendungsnahen praxisorientierten Wissenschaft zu profilieren, muss die Förderung der anwendungsnahen Forschung an den staatlichen Berliner Fachhochschulen ausgeweitet werden. Das IFAF – Institut für Angewandte Forschung Berlin – hat sich als Vernetzungsinstrument der staatlichen Berliner Fachhochschulen und als Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bewährt.

Lange Jahre haben die Investitionen in Berlin nicht mit der Entwicklung der Stadt Schritt halten können. Darunter leidet heute auch die Infrastruktur der Wissenschaftseinrichtungen. Daher haben wir einen Investitionspakt Hochschulbau aufgelegt, der den Investitionsstau in den kommenden zehn Jahren abbauen wird. In dieser Zeit investieren wir rund zwei Milliarden Euro in die Infrastruktur. Wir schaffen so die Voraussetzungen für exzellente Forschung und exzellente Lehre. Falls erforderlich werden wir den Investitionspakt ausbauen.

Die Berliner Hochschulen sind international hervorragend vernetzt und in der Lage, innovative Projekte in Kooperation mit Partnern, insbesondere mit Schwellenländern durchzuführen. Diese wissenschaftliche Exzellenz wollen wir ausbauen. Berlin nimmt deshalb seine internationale Verantwortung weiterhin wahr, indem wir Forschungseinrichtungen in den Bereichen Internationale Politik, Sicherheitspolitik sowie Friedens- und Konfliktforschung ansiedeln und fördern werden.

Charité stärken und Sanierung fortsetzen

Mit der Charité verfügt Berlin über das größte Universitätsklinikum Europas mit exzellentem weltweitem Ruf in der Forschung, einer Vorreiterrolle in der Lehre und herausragenden medizinischen Leistungen. Nach einer harten Konsolidierungsphase haben wir dafür gesorgt, dass die Charité in allen Bereichen gestärkt wurde: Mit dem Hochschulvertrag hat die Charité planungssichere und steigende Zuschüsse für die Forschung und Lehre erhalten, die Infrastruktur der Charité wurde an allen Standorten maßgeblich vorangebracht und der Krankenhausbetrieb durch den Erhalt der Behandlungskapazitäten (Betten) gestärkt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. An allen vier Standorten wollen wir die bauliche Sanierung fortsetzen, die medizinische Versorgung auf hohem Niveau stärken, die exzellente Forschung unterstützen und anregen und den bundesweit vorbildlichen Modellstudiengang weiter stärken. Zugleich ist es aber auch notwendig, dass die Charité künftig wieder deutlich mehr Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte erfolgreich ausbildet.

Mit der Gründung des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung (BIG) haben wir erreicht, dass sich der Bund auch finanziell an der Weiterentwicklung der Forschung in der Charité beteiligt. Das BIG mit

1 seinen Fundamenten in Charité und Max-Delbrück-Centrum soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten,
2 dass Berlin eines der weltweit führenden Zentren der Gesundheitsforschung wird.

4 **Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen**

5 Gute Wissenschaft gelingt nur auf der Basis guter Arbeit: Wir tun etwas gegen die prekären
6 Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Die Vergabe von Lehraufträgen darf nicht für die Übernahme
7 von Daueraufgaben missbraucht werden. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen
8 werden, auch der spezifischen Situation der Fachhochschulen werden wir dabei Rechnung tragen. Wir
9 begrüßen alle Maßnahmen, die dem Ziel dienen, Doktorandinnen und Doktoranden als auch
10 Postdoktorandinnen und Postdoktoranden durch längere Verträge Planungssicherheit zu geben. Wir
11 wollen verlässliche Qualifikationswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs bieten und
12 Berufsperspektiven unterhalb der Professur schaffen. Darüber hinaus müssen in enger Abstimmung
13 mit den Gewerkschaften Konzepte entwickelt werden, die die Arbeitsqualität der an den Hochschulen
14 Beschäftigten verbessern.

15 Bei der landesseitigen Finanzierung von Sonderprogrammen wie der Qualitäts- und
16 Innovationsoffensive werden wir Mindestvertragszeiten von 24 Monaten für wissenschaftliche
17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorschreiben. Den bundesweit weiterhin einmaligen studentischen
18 Tarifvertrag begrüßt die SPD Berlin als wichtige Säule guter Arbeit an den Hochschulen. Gleichzeitig
19 setzen wir uns für eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der studentischen
20 Beschäftigten ein. Die Hälfte der Berufungen und Leitungsfunktionen werden wir mit Frauen besetzen.

21 Den Bund-Länder-Pakt für den Nachwuchs werden wir nutzen, um das so genannte Tenure Track-
22 Modell – welches für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach einer Bewährungszeit eine
23 Aussicht auf eine Lebenszeitprofessur beinhaltet – fest in der Wissenschaft zu verankern und so den
24 jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine bessere Planbarkeit ihrer Karriere zu sichern.

25 Die soziale Infrastruktur muss mit dem Ausbau der Hochschulen Schritt halten. Daher haben wir die
26 Schaffung von 5.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen für Studierende angeschoben. Wir werden die
27 Umsetzung in den kommenden Jahren konsequent vorantreiben. Die zentrale Rolle des
28 Studierendenwerks Berlin für die soziale Infrastruktur sowie den Ausbau von studentischem
29 Wohnraum am BAföG-Satz orientiert, werden wir bei der Fortschreibung der Verträge zwischen
30 Studierendenwerk und Land Berlin berücksichtigen.

31 Der Übergang zwischen den Bachelor- und Masterstudium darf keine Bildungshürde darstellen.

1 **Ausbau von Masterstudienplätzen**

2 Die Studiengänge an Berlins Hochschulen wollen wir so ausgestalten, dass sie für alle
3 Masterstudiengänge im Anschluss qualifizieren, die im Bereich ähnlicher Wissenschaften angesiedelt
4 sind. Für Berufe, die einen Masterabschluss zwingend voraussetzen, werden wir eine Garantie auf
5 einen Übergang in die Masterphase mit Beginn des Bachelorstudiums absichern. Für alle Studiengänge
6 haben die Hochschulen sicherzustellen, dass jeweils mindestens für 70 Prozent der
7 Studienanfängerzahl eines Bachelorstudiums der direkte Übergang in ein entsprechendes
8 Masterstudium möglich ist. Andererseits haben die Hochschulen alle Bachelorstudienphasen so
9 auszugestalten, dass die Studierenden mit einem Bachelorabschluss eine tatsächliche Chance auf dem
10 Arbeitsmarkt erhalten. Generell sind Detailvoraussetzungen für die Zulassung zu Masterstudiengängen
11 – insbesondere bestimmte Kombinationen von Leistungspunkten – auf ein Minimum zu begrenzen und
12 bedürfen jeweils einer stichhaltigen Begründung.

13 Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss durch
14 die Arbeitgeber – auch des öffentlichen Dienstes - ein. Darüber hinaus gilt für uns: Ein erfolgreich
15 abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine Master-Zugangsberechtigung. Nach dem
16 erfolgten Ausbau der Studienanfängerplätze in den letzten Jahren müssen auch die
17 Masterplatzkapazitäten ausgebaut werden. Nur so kann der Übergang in das weiterführende Studium
18 ohne hohe NCs gelingen. Dies werden wir im Rahmen der Hochschulverträge regeln.

19

20 **Frauen in der Wissenschaft**

21 Berlin hat bundesweit den höchsten Anteil von Professorinnen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer
22 Wissenschaftspolitik. Der weitere Ausbau dieser Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung
23 für die Verbesserung des gesamten Wissenschaftsbereiches. Die gleiche Repräsentation der
24 Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll dementsprechend weiter ausgebaut werden.
25 Frauen sind in vielen Wissenschaftsbereichen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir richten
26 künftig unsere Nachwuchsförderung nach Gleichstellungsaspekten aus.

27

28 **Erfolgsmodell Einstein Stiftung**

29 Die Einstein Stiftung Berlin ist ein Erfolgsmodell für die Berliner Wissenschaftslandschaft. Daher haben
30 wir die finanzielle Ausstattung der Stiftung gestärkt und die Anreize für private Unterstützung erhöht.
31 Wir stehen dafür, dass das Land Berlin jeden privat eingeworbenen Euro mit weiteren 50 Cent

1 aufstockt. Mit dem Einstein-Zentrum Digitale Zukunft wollen wir die Digitalisierung der Stadt
2 ausbauen.

3 Die Berliner Universitäten sind bestens gerüstet für die nächste Etappe der Exzellenzinitiative. Wir
4 wollen die Exzellenzinitiative nutzen, um den Wissenschaftsstandort Berlin international noch
5 sichtbarer zu machen. Wir werden daher die Kooperation zwischen den Berliner Universitäten weiter
6 ausbauen.

7 Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, angesichts der
8 starken Einwanderung nach Deutschland und angesichts der zunehmenden Internationalisierung
9 Berlins brauchen wir an den Berliner Hochschulen mehr wissenschaftliche Bildung und Forschung zu
10 anderen Sprachen und Kulturen vor allem auch außerhalb Europas. Der bisherige Umfang
11 wissenschaftlicher Beschäftigung und Ausbildung etwa zu Afrika, Vorderen Orient, Südasien entspricht
12 nicht dem Problemdruck, auf den unsere Gesellschaft jetzt Antworten finden muss.

13 Wir werden uns für ein Institut für islamische Theologie an einer Berliner Universität einsetzen. Dabei
14 muss selbstverständlich auch die Vielfalt religiöser Strömungen berücksichtigt werden.

15

16

1 **Solidarisch die Stadt gestalten**

2 **Vielfältige Kultur für alle**

3 Wir arbeiten stetig daran, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

4 Kunst und Kultur sind neben der Wissenschaft die tragende Säule Berlins. Sie machen den Charakter
5 der Stadt aus, ohne sie wäre das solidarische und gute Zusammenleben in unserer Stadt nicht möglich.

6 Berlin ist kulturell hervorragend aufgestellt. Unsere Opern, Theater, Museen und Gedenkstätten,
7 Festivals und Clubs sind Magneten für die Berlinerinnen und Berliner und für Besucherinnen und
8 Besucher aus aller Welt. Diese einmalige Kulturlandschaft werden wir erhalten und weiter ausbauen.
9 Deshalb haben wir die Ausgaben für Kultur in 2016 um sieben Prozent erhöht. Für das Jahr 2017 ist
10 eine Steigerung um zehn Prozent vorgesehen.

11 Wir wollen auch beim Bund weiter dafür werben, sich bei der Hauptstadtkultur stärker zu engagieren.
12 So schaffen wir neue Spielräume und ermöglichen es Kultur, sich in einer wachsenden Stadt wie Berlin
13 weiterzuentwickeln und Deutschland in der Welt zu repräsentieren.

14

15 **Stärkung der freien Szene**

16 Wir fördern gezielt freie Künstlerinnen und Künstler, freie Ensembles, Bands und ihre
17 Ankerinstitutionen, die unsere Kultur wesentlich prägen. So werden wir die Förderung der freien Szene
18 bis 2017 um knapp 12 Millionen Euro fast verdoppeln. Damit verbessern wir die Arbeitsbedingungen
19 der freien Künstlerinnen und Künstler der Stadt, zum Beispiel seit 2016 durch die Einführung von
20 Mindesthonoraren und -gagen und Ausstattungsvergütungen. Diesen Kurs setzen wir fort. Wir wollen
21 eine solide soziale Absicherung für die selbstständigen Künstlerinnen und Künstler erreichen.

22

23 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die
24 gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Nutzerinnen und Nutzer sind heute
25 Produzenten und Konsumenten. Die Berliner SPD fördert die Debatte um ein modernes Urheberrecht,
26 indem es einen fairen Ausgleich zwischen den Nutzerinnen und Nutzern, den Künstlerinnen und
27 Künstlern sowie den Produzentinnen und Produzenten, die von ihrer Arbeit leben müssen, und den
28 Rechteinhabern geben muss. Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen
29 auch in der digitalen Welt geschützt werden. Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung
30 der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbedingt mit denen der Rechteinhaber wie
31 Verlagen und Labels übereinstimmen. Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch
32 genauer geprüft werden.

1 **Orte für Kultur und Kreativität stärken**

2 Um das wertvolle Potenzial zu sichern, muss die öffentliche Kulturförderung für eine bezahlbare
3 Infrastruktur wie Ateliers, Spielstätten und Proberäume sorgen. In der sich verdichtenden Stadt Berlin
4 kommt es häufiger zu Problemen zwischen Kulturräumen oder Clubs und der Nachbarschaft, sei es
5 durch laute Musik oder Besucherströme nach Veranstaltungen. Wir wollen Kultur- und Spielstätten
6 deshalb auch darin unterstützen, Lösungen bei Lärmkonflikten zu finden. An der Schnittstelle zwischen
7 Kultur und Kreativwirtschaft wollen wir durch zeitgemäße Strukturen und eine abgestimmte
8 Förderpolitik bessere Unterstützung von Projekten und Initiativen ermöglichen. Mit dem Musicboard
9 Berlin wurde eine Einrichtung geschaffen, die Modellfunktion hat und ihre Förderung dafür öffnet,
10 innovative Ideen zu vernetzen und zu unterstützen.

11 In der wachsenden Stadt schwinden die Freiräume für künstlerische Arbeit. Wir setzen uns deshalb im
12 Portfolioausschuss weiter für die kulturelle Nutzung von Landesliegenschaften ein. Das
13 Arbeitsraumprogramm bauen wir in 2016 um 2,4 Millionen und 2017 um 3,5 Millionen Euro aus. Wir
14 werden einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten.

15

16 **Konzept der Bibliotheken weiterentwickeln**

17 Auch unsere Kulturinstitutionen entwickeln wir in der wachsenden Stadt weiter und starten eine
18 Investitionsoffensive für die kulturelle Infrastruktur. Für die Berliner öffentlichen Bibliotheken, seien
19 es die Zentral- und Landesbibliothek oder die Bibliotheken in den Bezirken, erarbeiten wir ein
20 umfassendes Konzept, das der sich wandelnden Mediennutzung und den Anforderungen der
21 wachsenden und sich wandelnden Stadt mit ihren vielfältigen Bewohnerinnen und Bewohnern gerecht
22 wird. Der dringend benötigte Neubau für die Zentral- und Landesbibliothek wird nach einer
23 transparenten Standortentscheidung und dialogorientierten Planung begonnen.

24 Bibliotheken sind für uns Wohnzimmer der Stadtgesellschaft und Orte der analogen und digitalen
25 Wissensvermittlung. Digitalisierung erleichtert für alle den Zugang zu unserem kulturellen Erbe. Daher
26 wird die begonnene spartenübergreifende Strategie zur Digitalisierung des kulturellen Erbes des
27 Landes Berlin intensiviert. Dabei setzt sich die Berliner SPD, im Rahmen des geltenden Rechts, für die
28 umfassende und nachhaltige Nachnutzbarkeit von digitalem Kulturgut unter freien Lizenzen, ein.

29

30 **Eröffnung des Humboldt-Forums und anderer Kulturbauten**

31 Im Jahr 2019 wird das Humboldtforum im Berliner Stadtschloss eröffnen. Wir freuen uns auf einen
32 einzigartigen Ort, der Kunst und Kultur aus aller Welt zeigen wird. Er wird ein weiterer

Anziehungspunkt sein und den Bereich zwischen Humboldt- und Rathausforum städtisch und kulturell vollkommen neu interpretieren. Berlin wird sich darin mit seiner neu konzipierten Ausstellung „Welt.Stadt.Berlin“ als Metropole darstellen, die über Jahrhunderte ein europäischer Schmelztiegel verschiedener Kulturen, Nationen und Religionen war und von der bis heute wichtige Impulse für Kultur, Wissenschaft und das friedliche multikulturelle Zusammenleben ausgehen.

2017 beginnen die Bauarbeiten zur Erweiterung des Bauhaus-Archives. Das Märkische Museum und das Marinehaus werden wir renovieren und der Stiftung Stadtmuseum so einen guten Rahmen geben, um sich weiterzuentwickeln. Auch die Komische Oper und die Deutsche Oper werden – bei laufendem Spielbetrieb – saniert. Außerdem werden wir im Flughafengebäude Tempelhof langfristig kulturelle Nutzungen etablieren und beginnen damit – gerade jetzt – gemeinsam mit den Geflüchteten, die momentan dort leben.

Kulturelle Teilhabe

Die Institutionen müssen für jeden offen sein und Barrieren abbauen, unabhängig vom Alter, Einkommen oder Mobilitätseinschränkung, egal ob Geflüchteter oder Ur-Berlinerin bzw. Ur-Berliner. Eine Grundlage hierfür ist die Besucherforschung, die wir fortsetzen. Kulturelle Bildung als selbstverständlicher Teil der Einrichtungsarbeit wird von uns gestärkt. Wir setzen uns zudem wieder für eine kostenfreie Zeitspanne für die öffentlichen Museen in Berlin ein, um finanzielle Hürden für den Museumsbesuch zu senken. Außerdem nutzen wir die Chancen der Digitalisierung für die kulturelle Teilhabe und fördern – wo rechtlich möglich – die Veröffentlichung elektronischer Versionen von Druckwerken aus dem Bibliotheksbesitz, sogenannter Digitalisate, unter offenen Lizenzen.

Erinnerungskultur

Erinnerung und Gedenken sind an vielen Orten Berlins präsent und lebendig. Die Stadt steht für eine Erinnerungskultur, die aus verschiedenen Blickwinkeln Geschichte betrachtet, um Identität zu stiften. Seit vielen Jahren verzeichnen zeitgeschichtliche Museen und Gedenkstätten steigende Besucherzahlen.

Wir begrüßen die Initiative für die Gründung eines Museums am Checkpoint Charlie, das sich spezifisch mit dem Kalten Krieg und dessen Folgen für die Weltpolitik auseinandersetzt. Wir haben begonnen, die baurechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen und werden das Projekt konsequent weiterverfolgen.

Wir sichern die East Side Gallery mit ihrer internationalen Strahlkraft dauerhaft und werden sie in die Trägerschaft der Stiftung Berliner Mauer überführen.

Wir setzen uns dafür ein, die Erinnerungskultur durch Projekte zu erweitern, die die Migrationsgeschichte der Stadt thematisieren, sich mit der deutschen Kolonialherrschaft auseinandersetzen und die internationalen Bezüge der Berliner Geschichte hervorheben.

Das mahnende Gedenken an Kriegsgräbern entwickeln wir 70 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs als Ausgangspunkt für Bildungs- und Friedensarbeit gerade mit der jüngeren Generation weiter. Die nationalsozialistischen Verbrechen müssen im Mittelpunkt einer langfristigen Erinnerungskultur stehen. Insbesondere hier sehen wir uns verpflichtet, eine Gedenkkultur zu erhalten und mit Gedenkstätten, Schulen sowie Bildungsträgerinnen und -trägern weiterzuentwickeln, welche die Erinnerung aufrechterhält und uns stetig mahnt, dass die Opfer des Faschismus niemals vergessen sein dürfen. Dazu gehört auch, dass wir uns für die Errichtung eines „Gedenk- und Lernortes Tempelhofer Feld“ mit Schwerpunkt auf die NS-Zeit einsetzen.

Vollangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Internet ausbauen

Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung und Reduzierung von Nachrichtenagenturen und Redaktionen wird die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wichtiger. Dazu gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches, werbefreies Vollangebot im Internet als sogenannte dritte Säule.

Wir sprechen uns gegen eine zeitliche Beschränkung oder das Löschen von eigenproduzierten Inhalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur Verfügung stehen.

Filmstadt stärken und Filmförderung sichern

Berlin ist Filmstadt Nummer 1 in Europa. Diese Position gilt es zu behaupten. Das Medienboard Berlin Brandenburg soll zum Medien- und Digitalboard werden. Wir werden die Förderprogramme für neue audiovisuelle Inhalte zeitgemäß ausgestalten und auf die Digitalwirtschaft in der Region konzentrieren. Die Kinoförderung werden wir erhalten und ausbauen. Auch auf die Förderung des Kinderkinos und des Kinderfilms legen wir besonderen Wert.

1 **Starke Finanzen im Land und den Bezirken**

2 Dank unserer erfolgreichen Politik der Haushaltskonsolidierung sind Investitionen und Schuldenabbau
3 keine Gegensätze mehr. Die erarbeiteten finanziellen Spielräume wollen wir nun für eine moderne
4 Stadtentwicklung, progressive Bildungspolitik und einen sozialen Wohnungsmarkt nutzbar machen
5 und gleichzeitig anteilig den Schuldenabbau vorantreiben. Um die finanziell günstige Situation zu
6 nutzen, hat der Senat im Herbst 2014 das Sondervermögen Investitionen in die wachsende Stadt
7 (SIWA) eingerichtet. Dort hinein fließt seitdem die Hälfte des Haushaltsüberschusses für Investitionen
8 in die öffentliche Infrastruktur.

9 Wir blicken zurück auf die Erfolge bei den Verhandlungen im Rahmen der Bund-Länder-
10 Finanzbeziehungen. Berlin behält die notwendige Handlungsfreiheit und bleibt bei der Finanzierung
11 von Projekten des Landes und der Bezirke auf finanziell stabilen Beinen. Die Dynamik des
12 Finanzausgleichs bleibt erhalten. Mit der Finanzierung im Rahmen der Hauptstadtentwicklung sowie
13 der Kulturfinanzierung kommt der Bund auch in Zukunft seinen Verpflichtungen gegenüber der
14 Bundeshauptstadt nach.

15 Die Finanzbeziehungen zwischen Berlin und seinen Bezirken sind vor dem Hintergrund der schwierigen
16 Haushaltsgesamtsituation strukturell grundsätzlich ausgewogen und angemessen. Das
17 Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, soll auch zahlen“) ist strikt einzuhalten: Das Land muss politische
18 Vorgaben finanziell auch so ausstatten, dass ihre erfolgreiche Umsetzung in den Bezirken abgesichert
19 wird.

20 Die Verwaltungen der Stadt müssen die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch vor dem Hintergrund
21 einer wachsenden Stadt sowie dem demografischen Wandel, dem sich die Verwaltungen stellen
22 müssen, langfristig bewältigen können. Dafür benötigen sie eine angemessene qualitative und
23 quantitative Personal- und Finanzausstattung – im Land und den Bezirken.

24 Zudem wollen wir die Schulreinigung künftig wieder in die öffentliche Hand der Bezirke überführen.

25

26

27

28

1 Integration als Gemeinschaftsaufgabe

2 Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Viele kommen nach Berlin, weil sie hier in unserer dynamischen
3 und attraktiven Stadt leben und arbeiten wollen.

4 Wir wollen diesen Menschen die Chance bieten, sich schnell gut zu integrieren. Dies ist eine
5 gemeinsame Anstrengung aller - derjenigen, die schon hier leben und derjenigen, die zu uns kommen.
6 Unsere Aufgabe besteht darin, ihnen alle Möglichkeiten zu geben, am Leben unserer Gesellschaft
7 teilzunehmen. Wir wollen möglichst alle Hinzuziehenden dabei unterstützen, einem ihrem Abschluss
8 entsprechenden Beruf zu finden bzw. ihre Potenziale bestmöglich einzusetzen.

9 Wir streben eine Integrationspolitik aus einem Guss an:

10
11 Mittelfristig muss die Ausländerbehörde kontinuierlich zu einer Willkommensbehörde ausgebaut
12 werden. Dazu gehört neben einer entsprechenden Umbenennung auch eine Ausrichtung auf das Ziel
13 Integration. Wir werden auch prüfen, ob die Themen Integration, Arbeitsmarktzugang, Bildung,
14 Diversity und Aufenthaltsrecht für alle, die neu nach Berlin gekommen sind, in einer Abteilung, einer
15 Verwaltung oder zumindest in einer interministeriellen AG zusammengefasst werden sollten.

16 Dabei werden wir auch die Belange der zweiten und dritten Generation nicht übergehen. Wir werden
17 die Erfahrungen, die wir mit der Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes gemacht
18 haben, auswerten und dieses weiterentwickeln. Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden
19 sind, wollen wir nicht wiederholen.

20 Wir fordern ein Einwanderungsgesetz, das Möglichkeiten der legalen Einwanderung nach Deutschland
21 bietet und als eigenständige Rechtsgrundlage einer legalen Zuwanderung neben dem Asylrecht
22 existiert.

23 Unser Partizipations- und Integrationsprogramm hat sich bewährt. Wir werden ein begleitendes
24 Monitoring durchführen und dieses für neue Gruppen öffnen, so streben wir ein neues Konzept zur
25 Unterstützung der Integrationsarbeit von Moscheevereinen und ggf. die Unterstützung eines
26 muslimischen Wohlfahrtsverbandes an.

27 Wer neu nach Berlin kommt, braucht eine Anlaufstelle, bei der alle Dienstleistungen und
28 Beratungsangebote aus einer Hand erhältlich sind. Wir werden dazu das in diesem Jahr eingerichtete
29 Willkommenszentrum weiterentwickeln und kontinuierlich ausbauen. Wir werden dabei

1 Qualitätsstandards für Beratungen entwickeln und Fortbildungen – ggf. Zertifizierungen – für NGOs
2 und Verwaltungen anbieten. Dabei sind die Bürgerämter einzubeziehen.

3 Ziel des Aktionsplans Roma des Senats ist es, die Lage der ausländischen Roma und ihrer Familien in
4 Berlin zu verbessern. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der gesundheitlichen Versorgung sowie der
5 schulischen und beruflichen Eingliederung von Kindern und Jugendlichen. Wir werden diesen
6 Aktionsplan zur Einbeziehung der aus der EU zu uns kommenden Roma fortentwickeln und dafür Sorge
7 tragen, dass sie eine dauerhafte Perspektive in unserer Stadt finden.

8 Zur Integration gehört die Chance, die deutsche Sprache zu lernen und schließlich zu beherrschen. Wir
9 werden ausreichende Sprachkurse zur Verfügung stellen. Wir werden die bestehenden
10 Bildungsangebote erweitern und verbessern, so dass alle die Möglichkeit haben, sie in Anspruch zu
11 nehmen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote zu schaffen für eine berufsspezifische
12 Sprachförderung während der Ausbildung und beim Start in den Beruf.

13 Integration, auch die sprachliche, gelingt am besten, wenn sie im Kindesalter beginnt.

14 Erfreulicherweise haben sich die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit
15 Migrationshintergrund kontinuierlich verbessert. Das Bildungsniveau der Bürger mit
16 Migrationshintergrund steigt, der Akademikeranteil bei Neuankömmlingen ist sogar höher als bei
17 gebürtigen Deutschen. Auch der Status von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich.
18 Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuerwehr und im restlichen Öffentlichen
19 Dienst werden mehr und mehr zur Normalität.

20 Über 20 Prozent der neuen Auszubildenden im öffentlichen Dienst Berlins und den Landesbetrieben
21 haben inzwischen einen Migrationshintergrund. Besonders positiv ist die Entwicklung bei den
22 Betrieben mit Landesbeteiligung, wo 2013 eine Quote von 22,6 Prozent erreicht wurde.

23 Wir wollen die wichtige Arbeit der Migrantenselbstorganisationen (MSO) und deren Jugendverbände
24 (MJSO) stärken. Das Partizipationsprogramm wollen wir transparent gestalten: Die Kriterien für die
25 Auswahl der geförderten Projekte müssen deshalb in Zusammenarbeit mit MSOs und den Ansprüchen
26 einer vielfältigen und bunten Stadt neu erarbeitet werden.

27 Angesichts der vielen Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, wollen wir unsere Maßnahmen
28 zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung weiterentwickeln und verstärken. Dabei werden wir einen
29 zusätzlichen Akzent auf die arabischen Communities setzen. Wir wollen die Kooperationen mit ihnen
30 verstärken.

1 Vor dem Hintergrund der wachsenden Unterstützung radikal-islamistischer Strömungen werden wir
2 unsere Partner danach aussuchen, dass sie aktiv und konsequent für die Werte der freiheitlich-
3 demokratischen Grundordnung eintreten.

4 Die Teilhabe von Migrantinnen ist eine Zukunftsfrage. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen ein
5 selbstbestimmtes Leben führen können und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Bevormundung
6 dürfen wir nicht hinnehmen. Partizipationsangebote, Vereine und Nachbarschaftsprojekte wollen wir
7 genauso stärken wie auch das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen, um so
8 Brücken in die aktive Teilhabe am sozialen Leben zu bauen.

9 Für eine gelingende Integration ist der Ausbau unserer sozialen Infrastruktur unerlässlich. In Kita,
10 Schule und Ausbildung muss den besonderen Bedürfnissen von jungen Geflüchteten an
11 Sprachförderung, psychologischer und sozialpädagogischer Betreuung Rechnung getragen werden.
12 Familienzentren und Angebote der Jugendarbeit als offene Begegnungsorte für Kontakte und
13 Kennenlernen im Sinne der Nachbarschaftshilfe und Jugendbegegnung werden wir deshalb stärken
14 und ausbauen.

15 Wir unterstützen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle mit dauerhaftem
16 Aufenthaltsstatus und Hauptwohnsitz in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.

18 **Geflüchtete willkommen heißen**

19 Ein Großteil der Menschen, die den Weg zu uns gefunden haben, ist vor Krieg und Terror geflüchtet.
20 Wir wollen ein weltoffenes Berlin, das Menschen in Not willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues
21 Zuhause bietet.

22 Wir wissen, dass manche Menschen trotz ihrer Solidarität auch Ängste haben – auch diejenigen, die
23 die Unterstützung eines sozialen Staates genauso wie geflüchtete Menschen dringend brauchen. Ihre
24 Sorgen nehmen wir ernst und wir werden unsere Politik weiterhin daran ausrichten, dass Solidarität
25 alle in Not erreichen muss – niemand muss Angst haben, zurückgelassen zu werden. Keine Gruppe darf
26 gegen die andere ausgespielt werden.

27 Wir treten für eine humanitäre Flüchtlings- und Asylpolitik ein. Für uns steht der Mensch im
28 Mittelpunkt. Deshalb darf nie die ökonomische Verwertbarkeit eines Menschen einen Einfluss auf die
29 Aufnahme eines Asylantragsverfahrens und den Erfolg eines Asylantrags haben. Wer verfolgt wird, hat

1 einen Anspruch auf Asyl. Dazu gehört aber auch, dass diejenigen, deren Asylersuchen endgültig
2 abgelehnt wurde, Deutschland wieder verlassen müssen.

3 Wir wollen keine Verunsicherung, keinen geschürten Hass und keine Irreführung. Das Grundrecht auf
4 Asyl kennt keine Obergrenze, wer das den Menschen einredet, will Hand anlegen an die Substanz
5 unseres Grundgesetzes und das wollen wir nicht.

6 Die Berliner SPD hat in der Flüchtlingspolitik eine klare Haltung. Denn unsere Verantwortung können
7 wir nicht teilen, sie erwächst aus unserer wirtschaftlichen Stärke ebenso wie aus unserer Geschichte,
8 insbesondere aufgrund unserer sozialdemokratischen Grundwerte. Aus derselben Verantwortung
9 heraus verlangen wir von den Geflüchteten, die zu Berlinerinnen und Berlinern werden wollen,
10 gelebten Respekt für die Werte und Regeln des Zusammenlebens in unserer Stadt.

11 Zentrales Ziel ist die Integration in Arbeit und Ausbildung. Dabei stehen für uns der Schutz und Ausbau
12 guter Arbeit und der Kampf gegen Missbrauch oder Aushöhlung tariflicher Vereinbarungen im
13 Vordergrund.

14 Wir werden das Konzept für besonders schutzbedürftige Geflüchtete weiterentwickeln. Geflüchtete
15 Frauen, Kinder und queere Geflüchtete brauchen besonderen Schutz. Gerade in
16 Gemeinschaftsunterkünften besteht die Gefahr, dass sie zum Opfer von Gewalt werden. Die SPD wird
17 sich deshalb dafür einsetzen, dass es in den Gemeinschaftsunterkünften künftig feste qualifizierte
18 Ansprechpersonen für besonders schutzbedürftige Geflüchtete gibt und sie im Falle von Bedrohung,
19 Diskriminierung und Gewalt Unterstützung erhalten. Insbesondere beim Personal im Bereich Security
20 werden wir verstärkt darauf achten, dass in den Unterkünften auch weibliches Sicherheitspersonal
21 angestellt wird.

22 Bereits jetzt stellen wir bestimmten schutzbedürftigen geflüchteten Menschen besondere Unterkünfte
23 zur Verfügung. Diese werden wir ausbauen. Zugangshürden zu Gesundheitsangeboten für geflüchtete
24 Menschen bauen wir ab.

25 Minderjährige junge Geflüchtete, die ohne Eltern zu uns kommen, brauchen unseren besonderen
26 Schutz und unsere Fürsorge. Deshalb werden wir die Anzahl unserer Erstaufnahmeplätze im Rahmen
27 der Inobhutnahme weiter ausbauen und für ein qualifiziertes und zeitnahes Clearingverfahren Sorge
28 tragen. Viele Berlinerinnen und Berliner sind bereit, Verantwortung für minderjährige Geflüchtete zu
29 übernehmen. Deshalb werden wir die Schulung und Fortbildung von ehrenamtlichen Vormündern
30 weiter ausbauen und Patenschaftsprojekte auch für diese Zielgruppe ausweiten. Die Jugendämter

1 müssen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ausreichend in die Lage versetzt werden, eine
2 jugendhilfegerechte Unterbringung und Betreuung zu gewährleisten.

3 Bei der Auswahl der Betreiber für neue Unterkünfte werden wir auf die Erfahrung der vergangenen
4 Monate zurückgreifen. Um eine menschenwürdige Unterbringung mit angemessenen
5 Qualitätsstandards sicherzustellen, werden wir die Qualitätskontrolle in den Unterkünften für
6 Geflüchtete personell verstärken.

7 Darüber hinaus werden Maßnahmen ergreifen, die zur Demokratisierung der Geflüchtetenunterkünfte
8 und dem Empowerment von Geflüchteten führen. Unser Ziel ist es, die Geflüchteten aktiv in die
9 Gestaltung und Organisation der Unterkünfte einzubinden.

11 **Innere und soziale Sicherheit gewährleisten**

12 Sicherheit für alle zu gewährleisten ist für uns eine zentrale Aufgabe, denn nur eine sichere Stadt ist
13 eine freie Stadt. Es muss überall sicher sein, wo Menschen wohnen, arbeiten, sich treffen und
14 zusammen leben. Wir fordern den uneingeschränkten Respekt vor unserem Wertesystem, unserer
15 Verfassung und der Würde jedes Menschen ein.

16 Wir werden Kriminalität, Extremismus, Gewalt und organisiertes Verbrechen mit aller Entschlossenheit
17 bekämpfen. Die wachsende Stadt Berlin braucht in allen Bereichen wieder mehr Polizeikräfte. Wir
18 sorgen für eine angemessene und moderne Ausstattung der Berliner Polizei. Deshalb werden wir jedes
19 Jahr mindestens 100 neue Stellen im Polizeivollzug schaffen. Unser Ziel ist, die Einsatzbereitschaft auf
20 allen Ebenen konstant zu erhöhen und damit die Eintreffzeiten von Funkstreifen und Rettungskräften
21 im Einsatzfall zukünftig deutlich zu verkürzen und mehr Präsenz von Polizei im öffentlichen Raum zu
22 schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für Fuß- und
23 Fahrradstreifen und Kontaktbereichsdienste ein, denn die Berliner Polizei soll direkt und vor Ort
24 ansprechbar sein.

25 Unser Ziel bleibt, dass Kriminalität erst gar nicht entstehen kann. Deshalb bauen wir das
26 Beratungsangebot der Polizei noch stärker aus. Gerade Einbruchskriminalität wollen wir durch
27 Prävention und konsequente Strafverfolgung bekämpfen, um die Berlinerinnen und Berliner vor Auto-
28 und Wohnungseinbrüchen zu schützen. Sicherheit darf nicht vom Einkommen abhängen. Nur die
29 Starken können sich einen schwachen Staat leisten.

30 Rechtsfreie Räume in einzelnen Kiezen oder auf öffentlichen Plätzen werden wir nicht dulden.
31 Übergriffe auf Angehörige von Polizei und andere Amtsträger werden wir konsequent ahnden. Wir
32 wollen gute Arbeits- und Lebensbedingungen für die Dienstkräfte und ihre Familien bieten. Gerade für

1 Polizei und Feuerwehr wollen wir verlässliche Arbeitszeiten, mehr Mitwirkung und Transparenz und
2 eine individuellere Arbeitszeitgestaltung. Wir wollen auch einen wirksamen dienstlichen Rechtsschutz
3 für die Kolleginnen und Kollegen bieten. Die Berufsfeuerwehr wird ebenso wie die freiwillige
4 Feuerwehr und der Katastrophenschutz mit modernsten Material, Instandhaltung von Fahrzeugen und
5 Feuerwachen und dem notwendigen Personal ausgestattet.

6 Insbesondere an Orten mit hohen Kriminalitätsraten werden wir die Zusammenarbeit von
7 Landespolizei, Bundespolizei und Ordnungsämtern weiter ausbauen. Hier setzen wir uns auch für die
8 Einrichtung von Kombiwachen ein, die für mehr Sicherheit vor Ort sorgen. Im öffentlichen Raum darf
9 nicht das Recht des Stärkeren gelten. Deshalb wollen wir eine verstärkte städtebauliche
10 Kriminalprävention, um das Entstehen von Angst-Räumen und schwer einsehbaren Bereichen zu
11 verhindern.

12 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Begriff „Innere Sicherheit“ untrennbar mit
13 dem der „Sozialen Sicherheit“ verbunden. Sozialdemokratische Innenpolitik als Sicherheitspolitik hat
14 nicht allein den Staat im Blick, sondern stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Einen Schwerpunkt
15 legen wir daher auf Prävention. Kriminelle Karrieren beginnen häufig noch zu Schulzeiten. Deshalb
16 schaffen wir Betreuungsprogramme für Jugendliche, bei denen sich eine zunehmende Schuldistanz
17 und offene Konfrontation zur und in der Schule abzeichnen. Jugendkriminalität, Jugendgewalt und
18 Gewalt an Schulen dulden wir nicht. Wir sorgen für mehr besonders geschulte Pädagoginnen und
19 Pädagogen, die Konfliktsituationen auflösen. Bewährte Systeme von der Präventionsarbeit bis zur
20 Schulsozialarbeit werden wir weiter stärken. Lehrkräfte brauchen an den Schulen zusätzliche
21 Unterstützung darin, neue Formen des Antisemitismus, Antiziganismus, der Homo- und Transphobie
22 und des Sexismus zu erkennen und ihnen pädagogisch und argumentativ zu begegnen. Und wir müssen
23 vielerorts wieder eine Kultur des Respekts vor unseren Lehrkräften und unter allen Schülerinnen und
24 Schülern herstellen.

25 Unser Ziel ist, die Situation von Gewaltbetroffenen nachhaltig zu verbessern und Strategien zu
26 entwickeln, um den Gewaltkreislauf wirksam zu durchbrechen. Die Beratungsangebote für die Opfer
27 von Gewalt werden wir deshalb fortsetzen und sicher finanzieren. Das gilt auch für Beratungsangebote
28 für Personen, die in der Sexarbeit tätig sind.

29 Organisierte Kriminalität muss entschlossen, effektiv und dauerhaft bekämpft werden. Denn sie stellt
30 mit ihrer menschenverachtenden Brutalität, ihrem Vorgehen im Verborgenen und der Begehung von
31 Kapitalverbrechen eine besondere, grenzüberschreitende Bedrohung dar. Niemand in dieser Stadt soll
32 ohnmächtig einer solchen, anonymen Bedrohung ausgesetzt sein. Kriminelle Clans und
33 Rockerkriminalität dulden wir nicht. Wir wollen daher die illegalen Finanzströme insbesondere durch

1 eine Verbesserung der Behördenzusammenarbeit unterbinden und das Landeskriminalamt mit
2 zusätzlichen Mitteln zur Bekämpfung von Geldwäsche und zur Überwachung von Tatverdächtigen der
3 organisierten Kriminalität ausstatten. Wir unterstützen die Initiative des Bundesjustizministeriums zur
4 Vereinfachung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, um der Organisierten Kriminalität
5 kriminelle Gewinne zu entziehen.

6 Politisch oder religiös motivierte Gewalt jeder Art werden wir entschlossen mit der ganzen Härte des
7 Rechtsstaats bekämpfen. Wir werden den unbedingten Respekt vor den Grundlagen unserer
8 Verfassung zum Schutz der Menschen, die friedlich in dieser Stadt leben wollen, kompromisslos
9 einfordern und durchsetzen. Programme zur Deradikalisierung werden wir verstetigen – auch und
10 gerade in den Haftanstalten – und Präventionsmaßnahmen ausbauen, damit Sympathisanten und
11 Sympathisantinnen nicht zu Tätern und Täterinnen werden. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken
12 und für Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren. Ein demokratisch
13 kontrollierter und handlungsfähiger Verfassungsschutz muss unsere Demokratie als Frühwarnsystem
14 vor allen Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit
15 des Bundes und der Länder bewahren und insbesondere vor islamistischem und rechtem Terror
16 schützen. Wir werden die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen
17 Bundestages umsetzen, um wirksame Kontrollmechanismen zu schaffen, die Fehlentwicklungen bei
18 den Verfassungsschutzbehörden aufklären und vorbeugen.

19 Die Versammlungsfreiheit ist für uns eine Bedingung für die Demokratie und muss geschützt werden.
20 Wir stellen Versammlungsteilnehmer und –teilnehmerinnen nicht unter Generalverdacht. Daher
21 setzen wir uns für eine restriktive Handhabung beim Abfilmen von Versammlungen, zum Beispiel bei
22 Übersichtsaufnahmen, ein.

24 **Gemeinsam gegen Rechts – für eine Stadt der Vielfalt**

25 Berlin ist eine Stadt der Vielfalt. Unser Berlin ist eine weltoffene Stadt, die Menschen in Not
26 willkommen heißt, ihnen Schutz und ein neues Zuhause bietet. Wir Sozialdemokratinnen und
27 Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass Neonazis diese Offenheit der Stadt mit
28 Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte oder Angriffen auf Andersdenkende verändern. Genauso
29 werden wir nicht dulden, dass queere oder jüdische Berlinerinnen und Berliner bedroht oder
30 angegriffen werden. Wir bekämpfen jede Form gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit, von wem
31 auch immer sie ausgeht. Wir brauchen eine starke Demokratie, die niemanden ausschließt. Um
32 Rassismus und Antisemitismus keinen Raum zu bieten, sind die vielen Berliner Initiativen vor Ort von
33 großer Bedeutung.

1

2 Das vom SPD-geführten Senat ins Leben gerufene Landesprogramm gegen Rechtsextremismus,
3 Rassismus und Antisemitismus unterstützt viele Berliner Projekte. Einige davon, wie die Mobilen
4 Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die Berliner Register, die Opferberatungen oder die
5 Einrichtungen für die Demokratieentwicklung, sind dauerhaft von großer Bedeutung. Die dort
6 geleistete Arbeit muss dauerhaft gesichert und ausgebaut werden.

7 Die Berliner SPD wird Bildungsangebote ausbauen, die Menschenrechte, Engagement und Zivilcourage
8 fördern. Demokratiebildung muss in der Kita beginnen, in der Schule fortgesetzt und später in den
9 Kinder- sowie Jugendeinrichtungen gelebt werden. Wir sehen Antidiskriminierungsarbeit als Aufgabe
10 für alle Lebensbereiche. In städtischen Betrieben setzen wir uns für Betriebsvereinbarungen gegen
11 Diskriminierung ein.

12 Berlin hat sich im Bundesrat für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren eingesetzt. Wir arbeiten mit aller
13 Kraft daran, dass dieses erfolgreich abgeschlossen wird.

14

15 **Neutraler Staat**

16 Die Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen macht Berlin als tolerante Stadt lebenswert.
17 Gleichzeitig muss es einen neutralen Rahmen für das Zusammenleben in einer multiethnischen und
18 multireligiösen Stadt geben.

19 Das Berliner Neutralitätsgesetz bietet einen solchen Rahmen, indem es Richterinnen und Richtern,
20 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Polizistinnen und Polizisten sowie Lehrkräften das Tragen
21 religiöser und weltanschaulicher Symbole bei hoheitlichen Aufgaben untersagt. Der Staat ist so in der
22 Lage, zwischen den verschiedenen Interessen und Konflikten zu vermitteln.

23 Die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates ist eine Errungenschaft unserer Demokratie.
24 Die Berliner SPD wird den neutralen Staat als hohes Gut gegenüber der individuellen Interpretation
25 von Glaube und Religion schützen.

26

27 **Moderne und leistungsfähige Verwaltung**

28 Die wachsende Stadt stellt auch die öffentliche Verwaltung vor neue Herausforderungen. Bis 2022
29 werden rund 24.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Für eine moderne, leistungsfähige und
30 bürgernahe Verwaltung brauchen wir qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Verwaltung

1 muss mit dem Wachstum der Stadt mithalten. Bis 2018 wird der Personalbestand daher auf mehr als
2 110.000 Vollzeitstellen angehoben. Allein mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2016/17 haben wir
3 4000 neue Stellen im Land und den Bezirken geschaffen.

4 Wir werden eine weitere Einstellungsoffensive für alle Bereiche der Verwaltung starten – aus der
5 Abbau- muss eine Aufbauverwaltung werden. Ein wirksames Personalmanagementkonzept, mehr
6 Angebote zur Fortbildung und Gesundheitsvorsorge sowie eine weitere Verstärkung der
7 Ausbildungskapazitäten sind für uns wie eine wettbewerbsfähige Bezahlung der Beschäftigten der
8 Berliner Verwaltung zentrale Bestandteile einer Personalstrategie.

9 Wir werden alle Laufbahnen des öffentlichen Dienstes künftig für jede Bewerberin bzw. jedem
10 Bewerber öffnen, der über einen staatlich anerkannten Abschluss verfügt und eine entsprechende
11 Eignung vorweisen kann, damit die Vielzahl der freiwerdenden Stellen zügig mit qualifiziertem
12 Personal besetzt werden kann. Im Zuge dessen werden wir Besetzungsverfahren optimieren und
13 beschleunigen. Dazu wird sich Berlin die Chance der Vielfältigkeit der Bildungsabschlüsse und
14 unterschiedlichen Berufsbiografien besser als bisher nutzbar machen.

15 Der öffentliche Dienst muss sich künftig in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen als guter
16 Arbeitgeber profilieren. Gerade für motivierte und kompetente Quereinsteigerinnen und
17 Quereinsteiger werden wir daher den öffentlichen Dienst öffnen und die rechtlichen Grundlagen dafür
18 schaffen, dass die berufliche Erfahrung außerhalb des öffentlichen Dienstes berücksichtigt und bei der
19 Besoldung bzw. Vergütung gewürdigt wird.

20 Eine der größten Ressourcen unserer Verwaltung ist die wertvolle Erfahrung der Mitarbeiterinnen und
21 Mitarbeiter. Ziel ist ein flächendeckender strukturierter Wissenstransfer. Wir wollen daher erfahrene
22 Beschäftigte ermuntern, auch im Ruhestand weiter zu arbeiten. Weiterhin wollen wir für den Bereich
23 der Landesbeamtinnen und Landesbeamten die Möglichkeiten der Flexibilisierung des Laufbahnrechts
24 intensiv nutzen, um so im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und dem Bund bestehen zu
25 können. Personalpolitik findet für uns selbstverständlich im engen Dialog mit den
26 Personalvertretungen und den Gewerkschaften statt.

27 Eine gut funktionierende Verwaltung heißt für uns vor allem Bürgernähe. Die Bürgerämter nehmen
28 dabei eine herausragende Position ein. Dazu ist es erforderlich, die Bürgerämter personell, sachlich
29 und strukturell so auszustatten, dass lange Wartezeiten der Vergangenheit angehören.

30 Wir setzen auf der Grundlage des Berliner E-Government-Gesetzes auf eine konsequente und
31 durchgängige Digitalisierung der Berliner Verwaltung nach außen zu den Bürgerinnen und Bürgern
32 sowie zur Wirtschaft als auch innerhalb der Berliner Verwaltung. Wir forcieren Online-Bürgerdienste,

1 die es ermöglichen, Bürgerdienstleistungen von zu Hause oder von Bürgerterminals in öffentlichen
2 Dienstgebäuden in Anspruch zu nehmen.

3 Berlin soll zum Vorreiter der bürgernahen technologiegestützten Verwaltung werden. Das Service-
4 Konto Berlin soll ab 2017 der für alle Behörden verbindliche, einheitliche und zentrale Zugang zu den
5 online-Angeboten der Berliner Verwaltung werden. Dazu muss auch das IT-Dienstleistungszentrum
6 Berlin zu einem innovativen, leistungsfähigen und umsetzungsorientierten Dienstleister entwickelt
7 werden. Wir werden dazu den Wissenstransfer zwischen der boomenden Start-up- und
8 Forschungsszene Berlins verstärkt für die Digitalisierung der Verwaltung nutzen.

9 Gleichzeitig wird es auch weiterhin möglich sein, auf herkömmlichem Weg öffentliche
10 Dienstleistungsangebote in Anspruch zu nehmen, mit planbaren und sicheren Terminen – aber in
11 dringenden Fällen auch spontan. Neben der persönlichen Besuchsmöglichkeit in den Dienststellen soll
12 aber durch Ausbau des Servicecenters 115 der Telefonservice als weiterer Zugangsweg zur Berliner
13 Verwaltung attraktiv gestaltet werden.

15 **Bürgergerechte und transparente Justiz**

16 Wir stehen ein für eine leistungsfähige Justiz. Effektiver Rechtsstaat muss professionell, in
17 angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet sein. Das Justizmonopol des
18 Staates ist für uns nicht verhandelbar. Die Berliner SPD lehnt private Schiedsgerichtsklauseln in
19 internationalen Handelsabkommen wie CETA oder TTIP ab. Auch sogenannte „Friedensrichter“ sind
20 nicht Bestandteil unserer Rechtsordnung und dürfen das ordentliche Gerichtsverfahren und das
21 Rechtsprechungsmonopol des Staates nicht unterlaufen. Wir lehnen es auch ab, rechtsstaatliche
22 Verfahren zu verkürzen oder den Rechtsschutz einzuschränken. Der Rechtsschutz muss jedem in
23 Deutschland vollständig zur Verfügung stehen. Dies macht unser Land und unsere Stadt aus.

24 E-Justice ist eine große Herausforderung für die Justiz in den nächsten Jahren. Wir wollen die
25 technische Modernisierung der Berliner Justiz für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs
26 und der elektronischen Akte voranbringen, damit Verfahren effizient und zügig abgeschlossen werden
27 können und gute Arbeitsbedingungen bestehen. Die Kommunikation zwischen den Gerichten und
28 Rechtsanwälten soll auf den elektronischen Rechtsverkehr umgestellt werden. Auch Zahlungsvorgänge
29 sollen zum Beispiel durch Lastschriftinzug oder Online-Zahlungsportal möglich sein.

30 Wir werden ebenso darauf achten, dass der Zugang zur Justiz weiterhin auch den Bürgerinnen und
31 Bürgern offen steht, die nicht über moderne Kommunikationsmittel verfügen oder diese nicht nutzen.
32 Wichtige Informationen der Justiz sollen kostenlos online zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen eine bürgerorientierte und noch transparentere Justiz. Wir setzen uns für eine Transparenz bei der Vergabe von Insolvenzverfahren an Insolvenzverwalter ein und bei der Bestellung von Pflichtverteidigern ein.

Bei der Ausstattung des Verwaltungsgerichts muss berücksichtigt werden, dass mit einer Steigerung von Asylverfahren zu rechnen ist.

Wir werden prüfen, ob die Zwangsvollstreckung besser strukturiert und digitalisiert werden kann, um Verfahren zu verkürzen und effektiver zu machen.

Wir setzen auf einen modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug. Insbesondere jugendliche Straftäter sollen schnell nach der Tat zur Verantwortung gezogen werden. Wir wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Schulen, Jobcentern bzw. den Jugendberufsagenturen und Jugendhilfeeinrichtungen intensivieren, um jugendliche Straftäter in ein straffreies Leben zu begleiten.

Intensivtäter werden wir konsequent und nachhaltig verfolgen, um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten.

Zur Verfolgung der steigenden Internetkriminalität werden wir eine Sondereinheit „Cyberkriminalität“ bei der Generalstaatsanwaltschaft einrichten und werden die Fortbildung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ausweiten.

Gleichstellung gestalten

Wir haben ein Recht auf Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. In diesem Bereich gibt es im Alltag Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, die wir abbauen wollen. Als Berliner SPD sind wir davon überzeugt: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins.

Im Finanzbereich wollen wir die geschlechtersensible Haushaltsführung, Gender Budgeting genannt, noch konsequenter umsetzen. Mit der SPD in der Regierung wird diese Art der geschlechtergerechten Haushaltsführung künftig bei allen finanzrelevanten Entscheidungen greifen und auch die Sonderprogramme erfassen.

Die Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe sollen zu gleichen Teilen von Männern und Frauen besetzt werden. Diese Forderung aus dem Landesgleichstellungsgesetz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode weiter konsequent umsetzen. Das Land Berlin muss hier als gutes Vorbild

1 vorangehen und die Parität vorleben, insbesondere durch die verstärkte Einstellung von Frauen in
2 Führungspositionen.

3 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei
4 landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der
5 Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der
6 Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und
7 Stellenbewertungen angepasst werden.

8 Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft. In vielen
9 Bereichen des Dienstleistungsgewerbes sind überwiegend Frauen in Teilzeit, mit Minijobs oder zu sehr
10 niedrigen Löhnen beschäftigt. Dies führt nicht nur zur Armut während der Erwerbsphase, sondern hat
11 auch eine flächendeckende Altersarmut von Frauen zur Folge. Leidtragende sind oft auch die bei Ihnen
12 lebenden Kinder. Wir wollen Maßnahmen entwickeln, um hier zu Verbesserungen zu kommen. Unsere
13 Unterstützung richtet sich auch an die geflüchteten Frauen. Wir werden die bereits entwickelten
14 speziellen Programme der Berufsorientierung weiter ausbauen.

15 Um Job und Kind besser zu vereinbaren, bieten Firmen und Unternehmen häufig Teilzeit oder das
16 Arbeiten aus dem Homeoffice an. Dabei bietet das bislang wenig genutzte Modell des Jobsharings
17 ebenfalls viele Vorteile. Bei diesem Modell wird eine Position mit zwei Personen besetzt, die beide in
18 Teilzeit arbeiten, die Stelle jedoch gemeinsam verantworten.

19 In Berlin leben immer mehr alleinerziehende Mütter. Wir wollen deshalb den Aufbau von regionalen
20 Netzwerken für Alleinerziehende und den Ausbau von flexibler Kinderbetreuung weiter vorantreiben.

21 Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass Mädchen verstärkt Berufe der Mathematik, Informatik,
22 Naturwissenschaft und Technik (MINT) erlernen und sich darin entwickeln. Berlin ist Partner im
23 Nationalen Pakt für Frauen in MINT Berufen. Zukünftig bedarf es weiterhin insbesondere nachhaltiger
24 Fördermaßnahmen (Girls' Day, Girls' Day Akademie, Enter-technik, Girlsatec), die wir stärker vernetzen
25 wollen.

26 Für viele Frauen gehört Gewalt noch immer zum Alltag. Jede zweite Frau wird in ihrem Leben Opfer
27 von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt. In Berlin steht bereits ein differenziertes
28 Hilfesystem bei häuslicher Gewalt zur Verfügung. Dieses muss jedoch verbessert und weiter ausgebaut
29 werden. Wir werden daran arbeiten, vorhandene Versorgungslücken Schritt für Schritt zu schließen.
30 Zugang muss allen schutzsuchenden Frauen in jeder Lebenssituation eröffnet sein. Wir werden uns
31 auch verstärkt um die geflüchteten Frauen in unserer Stadt kümmern. Auch sie müssen vor Gewalt
32 geschützt werden. Die 50 Berliner Beratungsstellen für Frauen und Mädchen und die Frauenhäuser

1 müssen weiterhin gut finanziert werden, um ihre wichtige Arbeit weiterhin in gleicher Qualität
2 anbieten zu können.

3 Spezielle Frauen- und Mädchenprojekte und Beratungsstellen werden wir weiter fördern und gezielt
4 unterstützen. Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede Frau in Berlin
5 hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede von Gewalt betroffene
6 Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einem sicheren Haus
7 erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir sicherstellen. Wir wollen mehr
8 Frauenschlafplätze und Unterkünfte für wohnungslose Frauen schaffen, die gerade traumatisierten
9 Frauen einen sicheren Rückzugsraum geben.

10 Frauen und Männer, die in der Sexarbeit tätig sind, sollen durch Beratungsangebote bestmöglich
11 geschützt und rechtlich abgesichert werden. Sperrzonen oder Sperrbezirke werden wir in Berlin nicht
12 einrichten, sondern uns weiterhin für eine freie und selbstbestimmte Ausübung der Sexarbeit im
13 Ausgleich mit dem öffentlichen Interesse einsetzen. Die Opfer von Menschenhandel werden durch die
14 Behörden und Beratungsstellen schnell und umfassend unterstützt. Hier gilt es unkomplizierte und
15 niedrigschwellige Zugangsangebote zu schaffen und die betroffenen Frauen und Männer
16 vertrauensvoll zu begleiten.

17 Für uns ist klar, dass es klare Grenzen geben muss, wenn es um die öffentliche Vermarktung von
18 Produkten geht. Diese Grenzen werden besonders dann überschritten, wenn Produkte mittels
19 Geschlechterrollenklischees oder nackter Haut beworben werden.

21 **Antidiskriminierungspolitik stärken –** 22 **Diskriminierungsschutz verbessern**

23 Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht, das für eine solidarische Gesellschaft und für
24 die SPD von hoher Bedeutung ist. Die Ausgrenzung von Menschen, sei es aufgrund ihrer ethnischen
25 Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität,
26 ihrer Behinderung oder ihrer Religion ist in keiner Weise hinnehmbar. Es ist erklärtes Ziel der SPD, den
27 Schutz jeder und jedes Einzelnen vor Benachteiligung zu verbessern und das Recht auf
28 Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung auch tatsächlich durchzusetzen. Berlin hat als erstes
29 Bundesland eine Landesantidiskriminierungsstelle eingesetzt. Sie hat damit einen maßgeblichen
30 Beitrag zur Sichtbarmachung und Bekämpfung von Diskriminierungen geleistet.

Hierauf aufbauend und mit dem zentralen Ziel, Menschen in ihrem Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu unterstützen sowie zu einer Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur beizutragen, wollen wir die Antidiskriminierungs- und die Diversitypolitik als fachliche Querschnittsaufgabe weiterentwickeln: Wir wollen außerdem die rechtlichen Grundlagen für einen nachhaltigen Diskriminierungsschutz verbessern, indem

- das landesrechtliche Potential zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung positiver Ansätze gezielt ausgeschöpft und durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz gestärkt wird.

- eine Bundesratsinitiative zur Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf den Weg gebracht wird, die unter anderem ein Verbandsklagerecht, eine Ausweitung der Klagefristen und eine kritische Überprüfung der Verwendung des Begriffs der „Rasse“ wie auch der zahlreichen Ausnahmetatbestände des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zum Inhalt hat.

- das Land Berlin einen Entschließungsantrag im Bundesrat stellt, welcher die Bundesregierung auffordert, die deutsche Blockade gegenüber der sogenannten 5. Antidiskriminierungsrichtlinie der EU aufzugeben und somit das Antidiskriminierungsrecht in der gesamten EU zu stärken.

- das Land Berlin sich im Bundesrat dafür einsetzen wird, dass die Diskriminierung von homosexuellen Männern in beiden deutschen Staaten aufgearbeitet wird. Zudem unterstützen wir die Gesetzesinitiative von Bundesjustizminister Heiko Maas für eine Aufhebung der Strafurteile und eine entsprechende Rehabilitierung gegen schwule Männer sowie eine Entschädigung der Opfer.

Wir wollen außerdem die Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit für die breite Öffentlichkeit und spezielle Zielgruppen weiterführen und wissenschaftliche Untersuchungen zur Aufhellung von Dunkelfeldern der Diskriminierung beauftragen.

Wichtig sind uns präventive Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit wie das Diversion Management. Wir wollen daher Maßnahmen und Strategien, die dem positiven Umgang mit Vielfalt innerhalb und außerhalb der Verwaltung dienen, nachhaltig verankern. Dabei muss es das Ziel einer modernen, qualitätsbewussten Verwaltung sein, in Form eines Diversity Mainstreaming alle Angebote und Dienstleistungen auf die Vielfältigkeit der Berliner Bevölkerung hin auszurichten. Anonymisierte Bewerbungsverfahren setzen ein starkes Signal für Chancengleichheit und sind zugleich ein wichtiges Instrument einer modernen Personalpolitik. Behörden und Landesunternehmen werden verpflichtet,

es verstärkt einzusetzen. Um einer möglichen Diskriminierung in Verwaltung und Gesellschaft zu begegnen sind institutionelle Routinen und Regeln auf eine diskriminierende Wirkung hin entsprechend zu überprüfen. Eine niedrigschwellige, bedarfsgerechte und zielgruppensensible antidiskriminierungsbezogene Beratungsinfrastruktur muss gewährleistet und gefördert werden.

Unser politisches Ziel bleibt: 100 Prozent Gleichstellung. Das schließt die „Ehe für alle“ ein.

Sexuelle Vielfalt wertschätzen

Die Initiative Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (ISV) ist seit 2010 fester Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin. Die SPD Berlin wird die ISV fortsetzen und intensivieren vor allem der Bereich Bildung und Mehrfachdiskriminierung unter der besonderen Berücksichtigung der Trans- und Interpersonen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Haus der queeren Archive und Museen ein. Wir unterstützen die Initiative der in der Initiative Queer Nations zusammenwirkenden schwulen und lesbischen Archive und des Schwulen Museums.

Die SPD Berlin will sicherstellen, dass Berlin auch weiter eine Vorreiterrolle beim Abbau von Diskriminierungen gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen einnimmt. Sie setzt sich auf Bundesebene dafür ein, das Recht auf Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität zu stärken und gesetzlich zu verankern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen für das Thema sensibilisiert werden.

Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger

In den vergangenen Jahrzehnten hat die SPD dafür gesorgt, dass die Berliner Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen vielfältig mitbestimmen können.

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen Status, ihres Alters oder ihres Bildungshintergrundes gemeinsam engagieren, wachsen Solidarität und gute Nachbarschaft. Rechtspopulismus hat dort keine Chance, wo Menschen offen über konkrete Lösungen diskutieren können, statt Parolen zu folgen. Wir begreifen die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Erfahrungen aller Menschen als Ressource und Stärke dieser Stadt.

Die breite öffentliche Diskussion von stadtpolitisch wichtigen Themen während der vergangenen Volksbegehren und -entscheide sehen wir als Bereicherung der politischen Kultur an. Grundgesetz,

1 parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat sind Grundpfeiler unseres politischen Systems. Die
2 Berliner SPD bekennt sich zur repräsentativen Demokratie und nimmt den Verfassungsauftrag, an der
3 politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, sehr ernst.

4 Bürgerbeteiligung kann die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sie begleitet sie. Wichtig bleibt
5 deswegen der Dialog zwischen Politik und Gesellschaft, der am Ende durch die
6 Kompromissbereitschaft aller Gruppen zu einem gesellschaftspolitischen Konsens im Interesse aller
7 betroffenen Berlinerinnen und Berliner führt. Das gesamtstädtische Interesse steht dabei vor
8 Teilinteressen einzelner Gruppen.

9 Bürgerbeteiligungsverfahren sind auf die Teilnahme möglichst vieler angewiesen. Doch oft werden
10 Beteiligungsinstrumente zu Bürgerhaushalten oder Planungsverfahren nur von bestimmten
11 Bevölkerungsgruppen genutzt. Das wollen wir ändern.

12 Bei längerfristig angelegten Beteiligungsverfahren, wie zum Beispiel dem Bürgerhaushalt, hat sich
13 bewährt, Bürgerinnen und Bürger repräsentativ auszuwählen. Speziell hier muss es darum gehen,
14 einen fairen Interessenausgleich herzustellen.

15 Wir wollen Beteiligungsformen finden, die offener und flexibler sind und weniger Präsenz erfordern.
16 Die Digitalisierung bietet uns vielfältige Möglichkeiten, Verfahren flexibler, losgelöst von einem Ort
17 und einem bestimmten Zeitpunkt und niedrigschwelliger zu gestalten. Auf der neu eingerichteten
18 Plattform „mein.berlin.de“ werden künftig alle öffentlichen Beteiligungsverfahren der Verwaltungen
19 des Landes Berlin gebündelt sichtbar sein. Diese Form der E-Partizipation wollen wir ausbauen und
20 weiterentwickeln.

21 Zu unserem Verständnis gehört es auch, dass sich auch jene Menschen beteiligen können, die nicht
22 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber dauerhaft in Berlin leben.

23 Chancen und potentielle Konflikte sollten zu Beginn eines Vorhabens gemeinsam mit den Bürgerinnen
24 und Bürgern herausgearbeitet werden. Deshalb brauchen wir in diesem Zusammenhang spezifische
25 Beratungsangebote und ein Konfliktmanagement.

26 Voraussetzung für mehr Partizipation sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die durch
27 gezielte Schulungen zu professionellen Ansprechpartnern für die Bürger-Beteiligung werden.

28

29

1 Digitalisierung als Chance für soziale Teilhabe

2 Netzpolitik betrifft alle Berlinerinnen und Berliner. Es geht nicht nur um die Kontrolle von Daten,
3 sondern auch um soziale Teilhabe und Partizipation. Die Digitalisierung verändert die Art wie wir leben
4 und wie wir arbeiten. Die SPD will durch eine kluge Digitalisierungs- und Netzpolitik die Chancen für
5 intelligente Produktionsprozesse, Teilhabe und Zugang zu öffentlichen Daten nutzen. Dies fördert die
6 Teilhabe aller an den neuen Medien.

7 Notwendige Bedingung für digitales Wirtschaften, Arbeiten und Leben sind gute digitale
8 Infrastrukturen. Noch immer sind einige Ortsteile Berlins vom Zugang zum schnellen Internet
9 abgeschnitten. Unser Anspruch ist, in Berlin schnellstmöglich flächendeckend eine
10 Breitbandverbindung anbieten zu können.

11 Mit zunehmender Bedeutung mobiler Geräte und vernetzter Systeme will die SPD kostenlose und frei
12 verfügbare WLAN-Spots ausweiten. Der Senat hat bereits die Einrichtung von 650 Zugangspunkten auf
13 den Weg gebracht. Wir wollen die Versorgung weiter ausbauen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für
14 die Abschaffung der Störerhaftung eingesetzt, die bislang die Öffnung privater WLAN-Zugänge unnötig
15 erschwerte.

16 Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für einen bürger- und wirtschaftsfreundlichen Staat. Nicht
17 personenbezogene Daten wollen wir noch stärker für Private öffnen und transparenter darstellen,
18 damit sie von Unternehmen und Initiativen für innovative Entwicklungen und Services genutzt werden
19 können.

20 Jeder Beteiligte soll für sich entscheiden können, in welchem Umfang er bei der Nutzung von digitalen
21 Angeboten seine privaten Daten preisgibt. Eine moderne Medienordnung, die
22 Datenschutzgrundverordnung und das IT-Sicherheitsgesetz sind zentrale Instrumente hierfür. Wir
23 werden die Gesetzgebungsprozesse im Bund und in der EU weiter kritisch und konstruktiv begleiten,
24 auch um das Monopol einzelner Konzerne zu schwächen und Vielfalt und Wettbewerb zu ermöglichen.
25 Datenschutzverstöße sollen künftig effizienter geahndet werden können.

26 Das Internet ist noch immer ein Versprechen für Freiheit und Chancengleichheit. Deshalb werden wir
27 auch weiterhin die Netzneutralität, zum Beispiel über den Bundesrat, verteidigen.

28 Informationelle Selbstbestimmung und das Wissen über Daten sind wesentlich im persönlichen Alltag
29 und für das Berufsleben. Wir setzen uns daher auf Basis des neuen Rahmenlehrplans für eine
30 verstärkte Medienbildung in den Klassenzimmern und in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ein.
31 Die Aktivitäten im Land Berlin zur Steigerung der Medienkompetenz werden verstärkt und eine

1 einheitliche Anlaufstelle schaffen. Die Aktivitäten sollen mit der Medienanstalt Berlin-Brandenburg
2 verzahnt werden.

3 Technische Restriktionen können nicht die Medienkompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
4 ersetzen. Die SPD Berlin spricht sich gegen Internetsperren aus. Stattdessen wollen wir den
5 Jugendmedienschutz in Zusammenarbeit mit dem Bund stärken.

6 Eine besondere Herausforderung ist das zunehmende Ineinandergreifen digitaler Anwendungen und
7 Medien, seien es Rundfunk und Fernsehen oder Kultur und Games.
8 In einer gemeinsamen Kommission erarbeiten Bund und Länder bereits eine dieser Verschränkung von
9 digitaler und Rundfunkwelt angemessene Medien- und Kommunikationsordnung. Presseerzeugnisse
10 im Netz müssen sich finanzieren können.

11 Im Bund wird sich Berlin für eine zeitgemäße Plattformregulierung einsetzen, die die Sicherung der
12 Vielfalt auch im Internet, die Verhinderung von Monopolen (auch Meinungsmonopolen) und die
13 Stärkung audiovisueller Inhalte zum Ziel hat. Berlin wird seine Führungsrolle als Land der digitalen
14 Grundrechte in der Bund-Länder-Zusammenarbeit weiter ausbauen und stärken.

16 **Für eine gerechte und vorausschauende Sozialpolitik**

17 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Zusammenleben in unserem
18 Gemeinwesen mit den Mitteln eines vorausschauenden und gerechten Sozialstaates gestalten. Berlin
19 birgt als Metropole großes Potenzial für wegweisende Entwicklungen, ist jedoch auch von
20 gesellschaftlichen Fehlentwicklungen betroffen. Wir setzen uns zum Ziel, die gleichberechtigte soziale
21 und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu sichern.

22 Ein gut funktionierendes und zuverlässiges Sozial- und Gesundheitswesen hat eine große Bedeutung
23 für das friedliche Zusammenleben in einer solidarischen Stadt. Mehr als 280.000 Berlinerinnen und
24 Berliner sind in diesem Sektor tätig. Der von ihnen erbrachte „gesellschaftliche Mehrwert“ ist ein
25 erheblicher Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in der Stadt. Wir wollen diesen gesellschaftlichen
26 Mehrwert sichtbar machen. Die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“, bei der sich die Verbände
27 unter anderem zur Veröffentlichung ihrer Mittelverwendung verpflichten war ein guter Schritt in die
28 richtige Richtung. Wir wollen deshalb die Veröffentlichungspflichten für den Einsatz von
29 Haushaltsmitteln gesetzlich festlegen.

30 Genauso entschieden werden wir gegen Wirtschaftskriminalität vorgehen. Steuerbetrug,
31 Schwarzarbeit und Korruption schaden allen. Sie sind das Gegenteil eines fairen Wettbewerbs und

1 schwächen Berlin als Standort. Eine Verstärkung von Zoll und Steuerfahndung ist daher ebenso unser
2 Ziel wie eine verschärfte Korruptionsbekämpfung.

3 Berlin soll sich durch Mitwirkung, Mitbestimmung und gesellschaftliche Wertschätzung in allen
4 Bereichen als Stadt der Bürgerinnen und Bürger auszeichnen. Die Angebote, die von Initiativen,
5 Verbänden und Vereinen organisiert werden, gehören zu einem solidarischen Sozialstaat. Wir wollen
6 die solidarische Zivilgesellschaft mit Hilfe der Verbände befördern und setzen uns für ein
7 partnerschaftliches Verhältnis zwischen den gemeinnützigen freien und den öffentlichen Trägern der
8 Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe ein.

9 Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist eine wesentliche Voraussetzung für
10 soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat. Steuergerechtigkeit
11 heißt, dass die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und starke Schultern mehr tragen als
12 schwache. Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den
13 Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wer Steuern
14 hinterzieht, lebt auf Kosten der Gesellschaft. Wir sprechen uns deshalb für einen besseren
15 Steuervollzug durch ausreichend Steuerprüferinnen und –prüfer in den Finanzämtern aus. Darüber
16 hinaus brauchen wir mehr Personal für zusätzliche Kontrollen zur Einhaltung der Mindestlohngrenze.

18 **Demografischen Wandel gestalten**

19 Berlin ist eine wachsende und zugleich alternde Stadt. Laut einer Studie des Instituts der deutschen
20 Wirtschaft wächst die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Berlin bis 2030 bundesweit am
21 rasantesten. Laut der Prognose werden im Jahr 2030 rund 170.000 Menschen in Berlin pflegebedürftig
22 sein. Das wäre ein Zuwachs von mehr als 40 Prozent gegenüber 2013, wo die Zahl der
23 pflegebedürftigen Berlinerinnen und Berliner bei 117.000 lag. Und auch das Durchschnittsalter der
24 Bevölkerung wird sich weiterhin erhöhen.

25 Eine wachsende Zahl von älteren Menschen in der Stadt bedeutet:
26 einen dringenden Bedarf an altersgerechten Wohnungen zu bezahlbaren Mieten, mehr
27 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und einer guten verlässlichen Betreuung und Pflege im
28 ambulanten und stationären Bereich. Auch das Berliner Mobilitätssystem muss flexibel und zügig auf
29 die Bevölkerungsentwicklung, die sich wandelnden Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und
30 demografische Veränderungen reagieren. Hier werden sich besonders unsere öffentlichen
31 Wohnungsbaugesellschaften, Gesundheitsversorger und Betriebe noch stärker engagieren, um

1 wachsende Angebote für alle Generationen bereitzuhalten. Der wachsende Bedarf an altersgerechten
2 Wohnungen ist bei Neubauvorhaben zu berücksichtigen.

3 Auf Bundesebene ist die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf mit den Neuregelungen im
4 Familienpflegezeitgesetz und im Pflegezeitgesetz verbessert worden. Seit dem
5 1. Januar 2015 erhalten Beschäftigte mehr zeitliche Flexibilität und Sicherheit, um Angehörige zu
6 pflegen. Im Gesetz verankert wurde auch ein Rechtsanspruch der Beschäftigten auf eine zu bis
7 zweijährige teilweise Freistellung für die Pflege Angehöriger.

8 Zur besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf wurde ein Rechtsanspruch auf einen Platz
9 in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung geschaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen
10 Rechtsanspruch auf flexible Tages- und Nachtpflegeangebote zur Betreuung und Versorgung
11 Pflegebedürftiger ein.

12 Die demografische Entwicklung bietet auch Chancen, etwa für einen verbesserten Zusammenhalt
13 unserer Gesellschaft. Es muss deshalb in jedem Stadtteil ein Stadtteilzentrum/Begegnungszentrum
14 geben. Diese Zentren sollen künftig etwa dazu dienen, die Generationen, Familien und Nachbarn
15 zusammenzubringen, die ehrenamtlichen Aktivitäten im Stadtteil zu koordinieren oder
16 unterschiedliche Formen von Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Einen festen Ort des Miteinanders
17 zu haben, hilft Senioren und Seniorinnen dabei, möglichst lange in ihrem Umfeld bleiben können, ohne
18 dabei zu vereinsamen. Auf der anderen Seite brauchen gesellschaftliche Gruppen wie getrennt- oder
19 alleinerziehende Eltern, junge Familien oder Menschen in besonderen Problemlagen Unterstützung.
20 So funktioniert generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe.

21 Die Berliner SPD wird bei der anstehenden Novellierung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes
22 darauf hinwirken, dass bei den Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen eine bessere
23 Wahlbeteiligung und Mitwirkung der Wahlberechtigten ermöglicht wird.

25 **Gute Pflege und Gesundheitsversorgung**

26 Die Gesundheitsbranche ist eine der wichtigsten Wirtschaftszweige der Hauptstadtregion und
27 verzeichnet ein überdurchschnittliches Wachstum. Durch eine kluge Clusterstrategie haben wir heute
28 dort alles, vom kleinsten High-Tech-Unternehmen, großen Industrieunternehmen, universitären und
29 außeruniversitären Forschungseinrichtungen bis zu privaten Kliniken. Die Hauptstadt ist mit rund 300
30 Medizintechnik- und 230 Biotechnologiefirmen, 30 Pharmaunternehmen und über 130 Kliniken einer

1 der wichtigsten Life-Science-Standorte Deutschlands. Etwa 315.000 Menschen arbeiten in der
2 Gesundheitswirtschaft der Hauptstadtregion.

3 Unsere gute Gesundheitsversorgung und ein Angebot, das nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet
4 ist, tragen wesentlich zur Lebensqualität in Berlin bei. Mit unserer Gesundheitspolitik verbessern wir
5 die Lebensverhältnisse der Menschen und unterstützen dabei sozial Benachteiligte sowie Menschen
6 mit Behinderungen in besonderer Weise. Das Angebot der Berliner Pflegestützpunkte werden wir
7 ausbauen und stärker bewerben. Ergänzend sollen Pflegestützpunkte zukünftig sozialräumliche
8 Anlaufstellen in Kiezen gründen, damit sich die Pflegeberatung vor Ort stärker in die Kieze hinein
9 weiterentwickelt. Wir fahren damit fort, Pflegeangebote im Hinblick auf unterschiedliche kulturelle
10 und sexuelle Identitäten weiterzuentwickeln.

11 Dem Fachkräftebedarf in der Pflege begegnen wir u. a. mit der Abschaffung des Schulgeldes für
12 Pflegeberufe, Vergütungs-Steigerungen in der ambulanten Pflege und der Einführung des
13 Krankenpflegehilfieberufs.

14 Gute Pflege gründet sich auf guter Arbeit. Wir brauchen in der Pflege gute Arbeitsbedingungen, um
15 die Herausforderung der demografischen Entwicklung zu meistern. Dazu wollen wir gemeinsam mit
16 den Beschäftigten, Verbänden und der Gewerkschaft Lösungen zur guten Arbeit für die Branche
17 erreichen.

18 Darüber hinaus müssen die Angebote der offenen Altershilfe aber auch die ambulanten und
19 stationären Angebote der Altenpflege ausreichend für die Lebenswelten queerer Menschen
20 sensibilisiert werden.

21 Wir setzen uns zudem dafür ein, dass ein wohnortnaher Zugang zur ärztlichen und
22 psychotherapeutischen Versorgung in allen Stadtteilen sichergestellt ist und sich nicht weiterhin
23 Leistungsanbieter auf einzelne Stadtteile konzentrieren. Wir unterstützen die Anbietervielfalt in der
24 ambulanten Versorgung: Die Benachteiligung medizinischer Versorgungszentren (MVZ) durch die
25 Kassenärztliche Vereinigung Berlin wollen wir beenden, indem das Land Berlin im Rahmen seiner
26 Rechtsaufsicht konsequent dafür sorgt, dass MVZ die Vergütung erhalten, die ihnen zusteht.

27 Durch das erfolgreiche Berliner „Aktionsprogramm Gesundheit“ werden Prävention und
28 Gesundheitsförderung gestärkt. An dem Programm halten wir fest und entwickeln es weiter. Ziel muss
29 sein, die gefundenen besten Beispiele und Projekte zur Förderung der Gesundheit für alle Menschen
30 in allen Kiezen verfügbar zu machen. Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention dürfen sich
31 nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken.

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die niederschwelligen Angebote einer Beratung und Testung auf
2 sexuell übertragbare Krankheiten wie HIV/AIDS, Hepatitis C und Syphilis etc. der freien Träger und der
3 staatlichen Behörden wie den Bezirken Gesundheitsämtern, fortgeführt und weiterentwickelt werden.

4 Die SPD steht zur besonderen Verantwortung des Landes Berlin zu den landeseigenen
5 Krankenhäusern. Wir wollen die Situation der Beschäftigten verbessern. Wir haben die
6 Investitionsmittel deutlich erhöht und werden auch weiter massiv in die Kliniken investieren.

7 Multiresistente Erreger sind ein zunehmendes Problem in der Krankenhausversorgung. Die Vorgaben
8 des Infektionsschutzgesetzes sind konsequent umzusetzen, Hygienebeauftragte auszubilden oder
9 einzustellen sowie Hygiene in der Weiterbildung zu verankern.

10 Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist angemessen auszustatten und in seiner präventiven Funktion zu
11 stärken.

13 **Verbraucherinnen und Verbraucher besser informieren und beraten**

14 Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Verbraucherschutzpolitik. In einem komplexer gewordenen
15 Alltag sind Aufklärung, Orientierung und Beratung wichtig. Wir haben deshalb den jährlichen Etat der
16 Verbraucherzentrale Berlin um mehr als 25 Prozent aufgestockt. Außerdem investiert das Land Berlin
17 in mehr Aufklärung im Bereich Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit.

18 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verbraucherpolitik konzeptionell, strukturell und finanziell
19 weiterentwickelt wird. Konzeptionell streben wir an, die häufig vor allem themenzentrierte
20 Verbraucherpolitik zielgruppenorientiert zu ergänzen.

21 Wir werden uns dafür stark machen, dass der Grundsatz „Besser schlichten als richten“ verwirklicht
22 wird. Hierzu werden wir den Online-Schlichter, an den sich Berliner Verbraucherinnen und
23 Verbraucher bei Problemen mit Online-Käufen wenden können, weiter fördern und uns für eine
24 zukunftsfähige Lösung für die gerade eingerichtete Auffangschlichtung für Branchen, in denen noch
25 keine eigene Schlichtung existiert, einsetzen.

26 Bereits seit mehreren Jahren wird im Verbrauchermonitor veröffentlicht, was die Verbraucherinnen
27 und Verbraucher bewegt und was ihnen wichtig ist. Das neue Verbraucherportal der zuständigen
28 Senatsverwaltung bietet darüber hinaus übersichtliche und leicht verständliche Informationen zu
29 aktuellen gesetzlichen Regelungen. Zeitgleich fördern wir den kieznahen und zielgruppenorientierten

- 1 Verbraucherschutz. Und mit der Transparenzdatenbank sind wir auf dem richtigen Weg, die Vergabe
2 öffentlicher Mittel für die Bürgerinnen und Bürger durchsichtiger und nachvollziehbarer zu gestalten.
- 3 An der Hygiene-Ampel zur Bewertung von Gastronomiebetrieben in den Berliner Bezirken halten wir
4 fest und machen uns auf Bundesebene für die Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens stark.

5

6 **Selbstbestimmt leben**

- 7 Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit
8 Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. In Berlin leben rund
9 600.000 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen die inklusive Stadt, die Stadt ohne Barrieren
10 schaffen.

- 11 Der SPD-geführte Senat hat im Mai 2015 zehn behindertenpolitische Leitlinien zur Umsetzung der UN-
12 Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Wir bekennen uns zu den Leitbildern der Konvention,
13 Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung.

- 14 Wir werden die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden weiter vorantreiben und den Bau
15 barrierefreier Wohnungen forcieren. Die Quote der uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren
16 Wohnungen werden wir erhöhen.

- 17 Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bietet viele neue Möglichkeiten für alle Menschen.
18 Voraussetzung ist, dass die Dienste auch für alle zugänglich sind. Wir werden deshalb die
19 Barrierefreiheit der Serviceangebote bei der Digitalisierung vorantreiben.

- 20 Anhand der mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem
21 Landesbehindertenbeirat vereinbarte Prioritätenliste werden wir weiter das Ziel verfolgen, bis 2020
22 alle noch nicht stufenlos erreichbaren U-Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten. Das gleiche gilt für die
23 restlichen S-Bahnhöfe. Den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) werden wir barrierefrei ausbauen, um
24 Berlin auch mit dem Fernreisebus behindertengerecht erreichen zu können.

- 25 Damit Kinder und Jugendliche mit Behinderungen später einer Arbeit nachgehen können, die ihren
26 Fähigkeiten und Wünschen entspricht, muss die Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch in der
27 beruflichen Ausbildung voran gebracht werden. Die Bildungskette von der Förderschule in die
28 Werkstatt für behinderte Menschen muss durchbrochen werden. Wir wollen mehr voll
29 qualifizierende, berufsbildende Angebote für Jugendliche mit Behinderungen. Dabei hat die duale
30 Berufsausbildung Vorrang vor Sonderwegen.

1 **Den Sport und seine Vereine fördern**

2 Sport bewegt und elektrisiert uns. Er leistet wichtige Beiträge zum Gemeinschaftsgefühl, zur
3 Integration und Inklusion und zur Gesundheit. Sportvereine sind Schulen der Demokratie. Wir stehen
4 fest an der Seite der Berlinerinnen und Berliner, die Sport treiben. Rund 620.000 sind in den Berliner
5 Vereinen organisiert, viele organisieren ihren Sport individuell. Wir unterstützen beide Formen. Mit
6 ihren 60.000 ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären sind die Vereine ein Rückgrat der
7 Stadtgesellschaft.

8 Wichtigste Basis bleibt die entgeltfreie Überlassung der Sporthallen und Sportflächen des Landes Berlin
9 an die Sportvereine. Die Mittel für die Sanierung und die Errichtung neuer Sportstätten haben wir
10 verdoppelt. Die Berliner Bäder zählen zu unserer wichtigsten Sportinfrastruktur. Wir haben die
11 finanziellen Mittel für die Bäder deutlich erhöht und den Bau von zwei neuen Ganzjahresbädern auf
12 den Weg gebracht. In der wachsenden Stadt muss auch das alltagstaugliche Angebot an Sport- und
13 Freiflächen mitwachsen, zum Beispiel auch in Form von Sport- und Bewegungsflächen in Parks und
14 Grünflächen. Wachsende Stadt bedeutet auch: Wohnen und Sport treiben rückt enger zusammen. Wir
15 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Sportanlagenlärmschutzverordnung im Sinne des Sports zu
16 modernisieren.

17 Sport leistet einen wichtigen Beitrag für die Inklusion und Integration, auch für die Integration von
18 geflüchteten Menschen. Wir unterstützen den Breiten-, Gesundheits- und Behindertensport und seine
19 Verbände und Vereine. Die Barrierefreiheit von Sportanlagen werden wir weiter verbessern. Inklusion
20 im und durch Sport fördern wir. Dazu werden wir sicherstellen, dass bei Instandsetzungen,
21 Sanierungen und Neubauten von Turn- und Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen die
22 barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte immer hergestellt
23 wird.

24 Darüber hinaus unterstützen wir den Wunsch des Behindertensports, eine Turn- und Sporthalle so
25 einzurichten, dass nicht nur Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte gegeben
26 ist, sondern auch die optische und akustische Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderungen
27 und Hörbehinderungen erprobt werden kann.

28 Den Seniorensport bauen wir weiter aus. Für die Finanzierung des Frauen- und Mädchensports haben
29 wir zusätzliche Mittel bereitgestellt.

30 Die Kooperation von Schulen und Sportvereinen stärken wir weiter, u.a. mit der Förderung von
31 Programmen wie „Profivereine machen Schule“ oder „Berlin hat Talent“. Mit weiteren Erhöhungen

1 beim Vereinsinvestitionsprogramm unterstützen wir Vereine dabei, ihre Sportanlagen in
2 bestmöglichem Zustand zu erhalten und auszubauen.

3 Die finanzielle Basis des Sports wollen wir langfristig stärken. Sport braucht Planungssicherheit neben
4 den Erlösen aus Lottomitteln. Einnahmen aus der City Tax nutzen wir auch für den Berliner Sport.

5 Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierungsgrundlage mit einem langfristigen Vertrag mit dem
6 Landessportbund ein.

7 Die Berliner Profi- und Spitzensportvereine sind Anziehungspunkt für die Stadt. Wir setzen uns dafür
8 ein, auch Frauensport im Spitzenbereich zu etablieren. Daneben sind große Sportereignisse wie das
9 DFB-Pokalfinale oder der Berlin Marathon ein Image- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Wir setzen
10 uns weiter dafür ein, solche Ereignisse nach Berlin zu holen und freuen uns, dass dies u.a. mit dem
11 Deutschen Turnfest 2017 oder der Leichtathletik-Europameisterschaft 2018 gelungen ist.

12 Sport lebt auch von Vorbildern. Wir sind stolz darauf, in Berlin den größten Olympiastützpunkt
13 Deutschlands zu beherbergen. Unsere Eliteschulen des Sports gehören zu den Besten des Landes, an
14 unseren Universitäten und Hochschulen sind Spitzensport und Lehre miteinander vereinbar. Das
15 werden wir konsequent weiter fördern, um auch künftig auf die Erfolge unserer Berliner Sportlerinnen
16 und Sportler stolz sein zu können. Erfolge, die in einem konsequent dopingfreien Sport errungen
17 werden.

19 **Freiwilliges Engagement unterstützen**

20 Überall in Berlin haben in den vergangenen Monaten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit
21 angepackt, um geflüchtete Menschen mit Kleidung, einem warmen Mittagessen oder einem
22 Schlafplatz zu versorgen. Dieses überwältigende Engagement zeigt uns: Berlin ist eine solidarische
23 Stadt, in der man füreinander da ist. Wir sind eine sehr aktive, sehr selbstbewusste Bürgergesellschaft.

24
25 Auch abseits der Versorgung von geflüchteten Menschen engagieren sich hunderttausende
26 Berlinerinnen und Berliner ehrenamtlich. Sie unterstützen das Sport treiben, geben Kindern Lernhilfe,
27 sind als Lesepaten tätig, begleiten Ältere bei ihren Besorgungen, betreuen Kranke oder retten Leben
28 etwa bei der Freiwilligen Feuerwehr. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ganz klar,
29 dass das Ehrenamt nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden
30 darf. So steht es bereits in der Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement aus dem Jahr 2004.

1 Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für den Dialog zwischen Politik und engagierter
2 Bürgergesellschaft weiter ausbauen. Dazu gehört unseres Erachtens auch ein fester Ort für die
3 Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit. Ähnlich wie das Haus der Demokratie und Menschenrechte
4 würde ein Haus des Engagements die ehrenamtliche Arbeit im öffentlichen Leben noch sichtbarer
5 machen. Wir setzen uns dafür ein, dass besonders erfolgreiche Projekte im Bereich des
6 Bürgerschaftlichen Engagements auch über die übliche dreijährige Förderperiode hinaus fortgesetzt
7 werden. Ebenso brauchen wir nachhaltige und langfristige Fortbildungsangebote.

8 Die Freiwilligendienste stellen für uns einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung des Engagements
9 junger Menschen dar. Freiwilliges soziales Jahr (FsJ) und Freiwilliges ökologisches Jahr (FöJ) sollen
10 weiter ausgebaut und finanziert werden.

11 In den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften arbeiten viele für ein solidarisches
12 Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im
13 Diskurs ethnischer Fragen.

14 Sehr wichtig ist auch eine Anerkennungskultur und öffentliche Würdigung für das Geleistete. Seit 2011
15 bekommen in Berlin überdurchschnittlich engagierte Bürgerinnen und Bürger als Dankeschön für ihren
16 Einsatz Vergünstigungen beim Museums- oder Theaterbesuch. Junge Menschen können über ihr
17 Ehrenamt seit 2005 den „Berliner FreiwilligenPass“ erwerben, worin ihr jeweiliges Engagement und
18 die damit erworbenen beruflichen Qualifikationen dokumentiert werden. Diese Angebote wollen wir
19 auch künftig fortführen und weiter ausbauen.

20

21

1 **Wählen gehen!**

2 Am 18. September 2016 werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die
3 Bezirksverordnetenversammlungen neu gewählt.

4 Wir bitten Sie: Gehen Sie zur Wahl und nutzen Sie die Möglichkeit, über die Zukunft unserer Stadt
5 mitzuentcheiden.

6 Setzen Sie dabei auch ein Zeichen gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, gegen Fremdenhass
7 und Rassismus: Nichts davon hat in Berlin Platz. Eine hohe Wahlbeteiligung und die Teilnahme an
8 friedlichen Protestaktionen sind der wirksamste Schutz vor neuen und alten Rechtsextremisten.

9 Es geht um viel: Wir bitten Sie um Ihre Stimmen für die SPD. Setzen Sie mit uns gemeinsam den
10 bemerkenswerten Weg fort, den unsere Stadt in den letzten 15 Jahren genommen hat. Sorgen Sie mit
11 uns gemeinsam dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner an diesem Aufstieg teilhaben können.

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28